



# EUROBAROMETER 70

DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER  
EUROPÄISCHEN UNION

## ERSTE ERGEBNISSE

Befragung: Oktober - November 2008

Veröffentlichung: Dezember 2008

Standard-Eurobarometer 70 / Herbst 2008 - TNS opinion & social

Diese Umfrage wurde von der Generaldirektion Kommunikation in Auftrag gegeben und koordiniert.

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm)

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder.  
Die darin enthaltenen Interpretationen oder Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.



## TABLE OF CONTENTS

<b>EINLEITUNG .....</b>	<b>2</b>
<b>1. TEIL: TRENDINDIKATOREN.....</b>	<b>6</b>
1. <b>EINSCHÄTZUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE .....</b>	<b>7</b>
2. <b>SORGEN DER EUROPÄISCHEN BÜRGER .....</b>	<b>22</b>
3. <b>IN WELCHE RICHTUNG ENTWICKELN SICH DIE DINGE? .....</b>	<b>29</b>
4. <b>ZUSTIMMUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT IN DER EUROPÄISCHEN UNION.....</b>	<b>32</b>
5. <b>VORTEILE DER MITGLIEDSCHAFT IN DER EUROPÄISCHEN UNION.....</b>	<b>36</b>
6. <b>WAHRNEHMUNG DER EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN.....</b>	<b>39</b>
7. <b>DAS BILD DER EUROPÄISCHEN UNION .....</b>	<b>49</b>
8. <b>WELCHE POLITIK SOLLTE WO ENTSCHIEDEN WERDEN .....</b>	<b>53</b>
9. <b>GLOBALISIERUNG .....</b>	<b>55</b>
<b>2. TEIL: POLITISCHE THEMEN.....</b>	<b>59</b>
10. <b>GEORGIEN.....</b>	<b>60</b>
11. <b>DER EISERNE VORHANG UND DIE ERWEITERUNG DER EU .....</b>	<b>65</b>
12. <b>DER HAUSHALT DER EUROPÄISCHEN UNION .....</b>	<b>70</b>
13. <b>DIE GESTALTUNG EUROPAS .....</b>	<b>73</b>
<b>SCHLUSSFOLGERUNG .....</b>	<b>76</b>
<b>TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN .....</b>	<b>81</b>



# Einleitung

Dieser Bericht stellt die ersten Ergebnisse der Standard-Eurobarometer-70-Befragung vor, die vom 6. Oktober bis 6. November 2008 durchgeführt wurde<sup>1</sup>.

Die letzten zwei Befragungen des Standard-Eurobarometers (EB69-70) machten erhebliche Veränderungen in der europäischen öffentlichen Meinung deutlich, wobei im Herbst 2008 wohl die Wirtschaftskrise als wichtigster Impuls für Wahrnehmungen und Meinungen der Europäer ausgemacht werden kann. Aus diesem Grunde ist es von großer Bedeutung, die Ergebnisse nicht nur über einen längeren Zeitraum, sondern auch im Zusammenhang der spezifischen Umstände zu betrachten, in denen die jüngsten Umfragen stattgefunden haben.

Die stabile Wirtschaftslage spiegelte sich im Frühjahr 2007 in besonders positiven kurzfristigen Erwartungen und einer starken Unterstützung für die EU und ihrer Institutionen wider. Die wirtschaftlichen Aussichten der Europäischen Union haben sich nach den starken Wachstumsimpulsen der Jahre 2006-2007 seit Beginn der Finanzkrise erheblich verdüstert<sup>2</sup>. Auch wenn der Arbeitsmarkt der EU dem Sturm bis jetzt Widerstand geleistet hat, sehen die Prognosen für die kommenden Jahre nicht gut aus: es wird erwartet, dass die Arbeitslosenrate in der EU bis zum Jahr 2012 von 7,1% auf 8,1% ansteigt<sup>3</sup>.

Diese Entwicklungen haben einen starken negativen Einfluss auf das Verbrauchervertrauen in der EU: im Oktober 2008 fiel der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung um die größte bisher festgestellte zwischenmonatliche Differenz auf sein bislang niedrigstes Niveau seit 1993<sup>4</sup>.

Während im Frühjahr 2007 (EB67) noch von einem wirtschaftlichen 'Wohlfühlfaktor' die Rede war, um den deutlichen Einfluss der stark positiven Erwartungshaltung der Europäer auf kurzfristige wirtschaftliche Entwicklungen darzustellen, veränderten sich die Einschätzungen im Frühjahr 2008 dergestalt, dass man von einem wirtschaftlichen 'Schlechtfühlfaktor'<sup>5</sup> sprach. Die öffentliche Meinung, mit einer im Vergleich zur realen Situation deutlich negativeren Wahrnehmung, war damals ihrer Zeit regelrecht voraus. Im Herbst 2008 wurde die öffentliche Meinung dann von der Realität eingeholt. Seitdem durchdringt das negative Wirtschaftsklima alle Aspekte des Lebens. Die neuesten Ergebnisse zeigen, dass der 'Schlechtfühlfaktor' nicht nur das allgemeine Wohlbefinden der Menschen beeinflusst, sondern dazu beiträgt, sie pessimistischer und vorsichtiger in ihren Einstellungen gegenüber dem öffentlichen

---

<sup>1</sup> Mehr Details zu den Umfragedaten der einzelnen Länder siehe technische Spezifikationen.

<sup>2</sup> Mehr unter: Herbstprognose 2008-2010 der Europäischen Kommission, siehe:

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/publication13290\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication13290_en.pdf)

<sup>3</sup> Siehe Seite 42 (please check if in the final version the page will be the same as in the EN) oben und die EUROSTAT Euro-Indikatoren Oktober 2008 unter:

<http://ec.europa.eu/eurostat/euroindicators>

<sup>4</sup> GD ECFIN: Ergebnisse der Umfrage bei Unternehmen und Verbrauchern Oktober 2008 unter:

[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/indicators/business\\_consumer\\_surveys/2008/bcs\\_2008\\_10\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/indicators/business_consumer_surveys/2008/bcs_2008_10_en.pdf)

<sup>5</sup> Der wirtschaftliche Wohlfühlfaktor bezieht sich auf die Zufriedenheit der Verbraucher mit der wirtschaftlichen Lage und in welchem Ausmaß dies Auswirkungen auf ihre Verbrauchergewohnheiten hat. In dem vorliegenden Bericht hat der wirtschaftliche Wohlfühl-/Schlechtfühlfaktor eine erweiterte Bedeutung und bezieht sich zusätzlich auf die Meinungsbildung in Bereichen, die über wirtschaftliche Fragen hinausgehen.

Leben werden zu lassen. Die Welt ist mit einer Krise konfrontiert, die von manchen als die Schlimmste des Industriezeitalters angesehen wird und die europäischen Bürger zeigen sich über ihre Auswirkungen äußerst besorgt.

Dennoch kann sogar in diesem negativen Klima von einigen positiven Zeichen gesprochen werden, die sich in Form eines neuen Verhaltensmusters gegenüber der EU in der öffentlichen europäischen Meinung abzuzeichnen beginnen.

\* \* \* \* \*

Der vorliegende Bericht besteht aus zwei Hauptteilen. Im ersten Teil wird eine Reihe von Trendindikatoren zu den Erwartungen der Europäer hinsichtlich des kommenden Jahres und ihrer wichtigsten Sorgen vorgestellt. Danach wird die Prognose für diese allgemeine Meinungslage anhand von Indikatoren analysiert, die die Wahrnehmungen und Meinungen über die Europäische Union und ihrer Institutionen messen. Zuletzt werden wir untersuchen, wie die Europäischen Bürger die Rolle der EU im Hinblick auf die Globalisierung wahrnehmen, da diese nicht nur in Bezug auf den Herbst 2008 ein Thema von großer Bedeutung darstellt, sondern zutiefst mit der Realität der Europäischen Union verknüpft ist.

Im zweiten Teil werden wir vier zusätzliche Themen untersuchen: den Konflikt in Georgien, den Fall des Eisernen Vorhangs und die darauf folgende Erweiterung der Europäischen Union, den Haushaltsplan der Europäischen Union und die Zielsetzungen für die Gestaltung Europas.

Bei der Befragung wurde die Methodik der Generaldirektion Kommunikation (Referat "Forschung und politische Analyse") für die Standard-Eurobarometer-Umfragen angewandt. Diesem Bericht ist ein technischer Hinweis zur Durchführung der Interviews durch die Institute des TNS Opinion & Social-Netzwerks beigefügt. Darin werden die Interviewmethode und die Konfidenzintervalle im Einzelnen beschrieben<sup>6</sup>.

Wir möchten die Leserinnen und Leser darauf hinweisen, dass es drei Arten von Standard-Eurobarometer-Berichten gibt.

**1) Erste Ergebnisse:** In diesem Bericht wird in prägnanter Form ein Blick auf die Ergebnisse für die Trendindikatoren geworfen und so ein schneller Überblick über den aktuellen Stand der europäischen öffentlichen Meinung zu maßgeblichen Fragen geboten.

**2) Vollständiger Bericht:** Er enthält eine eingehende Analyse aller bei einer Standard-Eurobarometer-Befragung gestellten Fragen.

---

<sup>6</sup> Die Ergebnistabellen sind im Anhang aufgeführt. Es ist zu beachten, dass die in den Tabellen dieses Berichts angegebenen Gesamtprozentzahlen 100% übersteigen können, wenn der oder die Befragte die Möglichkeit hatte, bei einer Frage mehrere Antworten zu geben.

**3) Nationale Berichte:** Sie sind in ihren Analysen hauptsächlich auf den Vergleich zwischen den nationalen Ergebnissen und dem EU-Durchschnitt ausgerichtet und werden von den nationalen Vertretungen der Europäischen Kommission in der/den Landessprache/-n veröffentlicht. Es existieren auch Zusammenfassungen dieser nationalen Berichte, die in englischer Sprache auf der Europa-Website veröffentlicht werden.

*Die Europa-Website ist unter folgender Adresse zu finden:*

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm)

*Wir möchten an dieser Stelle allen Befragten in ganz Europa danken, die sich die Zeit genommen haben, an dieser Umfrage teilzunehmen. Ohne ihre aktive Mitarbeit wäre diese Untersuchung nicht möglich gewesen.*

Die Länder sind in diesem Bericht mit ihren amtlichen Abkürzungen wiedergegeben. Die im Bericht verwendeten Abkürzungen lauten wie folgt:

#### ABKÜRZUNGEN

EU27	Europäische Union - 27 Mitgliedstaaten
WN/KA	Weiß nicht / Keine Angabe
BE	Belgien
BG	Bulgarien
CZ	Tschechische Republik
DK	Dänemark
<i>D-E</i>	<i>Ostdeutschland</i>
DE	Deutschland
<i>D-W</i>	<i>Westdeutschland</i>
EE	Estland
EL	Griechenland
ES	Spanien
FR	Frankreich
IE	Irland
IT	Italien
CY	Republik Zypern*
CY (tcc)	Nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrollierter Landesteil
LT	Litauen
LV	Lettland
LU	Luxemburg
HU	Ungarn
MT	Malta
NL	Niederlande
AT	Österreich
PL	Polen
PT	Portugal
RO	Rumänien
SI	Slowenien
SK	Slowakei
FI	Finnland
SE	Schweden
UK	Vereinigtes Königreich
HR	Kroatien
TR	Türkei
MK	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien**

\* Zypern ist als Ganzes einer der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Der gemeinschaftliche Besitzstand ist jedoch in dem Teil des Landes, der nicht der Kontrolle der Regierung der Republik Zypern untersteht, ausgesetzt. Aus praktischen Gründen sind nur die Interviews, die in dem von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil geführt wurden, in der Kategorie "CY" ausgewiesen und in den EU27-Durchschnitt einbezogen. Die Interviews, die in dem nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil geführt wurden, sind dagegen in der Kategorie "CY(tcc)" (tcc: *Turkish Cypriot Community*, türkisch-zyprische Gemeinschaft) ausgewiesen.

\*\* Provisorische Bezeichnung, die in keiner Weise die endgültige Nomenklatur für dieses Land vorwegnehmen soll, die in den derzeit bei den Vereinten Nationen stattfindenden Verhandlungen beschlossen wird.



# **1. TEIL: TRENDINDIKATOREN**



## 1. EINSCHÄTZUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN LAGE

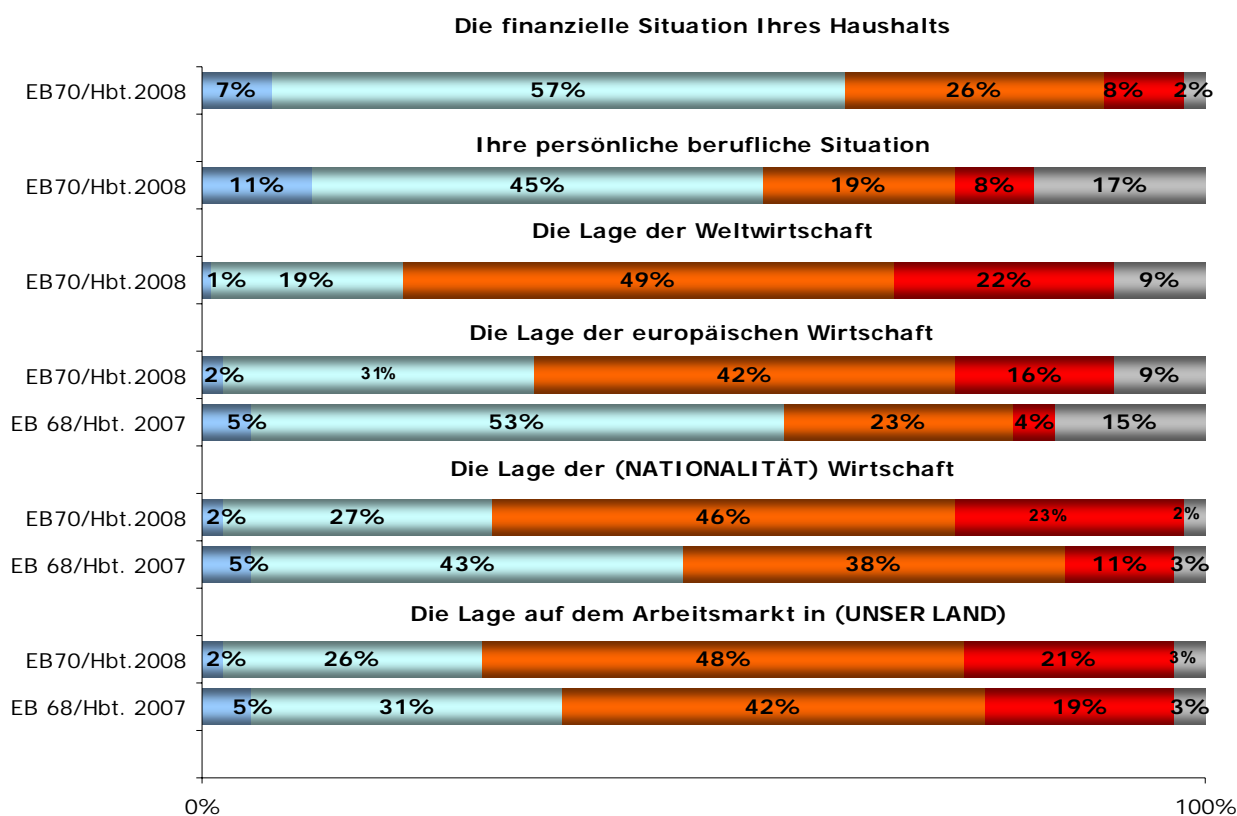
### A. Beurteilung der aktuellen Situation

- Die Wahrnehmung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage ist eindeutig pessimistisch -

Die europäischen Bürger werden regelmäßig um eine Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage sowohl des eigenen Landes als auch der Europäischen Union gebeten. Zum ersten Mal wurden jetzt die europäischen Bürger zusätzlich gebeten, eine Beurteilung der weltweiten Wirtschaftslage und ihrer persönlichen wirtschaftlichen Situation abzugeben<sup>7</sup>.

QA4a Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?  
- %EU

Sehr gut Ziemlich gut Ziemlich schlecht Sehr schlecht WN

























































Während im Herbst 2007 die öffentliche Meinung in der Beurteilung der Wirtschaftslage noch recht unterschiedlicher Ansicht war, ist die Grundstimmung ein Jahr später eindeutig pessimistisch. Die jüngsten Ergebnisse zeigen, dass die **Wirtschaftslage jetzt deutlich negativ eingeschätzt wird**, da eine große Mehrheit der Befragten die gegenwärtige Lage der Wirtschaft und des

<sup>7</sup> QA4 Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste? 1. Die Lage der (NATIONALITÄT) Wirtschaft. 2. Die Lage der europäischen Wirtschaft. 3. Die Lage der Weltwirtschaft 4. Ihre persönliche berufliche Situation. 5. Die finanzielle Situation Ihres Haushalts. 6. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSER LAND).

Arbeitsmarktes als schlecht beurteilt. Die Lage der Weltwirtschaft scheint von den europäischen Bürgern besonders pessimistisch beurteilt zu werden: 71% der Befragten sind der Ansicht, dass sie schlecht sei. Es ist festzustellen, dass die Lage der europäischen Wirtschaft geringfügig positiver gesehen wird (33% der Befragten sehen sie als 'gut') als die des eigenen Landes (29%) oder die der Weltwirtschaft (20%).

Die untenstehende Tabelle<sup>8</sup> zeigt je Land die jeweils höchsten und niedrigsten Anteile von Befragten, die die gegenwärtige Lage im Herbst 2008 positiv beurteilen, d.h. diejenigen Befragten, die die Lage als gut bewerten (Prozentpunkte der Antworten 'sehr gut' und 'ziemlich gut').

#### EINSCHÄTZUNG DER GEGENWÄRTIGEN LAGE: % GUT

Die Lage der europäischen Wirtschaft			Die Lage der (NATIONALITÄT) Wirtschaft			Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSER LAND)			Die Lage der Weltwirtschaft		
EU27			EU27			EU27			EU27		
33%			29%			28%			20%		
 SK	62%		 FI	78%		 DK	91%		 PL	41%	
 NL	57%		 DK	70%		 NL	88%		 LT	38%	
 PL	56%		 NL	67%		 FI	72%		 SI	35%	
 FI	56%		 LU	60%		 AT	61%		 SK	35%	
 SI	55%		 AT	60%		 CY	52%		 BG	34%	
 BG	54%		 SK	54%		 SE	48%		 RO	34%	
 DK	54%		 SE	54%		 MT	45%		 CZ	32%	
⋮	⋮		⋮	⋮		⋮	⋮		⋮	⋮	
 EL	24%		 BG	14%		 LV	16%		 EL	11%	
 ES	22%		 IE	14%		 IT	13%		 IE	11%	
 FR	20%		 FR	12%		 ES	10%		 CY	11%	
 UK	19%		 EL	10%		 FR	10%		 FR	9%	
 IE	18%		 PT	8%		 EL	8%		 PT	7%	
 IT	15%		 LV	7%		 HU	5%				
 PT	11%		 HU	5%		 PT	4%				

Die Länderanalyse zeigt, dass in einigen Mitgliedstaaten die Lage deutlich positiver eingeschätzt wird als in anderen. Die Slowakei, die Niederlande, Dänemark und Finnland gehören zu den Mitgliedstaaten, in denen drei der vier 'wirtschaftlichen' Vorgaben am positivsten beurteilt werden. Im Gegensatz hierzu gehören Portugal, Ungarn, Griechenland, Frankreich, Irland und Italien zu den Ländern, in denen die Stimmung allgemein am schlechtesten ist.

Darüber hinaus werden durch die Länderanalyse noch einige andere Unterschiede deutlich:

- ♦ Die **nationale Wirtschaftslage** wird von Bürgern der westeuropäischen und nördlichen Mitgliedstaaten am häufigsten positiv eingeschätzt. Die Slowakei (54%), Zypern (53%) und Slowenien (52%) sind die einzigen













































<sup>8</sup> Für zusätzliche Informationen über die Länderergebnisse, bitten wir die Leser die vollständigen Datentabellen am Ende des Berichts einzusehen.

neuen Mitgliedstaaten, in denen mehr als die Hälfte der Bürger der Ansicht ist, dass die nationale Wirtschaftslage gut sei.

- ◆ Eine positive Beurteilung der **Weltwirtschaft** wird hingegen am häufigsten von Bürgern der neuen Mitgliedstaaten vorgenommen. Ausnahmen hierzu bilden Zypern (11% antworten mit 'gut'), Malta (12%) und Ungarn (20%).
- ◆ Wie schon im Frühjahr 2008 wird von den Befragten in Dänemark die positivste Einschätzung der aktuellen **Lage auf dem nationalen Arbeitsmarkt** vorgenommen (91% antworten mit 'ziemlich gut', 39% mit 'sehr gut'). In den Niederlanden (88% antworten mit 'ziemlich gut', 20% mit 'sehr gut') überwiegt ebenfalls eine positive Meinung, auch wenn diese nicht so deutlich zum Ausdruck kommt.

Wenn die Veränderungen untersucht werden, die sich hinsichtlich der positiven Einschätzungen seit Herbst 2007 auf nationaler Ebene ergeben haben (d.h. die Entwicklungen der prozentualen Anteile derjenigen Befragten, die die Lage als gut bewerten), erhält man einen Einblick in das Ausmaß des aktuellen 'Schlechtfühlfaktors', auf den in der Einleitung dieses Berichtes hingewiesen wurde. Diese Veränderungen verdeutlichen die Tatsache, dass im Laufe des vergangenen Jahres sogar in einer großen Anzahl der Länder mit 'positiven' Einschätzungen dramatische Rückgänge verzeichnet wurden.

**EINSCHÄTZUNG DER GEGENWÄRTIGEN LAGE  
VERÄNDERUNGEN HERBST2008 – HERBST 2007 IN % GUT (Prozentpunkte)**

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSER LAND)			Die Lage der (NATIONALITÄT) Wirtschaft			Die Lage der europäischen Wirtschaft		
	EU27	-8		EU27	-19		EU27	-25
	DE	+10		SK	+9		BG	-6
	CY	+7		CY	0		SK	-7
	SK	+7		PT	-2		RO	-16
	BG	+3		BG	-3		CZ	-17
	PL	+3		CZ	-3		DE	-18
	SI	+3		HU	-3		CY	-19
⋮	⋮	⋮		RO	-4		NL	-20
⋮	⋮	⋮	⋮	⋮	⋮	⋮	⋮	⋮
	LV	-22		DK	-27		AT	-31
	UK	-26		ES	-31		EE	-32
	ES	-29		SE	-32		SE	-33
	LT	-29		BE	-37		ES	-35
	SE	-31		EE	-39		BE	-38
	EE	-33		UK	-45		EL	-40
	IE	-55		IE	-62		IE	-48

- ◆ In einigen neuen Mitgliedstaaten, vor allem aber in Deutschland (41%; +10 Punkte), haben sich die Ansichten über **die Lage des nationalen Arbeitsmarktes** gebessert. Denn in der Tat fiel im Laufe des letzten Jahres die Arbeitslosigkeit in Deutschland; und dies, obwohl ein

(vorübergehender) Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit im Jahr 2009 aufgrund der Wirtschaftsabkühlung erwartet wird<sup>9</sup>. Andererseits werden in Irland (-55 Punkte), gefolgt von Estland (-33 Punkte), Schweden (-31 Punkte), Litauen und Spanien (jeweils -29 Punkte), außerordentlich hohe Rückgänge für die Vertrauenswerte festgestellt. Schon jetzt wurde in Spanien, Irland und Litauen ein Anstieg der Arbeitslosigkeit festgestellt, und die Prognose für all diese Länder ist schlecht: für Schweden wird ein rascher Anstieg der Arbeitslosigkeit für 2009-2010 erwartet und in Estland wird sich die Beschäftigungslage alsbald verschlechtern<sup>10</sup>.

- ◆ Die Slowakei ist der einzige Mitgliedstaat, in dem die Öffentlichkeit die **nationale Wirtschaftslage** inzwischen positiver sieht als im Herbst 2007 (54%; +9 Punkte)<sup>11</sup>. Im Gegensatz hierzu wird in Irland wiederum die negativste Entwicklung festgestellt (-62 Punkte): hier scheint sich das Vertrauen in die Wirtschaft des eigenen Landes in Luft aufgelöst zu haben. Auch im Vereinigten Königreich (-45 Punkte), in Estland (-39 Punkte), Belgien (-37 Punkte), Schweden (-32 Punkte) und Spanien (-31 Punkte) hat sich die Lage ebenfalls erheblich verschlechtert.
- ◆ Die Ansichten über die **europäische Wirtschaft** haben sich in allen Mitgliedstaaten verschlechtert. Da sich die EU-Mitgliedstaaten schon in oder gerade am Rande einer Rezession befinden und die Prognosen für das Jahr 2009 trostlos sind, scheint die öffentliche Meinung mit der Realität weitgehend übereinzustimmen<sup>12</sup>.

Trotz dieser wirtschaftlichen Malaise schätzen die europäischen Bürger die **finanzielle Lage ihres persönlichen Haushalts** verhältnismäßig positiv ein: 64% sind davon überzeugt, dass die finanzielle Lage ihres Haushalts und 56%, dass ihre persönliche berufliche Situation gut sei.

---































<sup>9</sup> EUROSTAT Euro-Indikatoren Oktober 2008 unter: <http://ec.europa.eu/eurostat/euroindicators>

<sup>10</sup> Herbstprognose 2008-2010 der Europäischen Kommission, siehe:  
[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/publication13290\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication13290_en.pdf)

<sup>11</sup> Die Slowakei wird im Jahr 2009 den Euro einführen und damit Teil des Euro-Währungsgebiets werden.

<sup>12</sup> Siehe auch hierzu die Herbstprognose 2008-2010 der Europäischen Kommission unter:  
[http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/publication13290\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication13290_en.pdf)

Die untenstehende Tabelle zeigt je Land die jeweils höchsten und niedrigsten Anteile an Befragten, die die gegenwärtige Lage im Herbst 2008 positiv beurteilen:

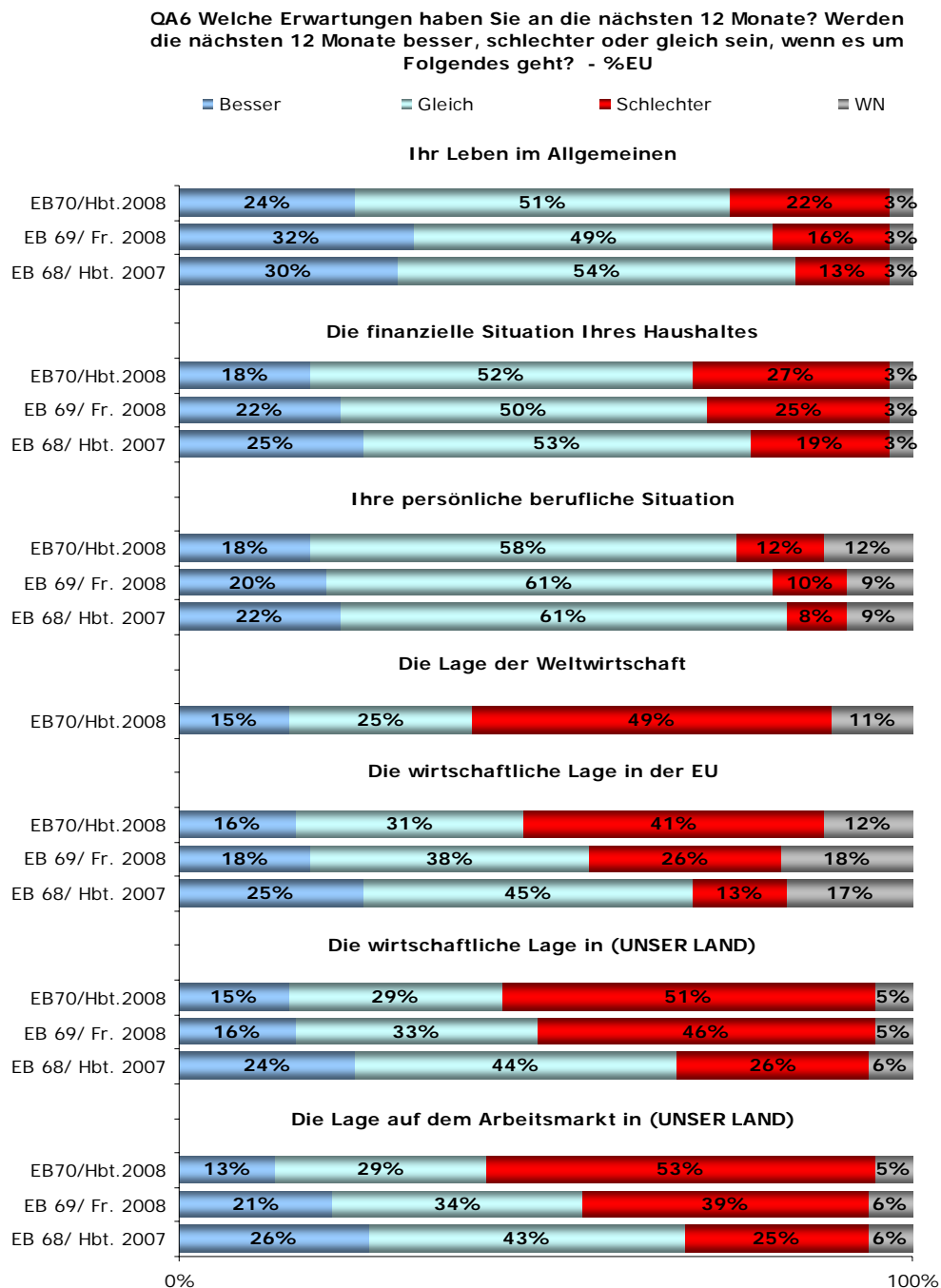
EINSCHÄTZUNG DER GEGENWÄRTIGEN LAGE: % GUT (Prozentpunkte)					
Die finanzielle Situation Ihres Haushalts			Ihre persönliche berufliche Situation		
	EU27	64%		EU27	56%
	NL	92%		DK	78%
	SE	91%		SE	73%
	FI	89%		NL	72%
	DK	86%		FI	72%
	BE	79%		LU	70%
	LU	79%		AT	69%
	DE	74%		MT	68%
⋮	⋮	⋮	⋮	⋮	⋮
	LT	56%		IT	48%
	IT	52%		LT	47%
	EL	46%		BG	41%
	RO	44%		RO	40%
	BG	34%		EL	37%
	PT	30%		PT	36%
	HU	25%		HU	25%

- ♦ Die finanzielle Situation des eigenen Haushalts wird in den Niederlanden (92% `ziemlich gut`; 29% `sehr gut`) und den nördlichen Mitgliedstaaten ganz besonders positiv eingeschätzt. Die Rangfolge der Länder lässt die geographische Kluft hinsichtlich der Lebensbedingungen recht deutlich zutage treten. Die Mitgliedstaaten, in denen diese Vorgabe am wenigsten positiv beurteilt wird, befinden sich entweder im südlichen oder östlichen Europa.
- ♦ Die gleiche geographische Teilung wird auch bei der Einschätzung der **persönlichen beruflichen Situation** deutlich. Wiederum beurteilen Bürger aus den süd- oder osteuropäischen Staaten diese Vorgabe am wenigsten positiv.
- ♦ In beiden Bereichen heben sich Ungarn und Portugal in besonders negativer Weise ab.

## B. Kurzfristige Erwartungen

- Rekord-Tief bei den kurzfristigen Erwartungen -

Regelmäßig werden die europäischen Bürger gebeten, ihre kurzfristigen Erwartungen bezüglich der nationalen Wirtschafts- und Beschäftigungslage und der Wirtschaftslage in der Europäischen Union anzugeben. Erstmals wurden auch die Meinungen zur Weltwirtschaftslage abgefragt<sup>13</sup>.



<sup>13</sup> QA6 Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht? 1. Ihr Leben im Allgemeinen. 2. Die wirtschaftliche Lage in (UNSER LAND). 3. Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes. 4. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSER LAND). 5. Ihre persönliche berufliche Situation. 6. Die wirtschaftliche Lage in der EU. 7. Die Lage der Weltwirtschaft.



Im Herbst 2008 erweisen sich die Erwartungen an die nächsten 12 Monate als sehr pessimistisch: **das größte Segment der europäischen öffentlichen Meinung ist der Ansicht, dass sich die nationale Wirtschafts- und Beschäftigungslage (jeweils 53% und 51% antworten mit 'schlechter'), ebenso wie die Weltwirtschaft (49%) und die europäische Wirtschaft (41%) in den nächsten 12 Monaten verschlechtern wird.**

In Bezug auf ihr Leben im Allgemeinen (24% 'besser'), auf die finanzielle Situation ihres Haushaltes und ihre persönliche berufliche Situation (jeweils 18%) haben die europäischen Bürger nach wie vor positivere Erwartungen. Sie neigen allerdings zu der Ansicht, dass die Situation eher gleich bleibt, anstatt sich zu verbessern (jeweils 51%, 52% und 58% 'gleich'). Der Anteil an Befragten, die erwarten, dass sich ihre finanzielle Situation verschlechtern wird (27%) übersteigt allerdings jenen der Befragten, die die Zukunft positiv sehen. Diese Veränderung konnte zum ersten Mal im Frühjahr 2008 festgestellt werden.

Vergleicht man die jüngsten Ergebnisse mit jenen aus der vorhergehenden Eurobarometer-Umfrage im Frühjahr 2008, wird ersichtlich, dass sich **die Erwartungen der Öffentlichkeit in Bezug auf die Wirtschaft weiterhin im Abwärtstrend befinden**<sup>14</sup>. Dies wird deutlich, wenn wir uns die Entwicklung der Antwort 'schlechter' näher betrachten:

- ◆ Die Erwartung, dass die Lage der europäischen Wirtschaft schlechter wird (+15 Punkte seit Frühjahr 2008) hat jetzt nahezu einen Gleichstand mit den Erwartungen erreicht, dass sich die nationale Wirtschaft verschlechtert (+5); für diesen letzteren Bereich wurde allerdings schon in der Zeitspanne zwischen Herbst 2007 und Frühjahr 2008 ein sehr großer Rückgang gemessen;
- ◆ Die Erwartung, dass die nationale Arbeitsmarktlage in den nächsten 12 Monaten schlechter wird, steigt ein weiteres Mal zwischen zwei aufeinander folgenden Eurobarometer-Umfragen um 14 Punkte;
- ◆ Die Erwartung, dass das Leben im Allgemeinen schlechter wird, erhöht sich zwischen Frühjahr und Herbst 2008 um weitere 6 Punkte;
- ◆ Die Erwartungen hinsichtlich der finanziellen Situation der europäischen Haushalte und der persönlichen beruflichen Situation bilden eine Ausnahme, da bei beiden Vorgaben keine bedeutenden Veränderungen festgestellt werden (jeweils +2).

---

<sup>14</sup> Zwischen Herbst 2007 und Frühjahr 2008 hatte sich der Anteil an Befragten, die mit 'schlechter' antworten schon deutlich erhöht.

Wenn wir die Situation im Herbst 2008 mit dem Index<sup>15</sup> messen, wird das Ausmaß des Pessimismus umso deutlicher: eine positive Perspektive für die Zukunft gibt es nur noch für die persönliche berufliche Situation und das Leben im Allgemeinen, obwohl auch hier der Trend negativ ist.

Erwartungen für die nächsten 12 Monate: INDEX 'BESSER – SCHLECHTER'

	Besser - Schlechter Herbst 2008 (EB70)	VERÄNDERUNGEN/INDEX <sup>16</sup> Herbst 2008 – Frühjahr 2008
Ihre persönliche berufliche Situation	+6	-4
Ihr Leben im Allgemeinen	+2	-14
Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes	-9	-6
Die wirtschaftliche Lage in der EU	-25	-17
Die Lage der Weltwirtschaft	-34	N/A
Die wirtschaftliche Lage in (UNSER LAND)	-36	-6
Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSER LAND)	-40	-22

Im Herbst 2008 zeigt sich der Index insbesondere im Bereich der **nationalen Beschäftigungslage** (-40 Index-Punkte) und der Wirtschaftslage (-36) negativ.

Der wirtschaftliche 'Schlechtfühlfaktor', der im Frühjahr 2008 zum Vorschein kam, hat sich seitdem intensiviert. Die Sorgen um eine Wirtschaftskrise beschränken sich nun nicht mehr auf die nationale Lage: auch für die **Wirtschaftslage der EU** sind jetzt hohe negative Werte festzustellen (-25). Was die Erwartungen an die **Lage der Weltwirtschaft** anbelangt, sind auch diese sehr negativ (-34). Es sollte nochmals darauf hingewiesen werden, dass sich auf europäischer Ebene für eine pessimistische Einstellung wiederum etwas niedrigere Werte feststellen lassen als auf nationaler oder globaler Ebene – obwohl dies nach wie vor die Ansicht einer relativen Mehrheit von Europäern darstellt.
























































Darüber hinaus weitet sich der 'Schlechtfühlfaktor' im Herbst 2008 auch auf den privaten Bereich aus. Für die drei persönlichen Vorgaben werden negative Entwicklungen festgestellt, mit Rückgängen von 14 Index-Punkten bei den Erwartungen für das **Leben im Allgemeinen**. Der Unterschied zwischen positiven und negativen Erwartungen ist bei den Ergebnissen zu diesen Fragen noch niemals zuvor so gering gewesen (+2 Index-Punkte).

<sup>15</sup> Dieser Index wird berechnet, indem man die Differenz ermittelt zwischen dem Prozentsatz der Befragten, die meinen, dass die Lage 'besser' wird und dem Prozentsatz der Befragten, die meinen, dass die Lage 'schlechter' wird. Je höher der Index, desto positiver kann die allgemeine Situation in einem Land gesehen werden.

<sup>16</sup> Die Spalte 'Veränderungen Index' wird berechnet auf der Basis der jeweiligen Veränderungen zwischen den Umfragen. Im Frühjahr 2008 stand der Index (d.h. die %-Sätze der 'besser'-Antworten minus die %-Sätze der 'schlechter'-Antworten) bei +16 für 'Ihr Leben im Allgemeinen', während er jetzt bei +2 steht. Entsprechend sieht die Veränderung seit der letzten Umfrage folgendermaßen aus: Index Herbst 2008 – Index Frühjahr 2008 = – 14.

Die untenstehende Tabelle zeigt die Länderergebnisse mit den jeweils höchsten und niedrigsten Indexwerten, die für die vier wirtschaftlichen Vorgaben im Herbst 2008 festgestellt werden:

#### ERWARTUNGEN FÜR DIE NÄCHSTEN 12 MONATE: INDEX BESSER-SCHLECHTER (Prozentpunkte)

Die wirtschaftliche Lage in der EU			Die Lage der Weltwirtschaft			Die wirtschaftliche Lage in (UNSER LAND)			Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSER LAND)		
	<b>EU27</b>	<b>-25</b>		<b>EU27</b>	<b>-34</b>		<b>EU27</b>	<b>-36</b>		<b>EU27</b>	<b>-40</b>
	RO	+10		PL	-2		RO	-6		PL	-4
	BG	+6		RO	-2		PL	-11		BG	-6
	PL	+4		BG	-2		IT	-21		RO	-7
	MT	-4		LV	-6		SK	-21		MT	-9
	LV	-6		EE	-19		DK	-22		SK	-12
	SK	-12		MT	-23		BG	-23		IT	-26
:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
	AT	-42		BE	-53		LT	-50		PT	-55
	EL	-44		IE	-54		NL	-51		SE	-55
	BE	-48		LU	-56		PT	-51		BE	-57
	LU	-49		EL	-56		FI	-51		EL	-58
	IE	-49		NL	-61		EL	-59		FI	-62
	NL	-51		FI	-66		HU	-62		HU	-63
	FI	-56					IE	-64		IE	-70
























































In der gesamten Europäischen Union ist der wirtschaftliche 'Schlechtfühlfaktor' allgegenwärtig, auch wenn seine Intensität unterschiedlich ausfällt. In drei Mitgliedstaaten, und zwar in Rumänien (+10 Index-Punkte), Bulgarien (+6) und Polen (+4), stellt die Wirtschaftslage in der EU den einzigen Bereich dar, in dem die positiven Erwartungen die negativen übertreffen. Die Bürger in diesen drei Ländern zeigen sich (unter anderen) auch bei den weiteren Wirtschaftsfragen am wenigsten pessimistisch.

Die Länderanalyse gibt auch über einige andere Unterschiede Aufschluss:

- ♦ Mit Ausnahme von Italien, Dänemark und Schweden sind alle Mitgliedstaaten, in denen sich der Pessimismus am wenigsten bemerkbar macht, in Osteuropa zu finden.
- ♦ Darüber hinaus gehören die finnischen, irischen und griechischen Befragten sowie jene aus den Niederlanden und Ungarn zu den Bürgern, die die kurzfristigen Entwicklungen der wirtschaftlichen Situation am skeptischsten beurteilen.

Es sollte darauf hingewiesen werden, dass sich der wirtschaftliche 'Schlechtfühlfaktor' im Frühjahr 2008 erstmals bemerkbar machte.

Dieser negative Trend setzt sich im Herbst 2008 fort, obwohl auch einige positive Entwicklungen zu beobachten sind:








































ERWARTUNGEN FÜR DIE NÄCHSTEN 12 MONATE: VERÄNDERUNGEN DES INDEX <sup>17</sup> HERBST 2008 (EB70) – FRÜHJAHR 2008 (EB69)								
Die wirtschaftliche Lage in (UNSER LAND)			Die wirtschaftliche Lage in der EU			Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSER LAND)		
	EU27	-6		EU27	-17		EU27	-22
	IT	+11		IT	-3		IT	+5
	UK	+8		BG	-9		EL	+1
	FR	+8		LV	-9		PT	-
	DK	+5		SE	-10		ES	-6
				FR	-11		CY	-6
				:	:		BG	-7
	:	:					HU	-10
				BE	-26		LU	-11
				CZ	-26		:	:
				SK	-26			
	EE	-10		DE	-27			
	SK	-14		HU	-27		CZ	-32
	IE	-16		MT	-27		PL	-32
	NL	-19		EE	-28		AT	-34
	PL	-20		EL	-28		SE	-35
	CZ	-21		NL	-28		BE	-36
	DE	-23		FI	-28		MT	-36
	FI	-23		IE	-31		DE	-39
	LT	-32		AT	-32		NL	-51
	AT	-34		CY	-37		FI	-65
	MT	-49		LT	-43		LT	-66

- ♦ Für fast alle Aspekte in diesem Bereich werden weitere, außerordentlich hohe Rückgänge beobachtet, insbesondere was die Erwartungen an die Lage auf dem nationalen Arbeitsmarkt anbelangt.
- ♦ Befragte in den drei Mitgliedstaaten, die im Frühjahr 2008 systematisch höhere Erwartungen verzeichnen konnten als im Herbst 2007 – d.h. auf Zypern, in der Tschechischen Republik und auf Malta – registrieren jetzt sehr starke Rückgänge. Dafür zeigt sich die öffentliche Meinung in Ländern, in denen die Erwartungen zwischen Herbst 2007 und Frühjahr 2008 deutlich zurückgegangen waren, jetzt stabiler. Dies gilt insbesondere für Italien, wo die Erwartungen an die nationale Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage steigen und – in geringerem Ausmaß – für Frankreich, wo sich die Erwartungen an die nationale Wirtschaftslage erhöht haben.

<sup>17</sup> Für nähere Informationen zur Spalte 'Veränderungen Index' siehe Fußnote Seite 14.















































- ◆ Befragte in Litauen neigen dazu, in diesem Herbst eine deutlich niedrigere Erwartungshaltung einzunehmen als im Frühjahr 2008. Auch Finnland und Österreich, sowie die Niederlande, sind durchwegs am unteren Ende der Skala zu finden. Der 'Schlechtfühlfaktor' hat somit Mitgliedstaaten erreicht, in denen eine Mehrheit der Befragten die Wirtschaftslage als verhältnismäßig gut einschätzt.

Wie schon festgestellt, beeinträchtigt der 'Schlechtfühlfaktor' mittlerweile auch die **persönlichen finanziellen Erwartungen** der Menschen. Dies ist allerdings noch nicht bis in alle Mitgliedstaaten durchgedrungen. Die untenstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Länderergebnisse mit den jeweils höchsten und niedrigsten Index-Werten für die drei im Herbst 2008 gestellten persönlichen Fragen:

PERSÖNLICHE ERWARTUNGEN FÜR DIE NÄCHSTEN 12 MONATE: INDEX BESSER-SCHLECHTER (Prozentpunkte)								
Ihre persönliche berufliche Situation			Ihr Leben im Allgemeinen			Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes		
	EU27	+6		EU27	+2		EU27	-9
	SE	+18		SE	+32		DK	+17
	DK	+17		DK	+27		SE	+15
	FR	+13		FI	+14		RO	+4
	NL	+13		ES	+8		FI	+3
	PL	+10		FR	+8		ES	-2
	UK	+10		RO	+8		LV	-2
:	:		:	:		:	:	
	CY	0		CZ	-7		BG	-18
	EL	-1		DE	-7		LT	-20
	IE	-8		LT	-13		EL	-20
	PT	-16		PT	-26		CY	-22
	LT	-21		HU	-35		IE	-26
	HU	-28					PT	-35
							HU	-48

- ◆ In Bezug auf die Erwartungen an das Leben im Allgemeinen, die persönliche berufliche Situation und die finanzielle Situation des Haushalts der Befragten kann festgestellt werden, dass die durchweg positivsten Ansichten in Schweden und Dänemark vorherrschen.
- ◆ Wenn man die Entwicklungen betrachtet, die sich für den persönlichen Bereich ergeben, können überwiegend positive Erwartungen in Frankreich, Finnland, den Niederlanden und Rumänien registriert werden.
- ◆ In Ungarn, Portugal und Litauen formulieren die Befragten hinsichtlich der drei persönlichen Aspekte ausgesprochen negative Erwartungen.

Die im Herbst 2008 formulierten Erwartungen der Befragten zeigen sich für alle drei persönlichen Aspekte negativer als im Frühjahr 2008. Die untenstehende Tabelle zeigt die Veränderungen, die sich von Frühjahr 2008 bis Herbst 2008 für die Indexwerte je Land ergeben:

PERSÖNLICHE ERWARTUNGEN FÜR DIE NÄCHSTEN 12 MONATE: VERÄNDERUNGEN DES INDEX <sup>18</sup> HERBST 2008 (EB70) – FRÜHJAHR 2008 (EB69)								
Ihre persönliche berufliche Situation			Die finanzielle Situation Ihres Haushaltes			Ihr Leben im Allgemeinen		
 EU27		-4	 EU27		-6	 EU27		-14
 IT		+3	 IT		+2	 IT		-1
 BG		-1	 ES		+2	 ES		-5
 PT		-2	 BG		+1	 BG		-5
 SI		-2	 DE		-	 PT		-5
 ES		-2						
	:	:		:	:		:	:
			 FI		-10			
 NL		-8	 HU		-11	 FR		-19
 CY		-8	 SI		-11	 BE		-20
 UK		-9	 AT		-13	 RO		-21
 HU		-9	 NL		-14	 LU		-21
 EE		-10	 UK		-15	 CY		-23
 LU		-10	 RO		-20	 UK		-26
 MT		-10	 EE		-22	 IE		-27
 RO		-12	 MT		-23	 MT		-28
 IE		-13	 IE		-28	 LT		-29
 LT		-34	 LT		-33			

- ♦ Für die nächsten 12 Monate können wir von keiner signifikanten Verbesserung im Bereich persönlicher Erwartungen in den europäischen Mitgliedstaaten sprechen. Italien und Spanien sind die einzigen Länder, in denen geringfügige Verbesserungen (die 3 Index-Punkte nicht überschreiten) festgestellt werden können. In der Tat ist die Stimmung, wenn es um das Leben im Allgemeinen geht, in der gesamten Europäischen Union inzwischen deutlich negativer.
- ♦ Besonders in Litauen werden einschneidende Abwärtstrends in allen Bereichen beobachtet. Auch in Irland und auf Malta ist der Pessimismus nun deutlich verbreiteter.

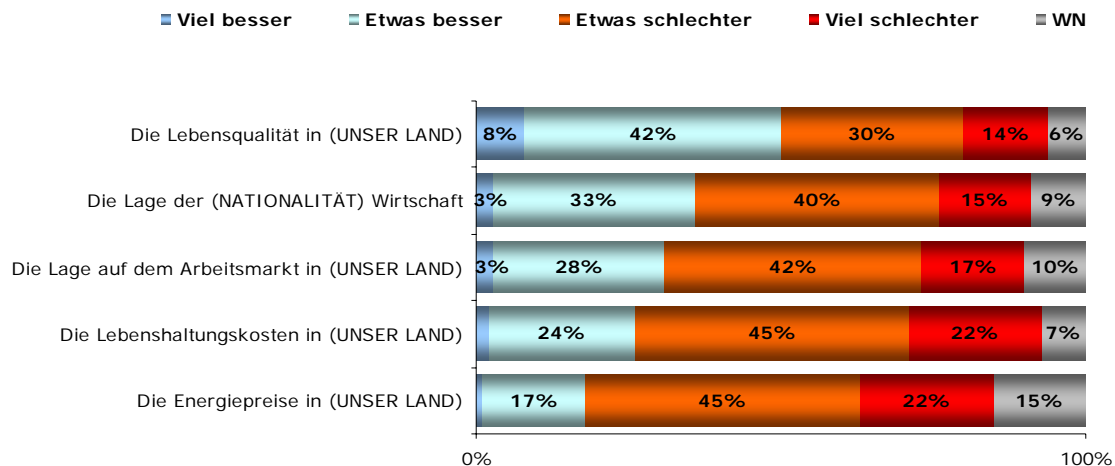
<sup>18</sup> Für nähere Informationen zur Spalte 'Veränderungen Index' siehe Fußnote Seite 14.

## C. Vergleich der Wirtschaftslage

- Die nationale Lage wird schlechter beurteilt als der Durchschnitt -

Schließlich möchten wir mit einer Analyse der wahrgenommenen Wirtschaftslage unser Augenmerk darauf richten, wie die europäischen Bürger ihre nationale Lage mit jener des Durchschnitts der europäischen Mitgliedstaaten vergleichen<sup>19</sup>.

QA7a Sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation in (UNSER LAND) Ihrer Meinung nach besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der europäischen Länder? - %EU



Die europäischen Bürger neigen zu der **Überzeugung, dass die (wirtschaftliche) Situation in ihrem eigenen Land schlechter ist als im Durchschnitt der europäischen Mitgliedstaaten. Schon zu einem früheren Zeitpunkt konnten wir feststellen, dass die Europäer die europäische Wirtschaftslage tendenziell besser einschätzen als die des eigenen Landes.**

Die europäischen Bürger beurteilen insbesondere die Lebenshaltungskosten und Energiepreise in ihrem eigenen Land im Vergleich mit dem europäischen Durchschnitt negativ. Die Lebensqualität ist der einzige Aspekt, für den die nationale Situation von einer absoluten Mehrheit der Befragten positiver beurteilt wird als die des europäischen Durchschnitts: 50% der Befragten sind der Meinung, dass die Lebensqualität in ihrem eigenen Land besser ist, im Vergleich zu 44%, die der Ansicht sind, sie sei schlechter als im europäischen Durchschnitt.

Diese Ansichten entsprechen auf Länderebene den Einschätzungen, mit denen die Bürger die nationale Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage bewerten: in den Mitgliedstaaten, in denen die nationale Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage als gut

<sup>19</sup> QA7 Sagen Sie mir bitte für jeden Bereich auf der Liste, ob die Situation in Deutschland Ihrer Meinung nach besser oder schlechter ist als im Durchschnitt der europäischen Länder? 1. Die Lage der (NATIONALITÄT) Wirtschaft. 2. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSER LAND). 3. Die Lebenshaltungskosten in (UNSER LAND). 4. Die Energiepreise in (UNSER LAND). 5. Die Lebensqualität in (UNSER LAND).

beurteilt wird, stellen wir eher hohe positive Ergebnisse fest, während wir in Ländern, in denen das Gegenteil der Fall ist und die Bürger mehr Vertrauen in die europäische Wirtschaft setzen, hohe negative Werte beobachten<sup>20</sup>.

Dementsprechend sind die Bürger in Skandinavien, den Niederlanden, Luxemburg und Österreich in überwältigender Mehrheit der Ansicht, dass ihre nationale Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage besser ist als die des europäischen Durchschnitts. Im Gegensatz hierzu erweisen sich die Meinungen hinsichtlich der nationalen Situation in Ungarn, Portugal, Lettland, Litauen, Griechenland und Bulgarien als ausgesprochen negativ.




























- ◆ Der Vergleich der **Wirtschaftslage** fällt in Luxemburg (88% `besser`; 30% `viel besser`) und Dänemark (88%; 17% `viel besser`) außerordentlich positiv aus.
- ◆ Der Vergleich der **Arbeitsmarktlage** wird ganz besonders positiv in Dänemark (90% `besser`; 31% `viel besser`), den Niederlanden (83%; 17% `viel besser`) und Luxemburg (80%; 22% `viel besser`) beurteilt.
- ◆ Umgekehrt erklären mehr als 9 von 10 Bürgern in Ungarn, dass sowohl die Wirtschafts- als auch die Arbeitsmarktlage in ihrem Land schlechter sei als im europäischen Durchschnitt.
- ◆ Im Hinblick auf die Bewertung ihrer Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage zeigen sich die Bewerberländer außerordentlich negativ, wobei sich die schlechtesten Zahlen für die Befragten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (85% bzw. 90%) ergeben.

---

<sup>20</sup> Siehe Seite 7, oben.



Eine Länderanalyse der seit Frühjahr 2008 festgestellten Veränderungen zeigt, dass das Vertrauen in die nationale Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage im Vergleich mit dem europäischen Durchschnitt trotz der aktuellen pessimistischen Einschätzung in einigen Mitgliedstaaten gewachsen ist.

VERGLEICH DER NATIONALEN LAGE MIT DEM EUROPÄISCHEN DURCHSCHNITT VERÄNDERUNGEN HERBST 2008 – FRÜHJAHR 2008 GESAMT "BESSER" (Prozentpunkte)					
Die wirtschaftliche Lage in (UNSER LAND)			Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in (UNSER LAND)		
	EU27	+1		EU27	-3
	CY	+10		CY	+7
	SI	+10		BG	+5
	FI	+9		SI	+4
	FR	+8		EL	+3
	ES	+5		NL	+3
	SK	+5		IT	+2
	PL	+4			
:	:	:	:	:	:
	DK	-5		LV	-6
	EE	-6		SE	-6
	UK	-6		UK	-8
	CZ	-7		EE	-11
	MT	-7		LT	-15
	IE	-26		IE	-20

- ♦ Die Meinung, dass die nationale Situation hinsichtlich beider Aspekte besser sei als die europäische, gewinnt insbesondere auf Zypern und – in weniger ausgeprägtem Maße – in Slowenien an Boden. Auch im Bewerberland Türkei ist diese positivere Einstellung gegenüber der nationalen Situation im Vergleich mit der Europäischen Union zu finden<sup>21</sup>.
- ♦ Irland stellt eine Ausnahme dar, da sich hier für beide Bereiche im Vergleich der nationalen Situation mit dem europäischen Durchschnitt ganz besonders negative Ansichten feststellen lassen.

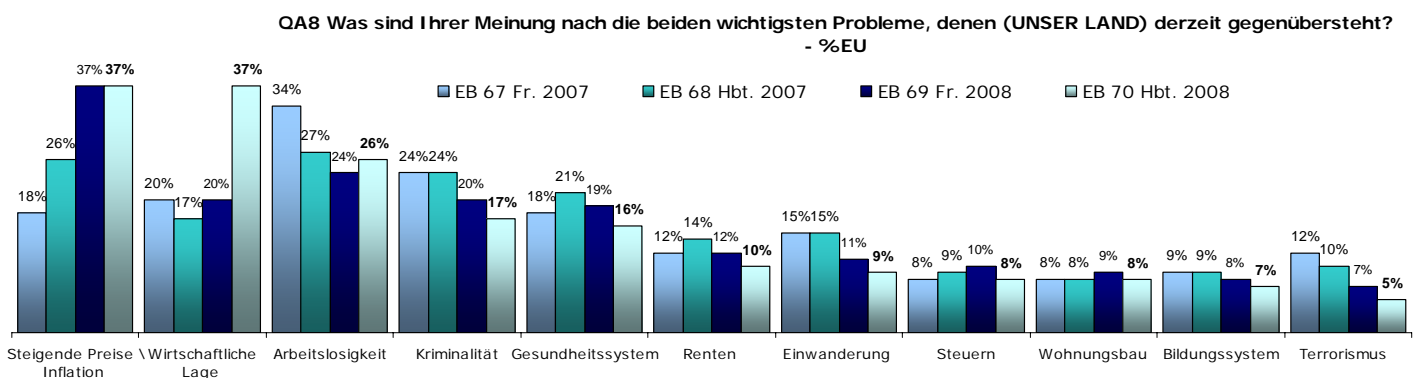
<sup>21</sup> Türkei: % „besser“ im Herbst 2008 und Veränderungen seit Frühjahr 2008: Wirtschaftslage 22%; +8; Arbeitsmarktlage 15%; +5.

## 2. SORGEN DER EUROPÄISCHEN BÜRGER

- Inflation und wirtschaftliche Lage stellen mittlerweile die größten Probleme in Europa dar -

### A. Nationale Sorgen

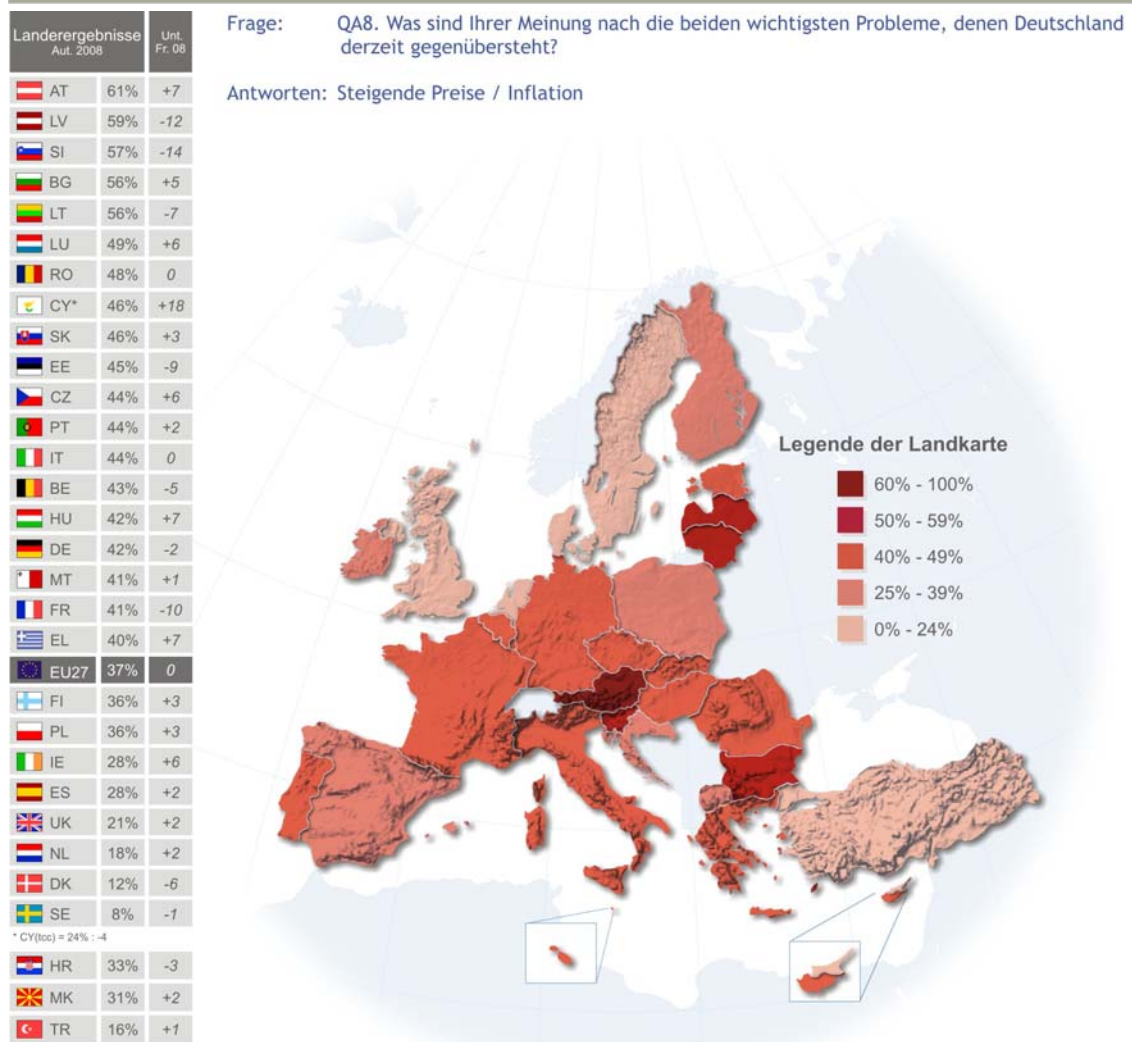
Der im obigen Text beschriebene 'Schlechtfühlfaktor' betrifft in bedeutendem Maße auch die Sorgen der europäischen Bürger: **im Herbst 2008 stellen steigende Preise und Inflation, sowie das Thema der wirtschaftlichen Lage die zwei am häufigsten genannten nationalen Sorgen der Befragten dar<sup>22</sup>.**



Die Veränderungen, die sich in den letzten zwei Jahren in der öffentlichen Meinung ergeben haben, stehen deutlich unter dem Einfluss der Wirtschaftskrise. Die Inflation stand bereits im Frühjahr 2008 an oberster Stelle der Sorgen, jetzt kommt im Herbst 2008 die wirtschaftliche Lage hinzu (jeweils 37%). Diese beiden Themen stellen mittlerweile die dringendsten Sorgen der europäischen Bürger dar und verdrängen Befürchtungen hinsichtlich der Bereiche Arbeitslosigkeit und Kriminalität. Der letztgenannte Punkt wird inzwischen weniger häufig genannt. **Im Vergleich zu der Situation vor 6 Monaten ist der Anteil an Befragten, die das Thema wirtschaftliche Lage nennen, um 17 Prozentpunkte gestiegen. Für den Anteil an Befragten, die das Thema Inflation angeben, wurde zwischen Herbst 2007 und Frühjahr 2008 ein Anstieg von 11 Punkten verzeichnet, wobei dieser Wert seither auf gleichem Niveau geblieben ist.**

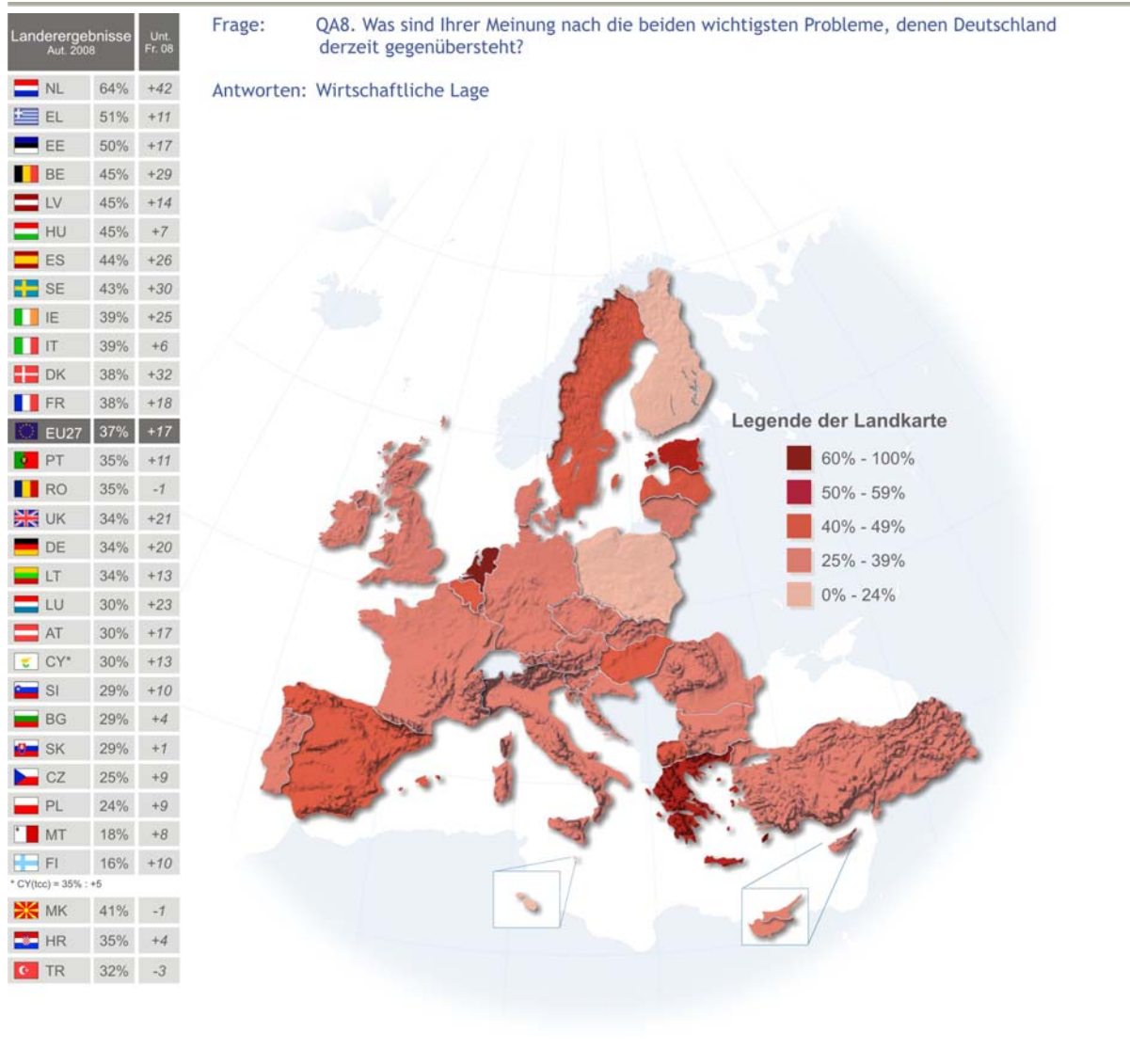
In 15 Mitgliedstaaten wird **Inflation** als das größte nationale Problem angesehen. Mehr als die Hälfte der Bürger in Österreich (61%), Lettland (59%), Slowenien (57%), Bulgarien und Litauen (jeweils 56%) nennen dieses Problem. Im Gegensatz hierzu wird dieser Punkt von weniger als einem Fünftel der Bürger Schwedens (8%), Dänemarks (12%) und der Niederlande (18%) angeführt.

<sup>22</sup> QA8a Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?



Im Vergleich zum Frühjahr 2008 hat sich das Ausmaß, in dem Inflation als eines der beiden wichtigsten Probleme betrachtet wird, verändert: Zypern (+18 Punkte) ist das einzige Land, in dem eine Zunahme von 10 und mehr Prozentpunkten für die Anteile der Befragten festgestellt wurde, die der Ansicht sind, dass **„Inflation/steigende Preise“** ein **„wichtiges Problem“** auf nationaler Ebene darstellt. Umgekehrt können in Slowenien (-14), Lettland (-12) und Frankreich (-10) Rückgänge von 10 und mehr Prozentpunkten beobachtet werden.

Das Thema **wirtschaftliche Lage** wird als das größte nationale Problem in 9 Mitgliedstaaten angesehen. Die Niederlande führen diese Rangliste an (64%), in einigem Abstand gefolgt von Griechenland (51%) und Estland (50%). Am unteren Ende der Liste finden wir Finnland (16%) und Malta (18%).



In 19 von 27 Mitgliedstaaten können seit Frühjahr 2008 Zunahmen von 10 und mehr Prozentpunkten für die Anteile der Befragten festgestellt werden, die der Meinung sind, dass das Thema "**wirtschaftliche Lage**" ein "wichtiges Problem" auf nationaler Ebene darstellt. Die höchsten Zuwachsraten gibt es in den Niederlanden (+42 Punkte), gefolgt von Dänemark (+32) und Schweden (+30).

In den drei Bewerberländern liegen weder Inflation noch wirtschaftliche Lage an der Spitze der Liste.

Abgesehen von diesen beiden Themen können wir einige länderspezifische Besonderheiten beobachten:

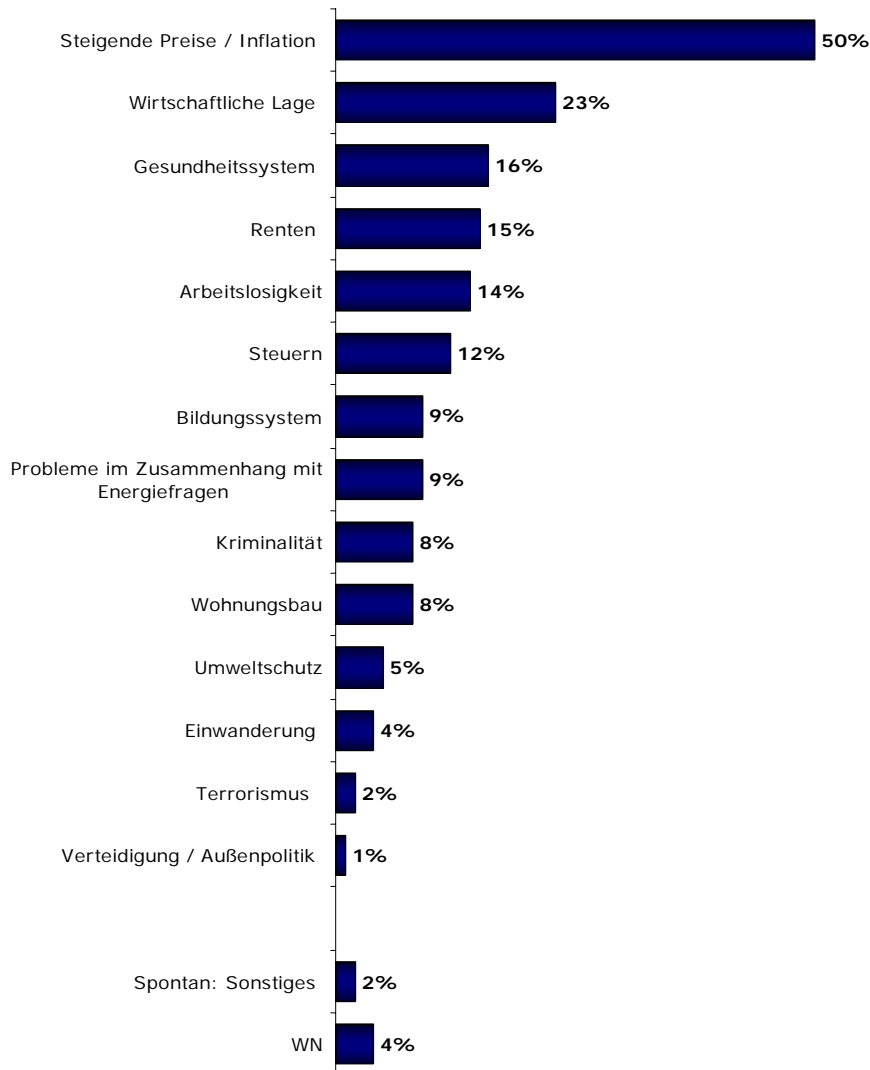
- ◆ **Arbeitslosigkeit** liegt auf europäischem Niveau an dritter Stelle (26%) und wird als das wichtigste Problem in Spanien (45%) und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (60%) genannt. In Portugal (43%), Schweden (38%) und der Türkei (51%) ist sie das am zweithäufigsten genannte Problem.  
Außerdem wurden in Irland (+19), Schweden, Spanien (jeweils +18) und Lettland (+11) Zuwächse von 10 und mehr Prozentpunkten festgestellt.
- ◆ Das Thema **Gesundheitssystem** ist das wichtigste Problem der Befragten in Polen (43%) und Finnland (39%) und das zweitwichtigste in Irland (38%), Dänemark (36%) und der Tschechischen Republik (28%). Auf europäischer Ebene stellt es mit 16% der Nennungen das fünftwichtigste Problem dar.
- ◆ Abschließend kann eine Auswahl von Einzelfällen vorgestellt werden. Die wahrgenommene Bedrohung durch **Terrorismus** führt mittlerweile die Liste der Probleme in der Türkei an (68%; + 24 Punkte), in Spanien ist sie allerdings deutlich zurückgegangen (14%; -17 Punkte). **Immigration** ist das wichtigste Problem auf Malta (48%) und das drittwichtigste Thema im Vereinigten Königreich (23%). In diesem letztgenannten Land steht **Kriminalität** ganz oben auf der Liste der Probleme, gleichauf mit dem Thema wirtschaftliche Lage (beide 34%). Kriminalität wird auch in Kroatien als größtes Problem angesehen (62%) und stellt die am zweithäufigsten genannte Sorge in Bulgarien (30%) und den Niederlanden (26%) dar.

## B. Persönliche Probleme

Anschließend wurden die Befragten erstmalig gebeten, die zwei wichtigsten Probleme zu nennen, von denen sie persönlich derzeit am meisten betroffen sind<sup>23</sup>.

Der Einfluss der Wirtschaftskrise macht sich in der Rangfolge der wahrgenommenen persönlichen Probleme ebenfalls deutlich bemerkbar: Steigende Preise/Inflation liegt an erster Stelle dieser Liste (50%), gefolgt – in erheblichem Abstand – von der Sorge über das Thema wirtschaftliche Lage (23%). Die Inflation ist eine direkte Konsequenz der wirtschaftlichen Lage und wirkt sich unmittelbar auf die Bürger aus.

**QA8b Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen? (MAX. 2 ANTWORTEN) - % EU**



<sup>23</sup> QA8b Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen? (NEUE FRAGE)

**Inflation** stellt in allen Mitgliedstaaten das größte persönliche Problem dar, mit Ausnahme der Niederlande und Schweden. In den Nichtmitgliedstaaten ist sie das größte Problem; in Kroatien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien.

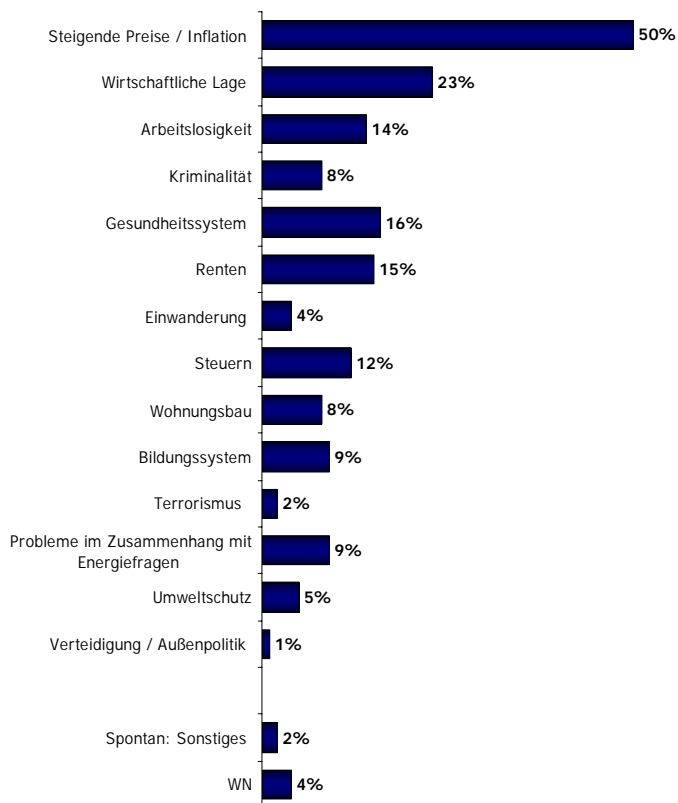
Das Thema **wirtschaftliche Lage** stellt in Schweden (32%) und der Türkei (48%) das wichtigste Problem dar. In 19 Mitgliedstaaten sowie in Kroatien und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien ist es das am zweithäufigsten genannte Problem.

Die Niederlande sind das einzige Land, in dem nach Ansicht der Bürger das Thema **Gesundheitssystem** oberste Priorität hat (32%).

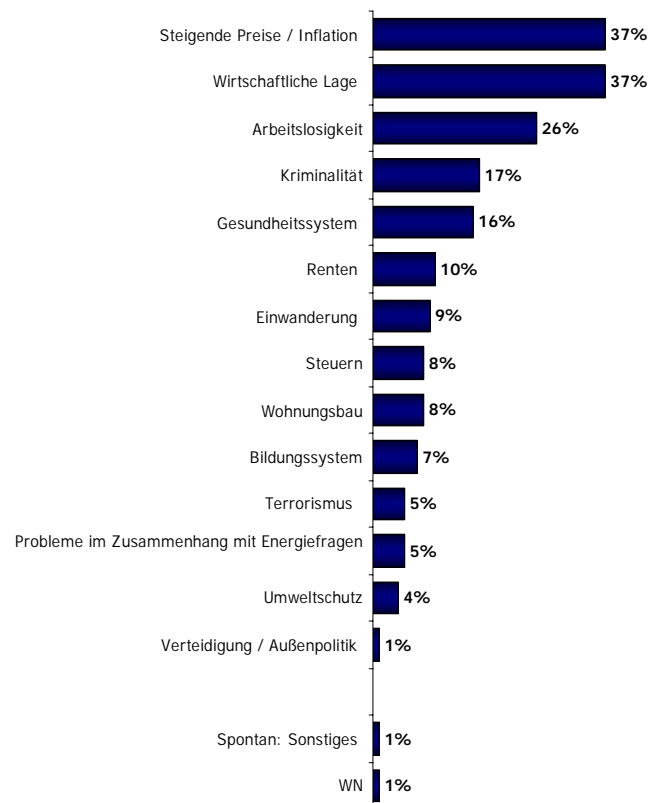
Darüber hinaus wurden auf nationaler Ebene folgende Bereiche auf den zweiten Platz der Liste der wichtigsten Probleme gewählt:

- ◆ In der Tschechischen Republik, in Deutschland, Polen, der Slowakei, Finnland und Schweden das Thema **Gesundheitssystem**.
- ◆ In Bulgarien, Ungarn, Österreich und Slowenien das Thema **Renten**. In Österreich (18%) und in Ungarn (22%) wird dieses Thema genauso oft genannt wie die wirtschaftliche Lage.
- ◆ 28% der Niederländer wählen das Thema **Bildungssystem** und ein gleich großer Anteil von ihnen ist der Ansicht, dass die wirtschaftliche Lage und die Inflation große Probleme darstellen.
- ◆ Schließlich stellt das am zweithäufigsten genannte persönliche Thema auf Malta (31%) die Sorge über Probleme im Zusammenhang mit **Energiefragen** dar.

QA8b Und von welchen zwei der folgenden Themen sind Sie persönlich momentan am meisten betroffen? (MAX. 2 ANTWORTEN) - % EU



QA8a Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht? (MAX. 2 ANTWORTEN) - % EU



Wenn man einen Vergleich zwischen nationalen und persönlichen Problemen zieht, wird deutlich, dass die wirtschaftlichen Faktoren in den Antworten der Befragten von vorherrschender Bedeutung sind. Inflation wird häufiger als persönliche (50%), denn als nationale (37%) Sorge angesehen, und sie wird darüber hinaus bei weitem als größtes Problem wahrgenommen, dem die Befragten persönlich gegenüberstehen, da sie einen direkten Einfluss auf das Alltagsleben hat. Das Thema der wirtschaftlichen Lage nimmt in der Rangfolge der Problemhierarchie der europäischen Bürger den zweiten Platz ein, wird jedoch eher als Bereich angesehen, mit dem die Länder und nicht die Bürger selbst konfrontiert sind (37% gegenüber 23%). Arbeitslosigkeit wird auch eher als nationales (26%), denn als persönliches Problem (14%) empfunden. Demgegenüber stehen, folgerichtig, einige der "sozialen und gesellschaftlichen" Themenbereiche, die von den Bürgern geringfügig häufiger auf persönlicher, denn auf Länderebene als Problem angesehen werden: Renten (15% gegenüber 10%), Steuern (12% gegenüber 8%), Bildungssystem (9% gegenüber 7%) und Probleme im Zusammenhang mit Energiefragen (9% gegenüber 5%). Diese Probleme nehmen direkten Einfluß auf den persönlichen Alltag und, dementsprechend, die finanzielle Situation der Befragten.

Für zusätzliche Informationen über die Länderergebnisse, bitten wir die Leser die vollständigen Datentabellen am Ende des Berichts einzusehen.

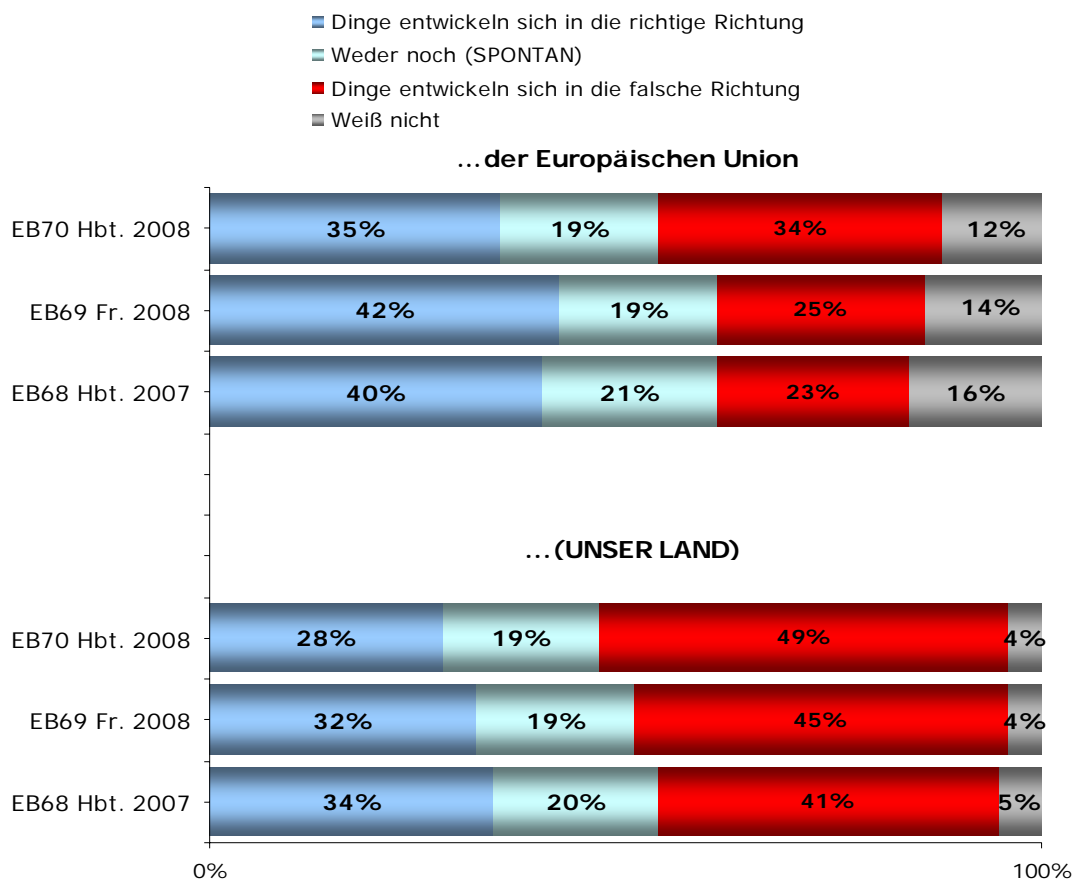


### 3. IN WELCHE RICHTUNG ENTWICKELN SICH DIE DINGE?

- Die europäischen Bürger haben eine negative Meinung über die Richtung, in die sich die nationalen Dinge entwickeln und sie zweifeln an der Richtung, die die Europäische Union einschlägt -

Die Sorgen über die wirtschaftliche Lage können an der Art und Weise bemessen werden, wie europäische Bürger die Richtung wahrnehmen, in die sich die Dinge auf sowohl nationaler als auch gesamteuropäischer Ebene entwickeln<sup>24</sup>. **Nahezu einer von zwei europäischen Bürgern ist der Ansicht, dass sich die Dinge in ihrem eigenen Land in die falsche Richtung entwickeln** (49%; +4 Prozentpunkte).

QA11. Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in... derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln? - % EU











































Die Meinungen der Befragten hinsichtlich der Richtung, in die sich die Dinge in der Europäischen Union entwickeln, gehen mittlerweile auseinander. 35% der Befragten erklären, dass sich die Dinge in die richtige und 34%, dass sie sich in die falsche Richtung entwickeln. Dies steht im deutlichen Gegensatz zum Frühjahr 2008, als die Befragten, die der Ansicht waren, die Dinge entwickelten sich in die richtige Richtung, noch eindeutig in der Mehrheit waren.

<sup>24</sup> QA11 Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in (UNSER LAND) derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln? Und in der Europäischen Union?

Dies erweckt den Eindruck, dass die europäischen Bürger mittlerweile zwischen der nationalen und europaweiten Wirtschaftskrise und der Art, wie sich die Dinge auf Länderebene und in der gesamten Europäischen Union entwickeln, einen Zusammenhang erkennen.

QA11 Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in ... derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln?

(UNSER LAND)				DER EUROPÄISCHEN UNION			
		Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung (+/- Frühjahr 2008 in Klammern)	Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung (+/- Frühjahr 2008 in Klammern)			Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung (+/- Frühjahr 2008 in Klammern)	Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung (+/- Frühjahr 2008 in Klammern)
	EU27	28% (-4)	49% (+4)		EU27	35% (-7)	34% (+9)
	SI	49% (+7)	25% (-7)		RO	57% (-4)	10% (+4)
	SE	47% (-1)	35% (+1)		BG	55% (+1)	7% (+1)
	DK	44% (-4)	48% (+6)		EE	53% (-7)	14% (+5)
	EE	42% (-9)	34% (+8)		PL	53% (-10)	14% (+5)
	NL	42% (+7)	25% (-10)		SI	53% (-6)	19% (+5)
	SK	42% (+1)	21% (+2)		SK	48% (-5)	14% (+9)
	LU	41% (-1)	35% (+5)		CZ	47% (-3)	24% (+8)
	PL	41% (-14)	37% (+13)		NL	45% (-1)	23% (+1)
	RO	39% (-14)	34% (+16)		SE	45% (-3)	28% (+3)
	DE	38% (+4)	37% (-3)		DE	41% (+4)	31% (+3)
	:	:	:		:	:	:
	PT	23% (-3)	41% (+3)		LT	30% (-22)	39% (+26)
	BG	23% (-5)	42% (+2)		FI	30% (-11)	54% (+14)
	UK	23% (-2)	63% (-)		PT	29% (-12)	26% (+5)
	LV	19% (-2)	61% (+8)		HU	29% (-8)	31% (+12)
	LT	19% (-17)	65% (+19)		ES	29% (-19)	37% (+20)
	EL	18% (-7)	69% (+13)		FR	29% (-5)	51% (+13)
	IT	15% (+6)	50% (-11)		AT	26% (-1)	44% (+6)
	IE	15% (-25)	60% (+24)		UK	26% (-8)	47% (+12)
	HU	8% (+4)	74% (-5)		IE	21% (-25)	35% (+19)
					IT	20% (-6)	39% (+9)

Fettgedruckte Zahlen = Mehrheitsmeinung je Land

Die Ergebnisse auf Länderebene können wie folgt zusammengefasst werden:

- ♦ Wenn man untersucht, in welche Richtung sich die Dinge auf Länderebene entwickeln, gibt es inzwischen nur noch 9 Mitgliedstaaten, in denen die Mehrheit der Befragten der Ansicht ist, dass sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln, während sich im Frühjahr 2008 bei dieser Frage unterschiedliche Ansichten die Waage hielten (in 14 Mitgliedstaaten erklärten die Bürger, die Dinge entwickelten sich in die richtige Richtung, während in 13 Mitgliedstaaten mehrheitlich die gegenteilige Meinung vertreten wurde).
- ♦ Auf Ebene der Europäischen Union sind die jeweiligen Ansichten gleichgewichtig verteilt: in 14 Mitgliedstaaten vertritt die Mehrheit der Befragten die Ansicht, dass sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln, während in 13 Mitgliedstaaten die entgegengesetzte Meinung mehrheitlich vertreten wird. Im Frühjahr 2008 zeichnete sich noch ein einheitlicheres Bild ab: in 23 Mitgliedstaaten war eine

Mehrheit der Befragten davon überzeugt, dass sich die Dinge in der Europäischen Union in die richtige Richtung entwickeln.

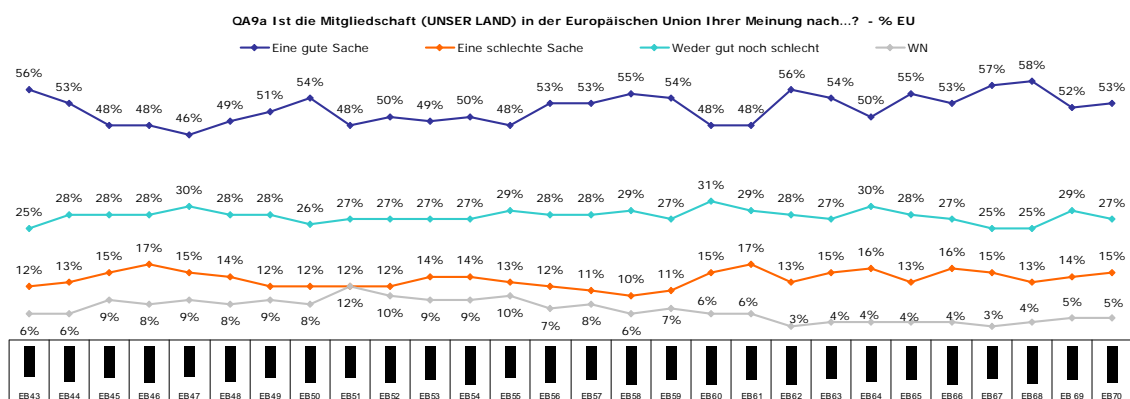
- ◆ In Slowenien und Schweden wird die Ansicht, dass sich die Dinge im eigenen Land in die richtige Richtung entwickeln am meisten unterstützt. Umgekehrt können in Ungarn und Griechenland die höchsten Anteile an Befragten gefunden werden, die hiermit nicht einverstanden sind. In diesen beiden Ländern erklären ungefähr 7 von 10 Bürgern, dass sich die Dinge in ihrem Land in die falsche Richtung entwickeln.
- ◆ Wenn wir die Richtung betrachten, in die sich die Dinge in der Europäischen Union entwickeln, können wir feststellen, dass 7 der neueren Mitgliedstaaten der EU ganz oben auf der Rangliste stehen. Die zwei jüngsten Mitgliedstaaten – Bulgarien und Rumänien – sind mit der größten Wahrscheinlichkeit der Ansicht, dass sich die Dinge in der EU in die richtige Richtung entwickeln. Die Bürger Italiens, Irlands, Österreichs und des Vereinigten Königreichs sind mit dem Lauf der Dinge in der EU am wenigsten zufrieden.
- ◆ In den Niederlanden, Slowenien, Italien, Ungarn und Deutschland konnten hinsichtlich der Richtung, in die sich die Dinge auf Länderebene entwickeln, seit Frühjahr 2008 positive Entwicklungen festgestellt werden. Im Bewerberland Türkei ist die Stimmung mittlerweile ebenfalls besser als im Frühjahr 2008. Im Gegensatz hierzu werden in 9 von 27 Mitgliedstaaten sowie in Kroatien seit Frühjahr 2008 Rückgänge von 10 Prozentpunkten und mehr (prozentuale Rückgänge der Antwort 'richtige Richtung') festgestellt. In Irland sind besonders starke Rückgänge zu verzeichnen.
- ◆ Bei der Untersuchung der Richtung, in die sich die Dinge in der EU entwickeln, ist kein Land zu finden, in dem die Entwicklung seit Frühjahr 2008 durchweg positiv ist. Im Gegensatz hierzu können in 10 Mitgliedstaaten seit Frühjahr 2008 negative Veränderungen in Form von Rückgängen von 10 und mehr Prozentpunkten der Anteile an Befragten festgestellt werden, die der Ansicht sind, dass sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln. In Irland, Litauen und Spanien zeigen sich besonders negative Veränderungen.

## 4. ZUSTIMMUNG ZUR MITGLIEDSCHAFT IN DER EUROPÄISCHEN UNION

- Die Zustimmung zur Mitgliedschaft in der EU stabilisiert sich -

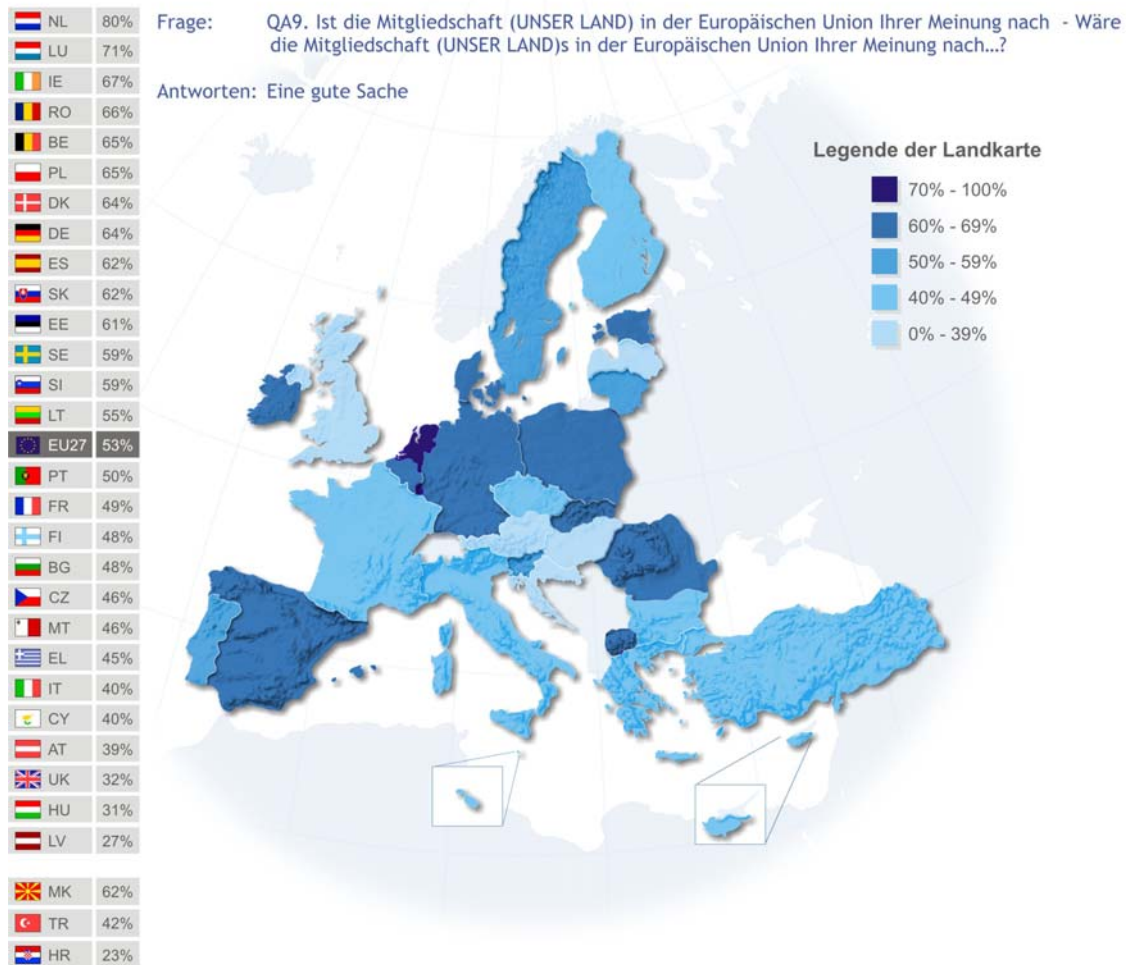
Der im Frühjahr 2008 festgestellte Rückgang positiver Meinungen über die Mitgliedschaft in der EU hat sich stabilisiert<sup>25</sup>. Im Jahr 2008 gibt es überall eine Rückkehr zu schon bekannten Ansichten, nachdem im Jahr 2007 Rekordergebnisse verzeichnet werden konnten. Während alle Wirtschaftsindikatoren rückläufig sind, wird die Mitgliedschaft in der Europäischen Union nach wie vor von einer absoluten Mehrheit der Europäischen Bürger als gute Sache gesehen. Dieser Anteil ist zudem noch geringfügig gestiegen.

Nach wie vor wird die Mitgliedschaft in der Europäischen Union von einer Mehrheitsmeinung unterstützt (53%; +1 Punkt), während nur 15% der europäischen Bürger der Ansicht sind, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU eine schlechte Sache sei (+1).










In 25 der 27 Mitgliedstaaten ist die Mehrheitsmeinung positiv. Dies zeigt sich insbesondere in den Niederlanden, wo 8 von 10 Bürgern die Ansicht vertreten, dass die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU eine gute Sache sei.

<sup>25</sup> QA9 Ist die Mitgliedschaft (UNSER LAND) in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach -...?



In Lettland (49%) und Ungarn (45%) wird von den Befragten gegenüber der Mitgliedschaft eine neutrale Haltung vertreten, während sich die Bürger Griechenlands, Österreichs, Italiens und Zyperns zu gleichen Teilen für eine positive oder neutrale Meinung entscheiden. Die Bürger des Vereinigten Königreichs nehmen zu jeweils gleichen Teilen positive, neutrale und negative Haltungen ein, was einer Verbesserung der Situation seit Frühjahr 2008 gleichkommt, als die Mehrheitsmeinung negativ war.

In der Gruppe der Bewerberländer hat die Unterstützung der Mitgliedschaft nachgelassen. Die Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sind allerdings nach wie vor sehr positiv über eine mögliche Mitgliedschaft ihres Landes eingestellt (62% 'eine gute Sache'; -10 Punkte), und liegen damit vor den Befragten aus der Türkei (42%; -7) und Kroatiens, wo mittlerweile eine Mehrheit der Befragten der Meinung ist, dass die eventuelle Mitgliedschaft eine schlechte Sache sei (38%; +13).

QA9a Ist die Mitgliedschaft (UNSER LAND) in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach -...?			
% Eine gute Sache		Herbst 2008 (EB70)	Veränderungen Herbst 2008 – Frühjahr 2008
	EU27	53%	+1
	NL	80%	+5
	LU	71%	-2
	IE	67%	-6
	⋮	⋮	⋮
	UK	32%	+2
	HU	31%	-1
	LV	27%	-2





Die stabile Situation auf EU-Ebene spiegelt die Entwicklungen in den meisten der einzelnen Mitgliedstaaten wider. Bemerkenswerte Veränderungen der öffentlichen Meinung finden sich seit Frühjahr 2008 nur in wenigen Ländern:

- ◆ Positive Veränderungen von 5 und mehr Prozentpunkten in der Haltung gegenüber der EU-Mitgliedschaft können nur in 4 Ländern festgestellt werden: in Slowenien (+7 Punkte für die Antwort 'eine gute Sache'), den Niederlanden, der Slowakei und in Schweden (jeweils +5). Wie wir schon im bisherigen Text sehen konnten, gehören die Bürger dieser Länder zu denjenigen, die die aktuelle (wirtschaftliche) Situation am wenigsten pessimistisch sehen (siehe Kapitel 1).
- ◆ Erhebliche Rückgänge von 6 und mehr Prozentpunkten für die Unterstützung der EU-Mitgliedschaft werden auf Malta (-14), Zypern (-12) und in Irland (-6) beobachtet. Zwischen Herbst 2007 und Frühjahr 2008 verzeichnete die Unterstützung auf Malta und Zypern noch hohe Zuwächse. Im Frühjahr 2008 hatten die Bürger dieser zwei Länder im Allgemeinen noch eine deutlich positivere Perspektive für die wirtschaftliche Situation als der Durchschnitt, aber im Herbst 2008 ist dieser Optimismus völlig verschwunden. Eine Ausnahme bildet Irland insofern, als es das Land ist, in dem in vielerlei Hinsicht die Stimmung im Herbst 2008 am pessimistischsten ist.

Unabhängig vom 'wirtschaftlichen Schlechtfühlfaktor' scheint es insgesamt so zu sein, dass die Haltung gegenüber der Mitgliedschaft gleich geblieben ist, auch wenn auf Länderebene einige Ausnahmen festgestellt werden können.

Zur selben Zeit verdeutlicht die Analyse der soziodemografischen Kategorien, dass traditionelle Faktoren wie Alter, Ausbildung und Stellung im Beruf weiterhin die Einstellung der Befragten dahingehend beeinflussen, ob sie die EU-Mitgliedschaft unterstützen oder nicht.

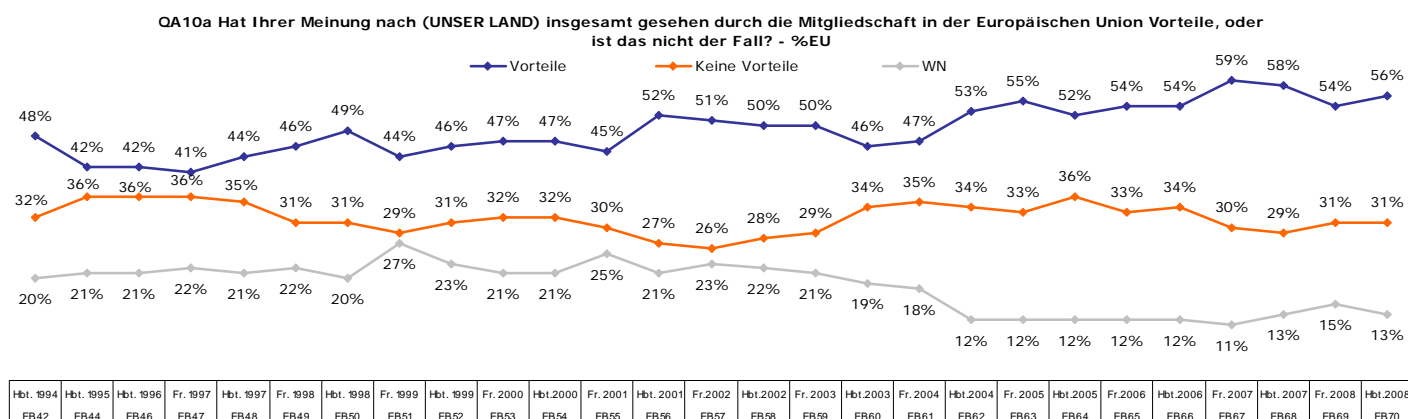
**QA9a Ist die Mitgliedschaft (UNSER LAND) in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach...?**

		Eine gute Sache	Weder gut noch schlecht	Eine schlechte Sache	WN
	EU27	53%	27%	15%	5%
	<b>Geschlecht</b>				
	Männlich	57%	24%	16%	3%
	Weiblich	49%	30%	15%	6%
	<b>Alter</b>				
	15-24	62%	26%	8%	4%
	25-39	55%	28%	13%	4%
	40-54	53%	27%	17%	3%
	55 +	47%	28%	19%	6%
	<b>Ausbildung (Ende der)</b>				
	15-	39%	30%	23%	8%
	16-19	50%	31%	15%	4%
	20+	66%	21%	11%	2%
	Studiert noch	70%	20%	6%	4%
	<b>Berufliche Tätigkeit</b>				
	Selbständig	57%	26%	14%	3%
	Leitende(r) Angestellter	66%	21%	12%	1%
	Andere(r) Angestellter	58%	27%	11%	4%
	Sonstige Arbeiter	49%	30%	17%	4%
	Hausfrauen / Hausmänner	42%	30%	18%	10%
	Arbeitslos	43%	33%	17%	7%
	Pensionäre	46%	28%	20%	6%
	Studenten	70%	20%	6%	4%
	<b>EU-Wissen</b>				
	Schlecht	33%	32%	19%	16%
	Durchschnitt	51%	30%	16%	3%
	Gut	62%	23%	13%	2%

## 5. VORTEILE DER MITGLIEDSCHAFT IN DER EUROPÄISCHEN UNION

- Für die wahrgenommenen Vorteile der Mitgliedschaft gilt derselbe Trend wie für die Mitgliedschaft im Allgemeinen –

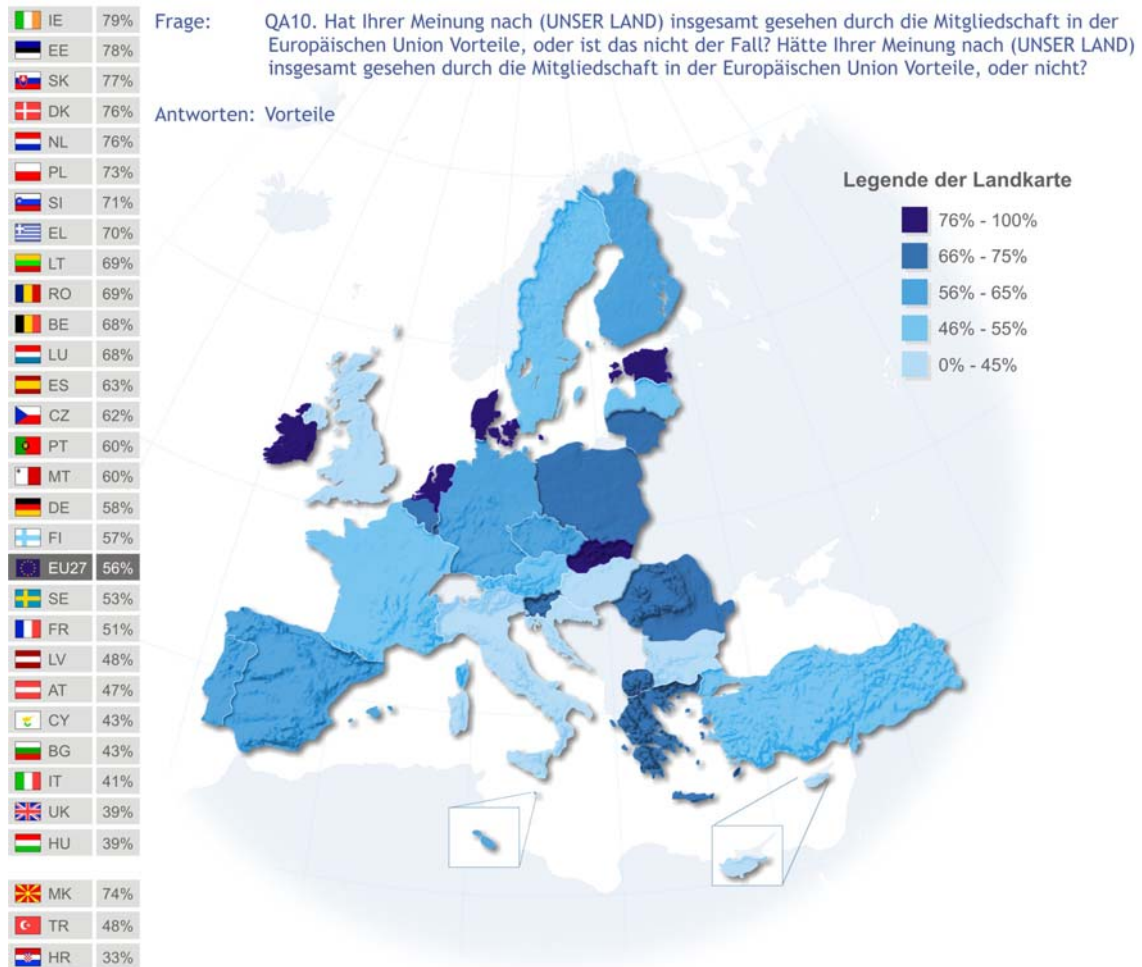
Die Ansichten über die Vorteile der EU-Mitgliedschaft spiegeln in der Regel die Meinungen über die Mitgliedschaft im Allgemeinen wider: **eine Mehrheit der europäischen Bürger ist der Ansicht, dass ihr Land unter dem Strich durch die Mitgliedschaft Vorteile hat** (56%, +2 Punkte); **das im Frühjahr 2008 festgestellte Absinken dieser Werte ist zu einem Ende gekommen**<sup>26</sup>. Wie schon im Frühjahr 2008 erklärt annähernd ein Drittel der Befragten (31%), dass ihr Land von der EU-Mitgliedschaft keine Vorteile hat.



Nach der Mehrheitsmeinung in nahezu allen Mitgliedstaaten zu urteilen, bringt die EU-Mitgliedschaft unter dem Strich Vorteile. Ausnahmen bilden hierbei Ungarn (51% 'keine Vorteile'), das Vereinigte Königreich und Zypern (jeweils 46%). In diesen Ländern erklären sehr hohe Anteile der Befragten, dass die negativen Aspekte der Mitgliedschaft die positiven übertreffen.

<sup>26</sup> QA10 Hat Ihrer Meinung nach (UNSER LAND) insgesamt gesehen durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union Vorteile, oder ist das nicht der Fall?
















Drei Viertel und mehr der irischen, estnischen, slowakischen, dänischen und niederländischen Befragten haben hierüber außerordentlich positive Ansichten.

In den Bewerberländern zeigen sich nach wie vor positive Ansichten, wenn auch nicht mehr in demselben Maß wie im Frühjahr 2008. Zwischen diesen drei Ländern stellen wir sehr große Unterschiede fest, wobei sich die positiven Meinungen derjenigen, die an die Vorteile einer eventuellen *zukünftigen* Mitgliedschaft glauben, zwischen Werten von 74% bei den Befragten in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (-8 Punkte) und 33% der Kroaten (-11 Punkte) erstrecken.

Auch hier spiegelt die auf EU-Ebene festgestellte stabile Situation die Entwicklungen in den meisten der einzelnen Mitgliedstaaten wider und nur verhältnismäßig wenige Veränderungen können seit Frühjahr 2008 festgestellt werden.

VORTEILE DER MITGLIEDSCHAFT			
	% hat Vorteile	Herbst 2008 (EB70)	Veränderung Herbst 2008 - Frühjahr 2008
	<b>EU27</b>	<b>56%</b>	<b>+2</b>
	AT	47%	+11
	NL	76%	+6
	FI	57%	+6
	RO	69%	+4
	IT	41%	+4
	:	:	:
	PL	73%	-4
	BG	43%	-4
	LT	69%	-6
	MT	60%	-9
	CY	43%	-12

- ◆ Die größten positiven Veränderungen in den Ansichten über die Vorteile der EU-Mitgliedschaft können in Österreich (+11 'hat Vorteile'), gefolgt von den Niederlanden und Finnland (jeweils +6) festgestellt werden.
- ◆ Die deutlichsten Rückgänge für die Anteile an 'hat Vorteile'–Antworten werden auf Zypern (-12), auf Malta (-9) und in Litauen (-6) beobachtet.
- ◆ In Bezug auf beide Bereiche – die Einschätzung und die wahrgenommenen Vorteile der Mitgliedschaft – ist Irland eines der Länder an der Spitze der Rangliste. Zunehmend zeigen sich jedoch auch hier im Hinblick auf beide Bereiche negative Entwicklungen.

Eine Aufteilung in Länder mit positiven und negativen Trends im Herbst 2008 gibt nicht zwangsläufig die wirtschaftlichen Perspektiven dieser Länder wieder, auch wenn festgestellt werden kann, dass diese Aspekte in einigen der Länder korrelieren.

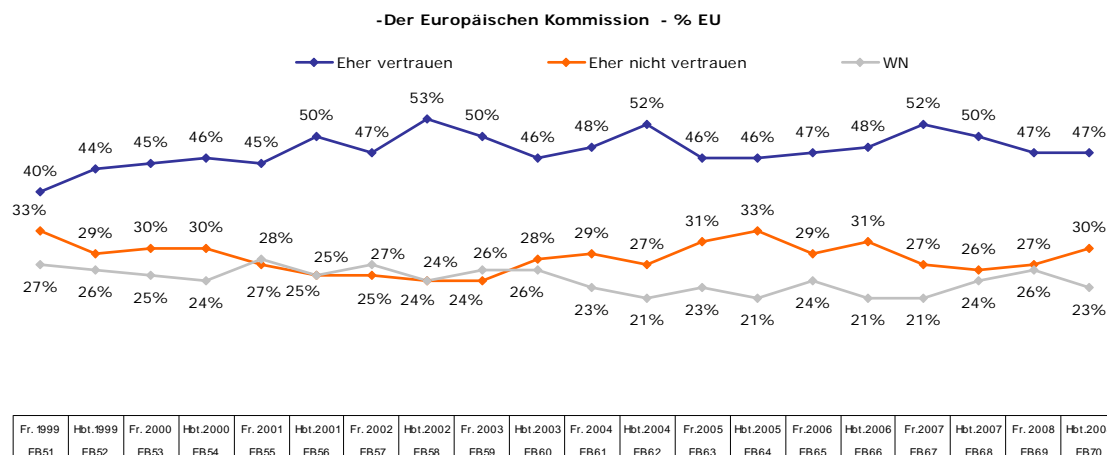
## 6. WAHRNEHMUNG DER EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN

Nachdem wir uns den Einstellungen der Bürger gegenüber der Europäischen Union als Ganzes gewidmet haben, möchten wir jetzt das Vertrauen untersuchen, das die Bürger den jeweiligen europäischen Institutionen entgegenbringen: der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und der Europäischen Zentralbank. Im Frühjahr 2008 war das Vertrauen in die politischen Institutionen im Vergleich zum Herbst 2007 zurückgegangen (jeweils -3 Punkte für die Europäische Kommission und das Europäische Parlament), das Vertrauen in die EZB wiederum stieg geringfügig (+3 Punkte). Es ist von großem Interesse zu wissen, ob angesichts der unleugbaren Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation das Vertrauen der europäischen Bürger in diese Institutionen sinkt oder ob sie sich im Gegenteil mehr auf sie verlassen, auf der Suche nach einem Rückhalt in der Krise.

- *Das Vertrauen in die europäischen Institutionen bleibt recht konstant, die Tendenz hingegen ihnen zu misstrauen nimmt zu –*

### A. Die Europäische Kommission

QA18.2 Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.

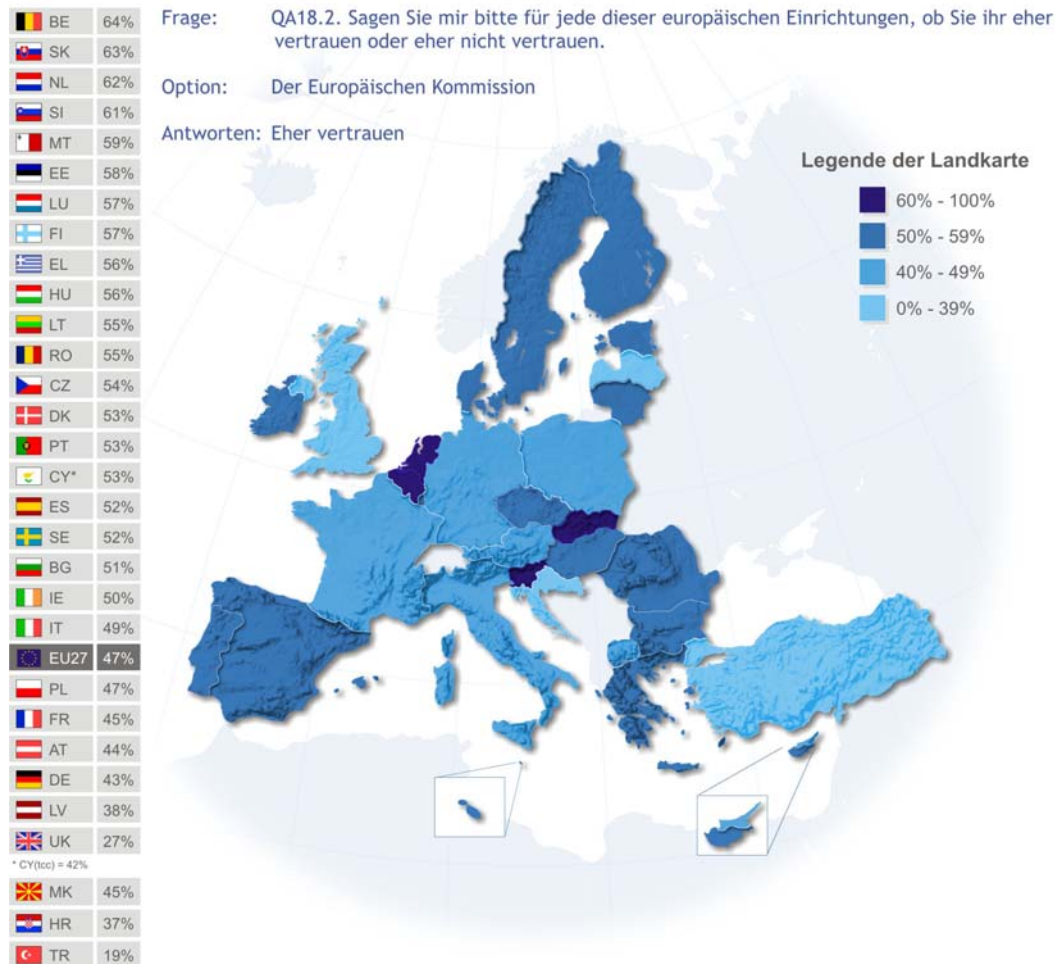


Für diese jüngste Umfrage werden Vertrauenswerte in die Europäische Kommission von 47% gemessen; das bedeutet, dass die Werte auf demselben Niveau wie im Frühjahr 2008<sup>27</sup> verharren. Allerdings ist der Anteil an Befragten gestiegen, die dazu neigen der Kommission zu misstrauen (30%; +3 Punkte). Die Zunahme des Anteils an 'Weiß nicht'–Antworten, die in den letzten Jahren festgestellt wurde, hat sich im Herbst 2008 ins Gegenteil verkehrt (23%; -3 Punkte).

<sup>27</sup> QA18 Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. 2. Der Europäischen Kommission

In 26 der 27 Mitgliedstaaten ist die Mehrheitsmeinung davon überzeugt, dass die Europäische Kommission vertrauenswürdig ist.

Mindestens 6 von 10 Befragten in Belgien, der Slowakei, den Niederlanden und Slowenien bestätigen, dass sie Vertrauen in die Kommission haben.


















Das Vereinigte Königreich ist mittlerweile der einzige Mitgliedstaat, in dem die Befragten, die der Europäischen Kommission kein Vertrauen entgegenbringen, zahlreicher sind, als diejenigen, die ihr Vertrauen zum Ausdruck bringen (45% `nicht vertrauen` gegenüber 27% `vertrauen`). Im Gegensatz zum Frühjahr 2008 gilt diese Aussage nicht mehr für Österreich (41% `nicht vertrauen` gegenüber 44% `vertrauen`).

Wie schon im Frühjahr 2008 ist die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien das einzige Bewerberland, in dem die Befragten der Europäischen Kommission mit höherer Wahrscheinlichkeit vertrauen als misstrauen (45% gegenüber 29%) schenken. In der Türkei (43% `nicht vertrauen` gegenüber 19% `vertrauen`) und in Kroatien (42% gegenüber 37%) übersteigt die Zahl derjenigen, die der Europäischen Kommission misstrauen, die Zahl derer, die ihr vertrauen.

Während im Frühjahr 2008 in 18 Mitgliedstaaten und 2 Bewerberländern die Anteile an Befragten, die dazu neigen der Kommission zu vertrauen, rückgängig waren, sind die Entwicklungen im Herbst 2008 deutlich positiver: in 8 Mitgliedstaaten haben sich die Anteile derer, die der Kommission vertrauen, um mehr als 2 Prozentpunkte erhöht, während in nur 6 Mitgliedstaaten die öffentliche Meinung mittlerweile negativer ausfällt.

Wir stellen fest, dass sich in einigen der Länder, in denen in der letzten Umfrage negative Entwicklungen beobachtet wurden, dieses Mal positive Veränderungen zeigen. Dies gilt insbesondere für Österreich (+7 Punkte) und Rumänien (+5 Punkte).

Trotz alledem werden in Irland (-4 Punkte) und Polen (-7 Punkte) weiterhin Verluste bei den Vertrauenswerten beobachtet. Die größten Rückgänge stellen wir auf Zypern (-10 Punkte) fest. Dort gab es im Zeitraum zwischen Herbst 2007 und Frühjahr 2008 aber auch die deutlichsten Zuwächse.

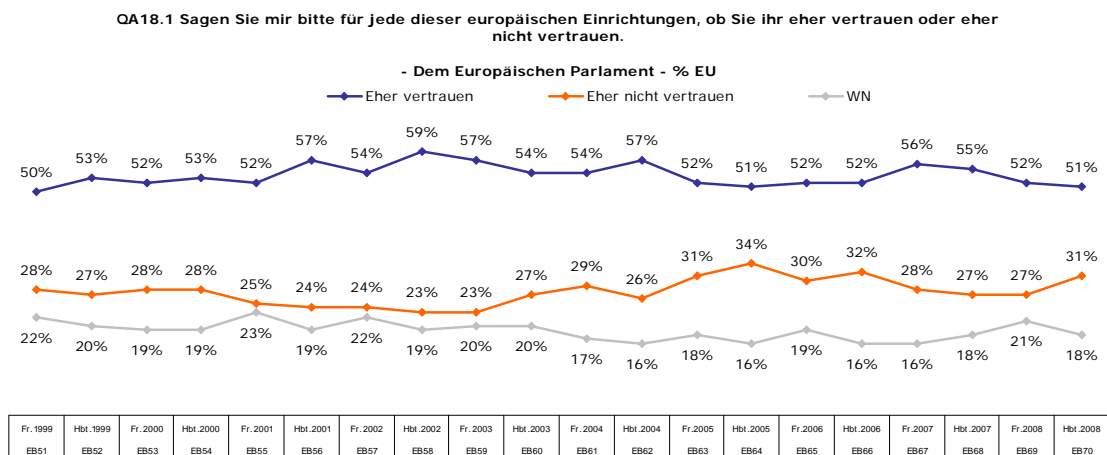
VERTRAUEN IN DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION			
% eher vertrauen		Herbst 2008 (EB70)	Veränderungen Herbst 2008 - Frühjahr 2008
	<b>EU27</b>	<b>47%</b>	<b>0</b>
	AT	44%	+7
	RO	55%	+5
	FI	57%	+4
	LT	55%	+4
	SI	61%	+3
	LU	57%	+3
	CZ	54%	+3
	UK	27%	+3
	⋮	⋮	⋮
	IE	50%	-4
	BE	64%	-5
	ES	52%	-6
	PL	47%	-7
	PT	53%	-9
	CY	53%	-10

Unter soziodemografischen Gesichtspunkten kann abschließend festgestellt werden, dass ein europäischer Bürger, der der Europäischen Kommission vertraut, eher...

- ◆ ... männlich (50% `positiv`) als weiblich (44%) ist;
- ◆ ... jung ist (Altersgruppe der 15-24-jährigen: 50%), als dass er zu der ältesten Altersgruppe gehört (im Alter von 55+: 43%);
- ◆ ... längere Zeit in Ausbildung war (Ausbildungsende mit 20 Jahren und darüber: 57%), als dass er früher die Schule verlassen hat (Ausbildungsende mit 15 Jahren oder weniger: 36%).

## B. Das Europäische Parlament

Ein fast identisches Muster, wie wir es für die Vertrauenswerte in die Europäische Kommission festgestellt haben, kann für das Europäische Parlament beobachtet werden: der Anteil an Befragten, die erklären, dass sie dem Europäischen Parlament eher vertrauen, liegt mittlerweile bei 51% (-1 Punkt), während der Anteil an Befragten, die aussagen, dass sie ihm eher nicht vertrauen, auf 31% (+4 Punkte)<sup>28</sup> angestiegen ist.



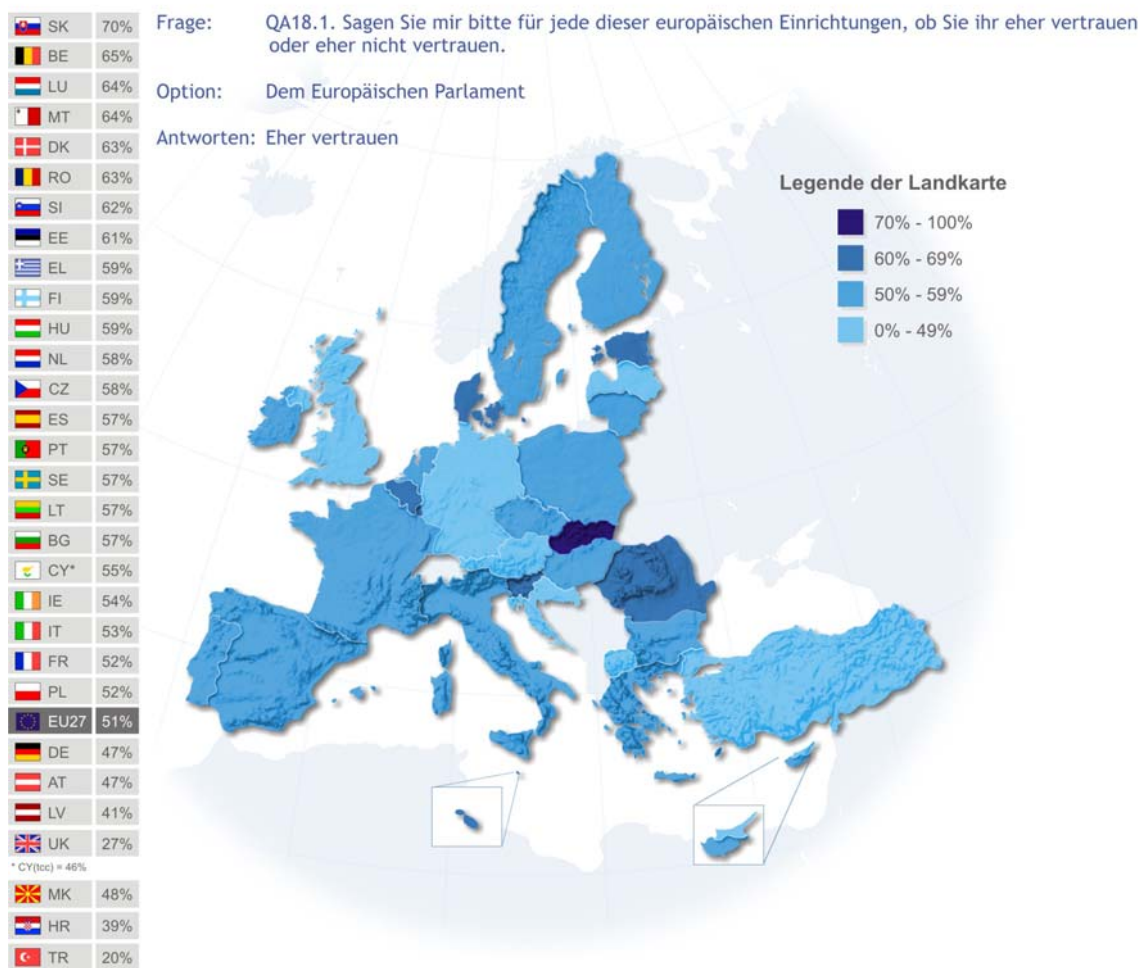
Ebenso wie bei der Europäischen Kommission geht die Zunahme des Anteils an Befragten, die nicht vertrauen, im Herbst 2008 mit einem Rückgang der Anteile von 'Weiß nicht'-Antworten (18%; -3 Punkte) einher.

<sup>28</sup> QA18 Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. 1. Das Europäische Parlament



Die Länderergebnisse sind in hohem Maß ein Abbild der Ergebnisse, die für die Europäische Kommission festgestellt wurden. Mit Ausnahme von einem Mitgliedstaat, dem Vereinigten Königreich, zeichnet sich in allen anderen eine Mehrheitsmeinung dahingehend ab, dass dem Europäischen Parlament vertraut wird.

Wie schon im Fall der Kommission lassen sich auch hierfür die höchsten Vertrauenswerte in der Slowakei (70%) und Belgien (65%) feststellen. Die Anzahl der Länder, in denen annähernd 3 von 5 Befragten dem Europäischen Parlament Vertrauen schenken, steigt indes auf 8, während im Vergleich hierzu der Europäischen Kommission in 4 Ländern mehrheitlich vertraut wird.



Wiederum liefert das Vereinigte Königreich (51%, die `eher nicht vertrauen` gegenüber 27%, die `eher vertrauen`) das Gegenbeispiel. Hier ist der Anteil an Befragten, die dem Europäischen Parlament misstrauen, größer als der Anteil derjenigen, die ihm vertrauen.














Das ist auch der Fall beim Bewerberland Türkei (42% gegenüber 20%). In Kroatien sind die Befragten uneins (41% gegenüber 39%), während in der ehemaligen

jugoslawischen Republik Mazedonien eine relative Mehrheit dem Europäischen Parlament (48%) vertraut.

Nicht nur die vorliegenden Ergebnisse, auch die Veränderungen, die sich seit Frühjahr 2008 ergeben haben, ähneln den Werten für die Europäische Kommission. In den Ländern, in denen zwischen Herbst 2007 und Frühjahr 2008 Zuwächse für den Anteil an Befragten verzeichnet wurden, die dem Europäischen Parlament vertrauen, finden wir jetzt geringere Vertrauenswerte, insbesondere auf Zypern, in Portugal und Belgien. Nachdem in Österreich und Estland die Vertrauenswerte nachgelassen haben, sind sie mittlerweile wieder angestiegen.

Weiters werden erhebliche Rückgänge der Werte für Irland (-8), aber nicht für Polen (-1) beobachtet.

Die größten Zuwächse können in Luxemburg und Finnland verzeichnet werden (jeweils +5), wobei in diesen beiden Ländern auch die Vertrauenswerte in die Europäische Kommission angestiegen sind.

VERTRAUEN IN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT			
% eher vertrauen		Herbst 2008 (EB70)	Veränderung Herbst 2008 – Frühjahr 2008
	<b>EU27</b>	<b>51%</b>	<b>-1</b>
	LU	64%	+5
	FI	59%	+5
	AT	47%	+4
	MT	64%	+3
	EE	61%	+3
	⋮	⋮	⋮
	DE	47%	-3
	NL	58%	-4
	ES	57%	-5
	BE	65%	-6
	IE	54%	-8
	PT	57%	-9
	CY	55%	-10

Die Entwicklungen in den Bewerberländern sind allgemein negativ<sup>29</sup>.

Schließlich können wir nach soziodemografischen Gesichtspunkten feststellen, dass europäische Bürger, die dem Europäischen Parlament vertrauen, eher...

- ◆ ...männlich (53% positiv) als weiblich (49%) sind;
- ◆ ...jung sind (15-24-jährig: 55%) als zu der ältesten Befragtengruppe zu gehören (Altersgruppe 55 Jahre und darüber: 48%);

<sup>29</sup> Veränderungen in Prozentpunkten, % die eher vertrauen = -6 in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien; -5 in der Türkei und -1 in Kroatien.



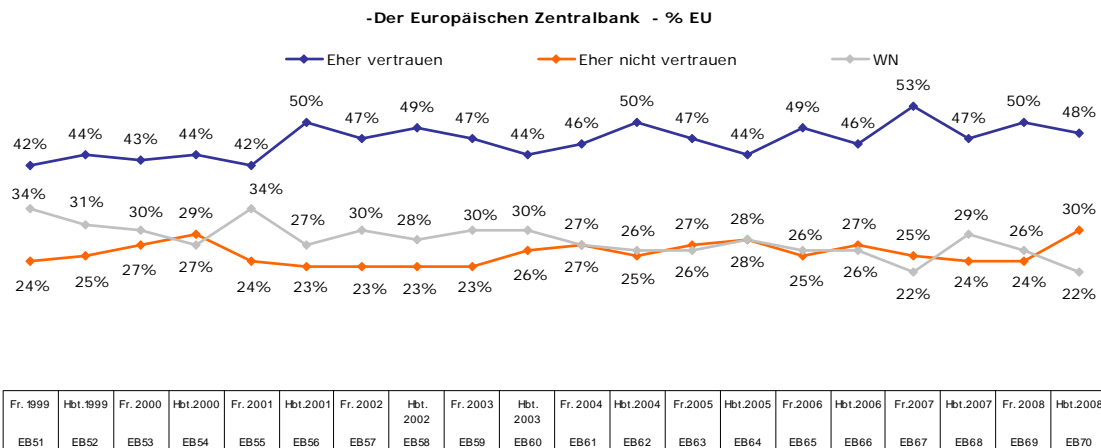
- ◆ ...eine längere Ausbildungszeit hatten (Ausbildungsende mit 20 Jahren oder später: 60%) als dass sie früher die Schule verlassen haben (Ausbildungsende mit 15 oder früher: 40%).

### C. Die Europäische Zentralbank

Die letzte europäische Organisation, für die wir die Vertrauenswerte untersuchen, ist die Europäische Zentralbank (EZB). Als Organisation, die die Geld- und Währungspolitik im Euro-Währungsgebiet bestimmt, hat die EZB während der aktuellen Finanzkrise mehr Schlagzeilen verursacht als jemals zuvor.

Wir stellen in dem jetzt herrschenden, ungünstigen wirtschaftlichen Klima, in dem jegliches Verbrauchervertrauen verschwunden ist, einen geringfügigen Vertrauensverlust in die EZB fest: der Anteil an Befragten, die erklären, Vertrauen in die EZB zu haben, liegt derzeit bei 48% (-2 Punkte), während der Anteil derjenigen, die erklären, ihr eher nicht zu vertrauen, seit Frühjahr 2008 auf 30% (+6 Punkte)<sup>30</sup> angestiegen ist.

QA18.4 Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.



Wie wir im Fall der beiden anderen europäischen Organisationen, die Thema unserer Untersuchung sind, beobachten konnten, wird im Herbst 2008 der Anstieg an Misstrauenswerten größtenteils mit einem Rückgang der Anteile an 'Weiß nicht'–Antworten (22%; -4 Punkte) kompensiert. Die Meinung über die EZB hat sich polarisiert.

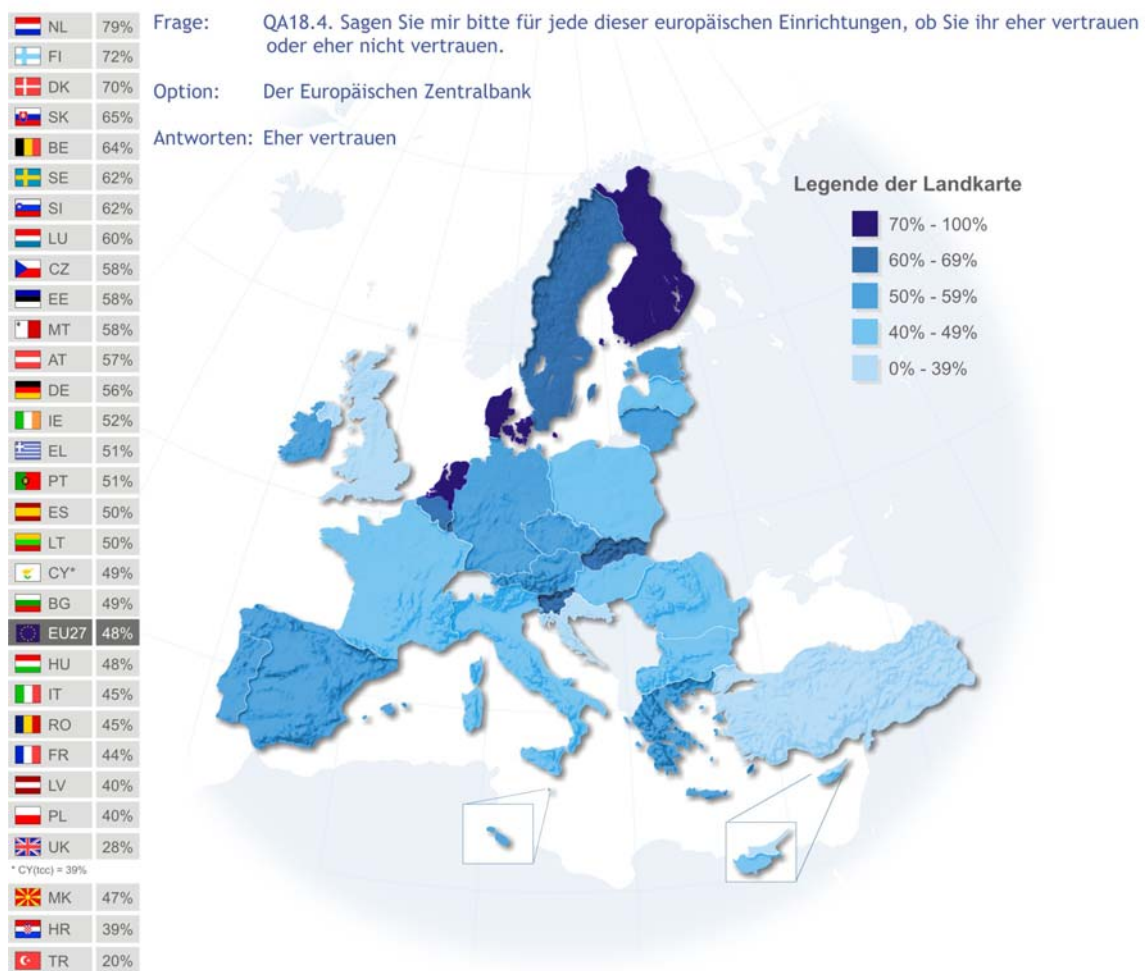
Eine Analyse der Meinungen über die EZB ist nicht vollständig, wenn wir nicht auch die Unterschiede untersuchen, die sich zwischen dem Euro-Währungsgebiet und den nicht zum Euro-Gebiet gehörenden Ländern ergeben. Denn in der Tat zeigt der Vergleich deutlich, dass die öffentliche Meinung im Euro-Währungsgebiet weitaus besser informiert ist, da dort der Anteil an 'Weiß nicht'–Antworten doppelt so niedrig ausfällt wie in den Ländern, die nicht zum Euro-Währungsgebiet gehören (16% gegenüber 32%). Im Euro-Währungsgebiet erklärt mehr als die Hälfte der Bürger, dass sie der EZB vertraut (52%), während dies nur für knapp mehr als zwei Fünftel der Bürger in den Ländern gilt, die nicht zum Euro-Währungsgebiet gehören (41%). Gleichzeitig stellen wir fest, dass das Misstrauen im Euro-

<sup>30</sup> QA18 Sagen Sie mir bitte für jede dieser europäischen Einrichtungen, ob Sie ihr eher vertrauen oder eher nicht vertrauen. 4. Die Europäische Zentralbank.

Währungsgebiet deutlicher zu Tage tritt, obwohl der Unterschied zwischen den beiden Gebieten verhältnismäßig gering ist (32% gegenüber 27%).

Insgesamt sind die Länderergebnisse allerdings wieder einmal in hohem Maße ein Abbild derjenigen, die schon für die beiden anderen Organisationen, die Thema der Untersuchung sind, festgestellt wurden. Mit Ausnahme eines Mitgliedstaates, nämlich dem Vereinigten Königreich, liegen die Vertrauenswerte nach wie vor in allen Mitgliedstaaten über den negativen Werten.

In den Niederlanden können die höchsten Vertrauenswerte in die EZB festgestellt werden. Hier bestätigen 79% der Befragten, dass sie dieser Institution vertrauen. Nicht weniger als 3 von 5 Befragten in den anderen beiden Beneluxstaaten, den drei nördlichen Mitgliedstaaten (Finnland, Dänemark und Schweden), der Slowakei und Slowenien erklären ebenfalls ihr Vertrauen in die EZB.
















Die beiden Ausnahmen stellen wieder einmal das Vereinigte Königreich (40%, die eher nicht vertrauen gegenüber 28%, die eher vertrauen) und das Bewerberland Türkei (42% gegenüber 20%) dar: hier sind die Anteile an Befragten, die kein Vertrauen in die EZB haben, höher als die Anteile derjenigen, die ihr vertrauen. In

Kroatien ist die öffentliche Meinung sowohl über die EZB als auch über das Europäische Parlament in zwei Lager gespalten (40% im Vergleich zu 39%).

Wie schon festgestellt, gibt es unter den Befragten in den Ländern, die nicht zum Euro-Währungsgebiet gehören, einen deutlich höheren Anteil an 'Weiß nicht'-Antworten. Die 'Weiß nicht'-Antworten sind in Rumänien (43%), Polen (40%), der Türkei (38%) und Bulgarien (35%) besonders zahlreich.

Das Muster, nach welchem sich die Werte seit Frühjahr 2008 entwickeln, ähnelt dem, das für die beiden anderen Institutionen beobachtet wurde; es gibt jedoch im Fall der EZB Ausnahmen, nämlich in der Slowakei - das Land, das gerade dabei ist den Euro<sup>31</sup> einzuführen - (65%; +7 Punkte) und in Ungarn (48%; +3 Punkte), wo zunehmende Vertrauenswerte beobachtet werden. Das gestiegene Vertrauen der Ungarn mag mit dem Umstand zusammenhängen, dass dort vor kurzem die EZB unterstützend eingegriffen hat, um den Spannungen an den Märkten zu begegnen<sup>32</sup>.

In etwa ähnelt das Muster, das sich hinsichtlich der anderen Veränderungen abzeichnet, dem der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments. Wiederum werden die größten Rückgänge insbesondere auf Zypern (-15 Punkte) und in Portugal (-10 Punkte) gemessen.

VERTRAUEN IN DIE EUROPÄISCHE ZENTRALBANK			
	% eher vertrauen	Herbst 2008 (EB70)	Veränderung Herbst 2008 – Frühjahr 2008
 <b>EU27</b>		<b>48%</b>	<b>-2</b>
 SK		65%	+7
 AT		57%	+7
 FI		72%	+3
 EE		58%	+3
 MT		58%	+3
 HU		48%	+3
⋮			
 BE		64%	-3
 DE		56%	-4
 IE		52%	-6
 ES		50%	-8
 PT		51%	-10
 CY		49%	-15

Die soziodemografische Analyse zeigt erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Berufstätigkeit der Befragten: unter Führungskräften (59%) sind die Vertrauenswerte deutlich höher als unter Arbeitslosen (37%).

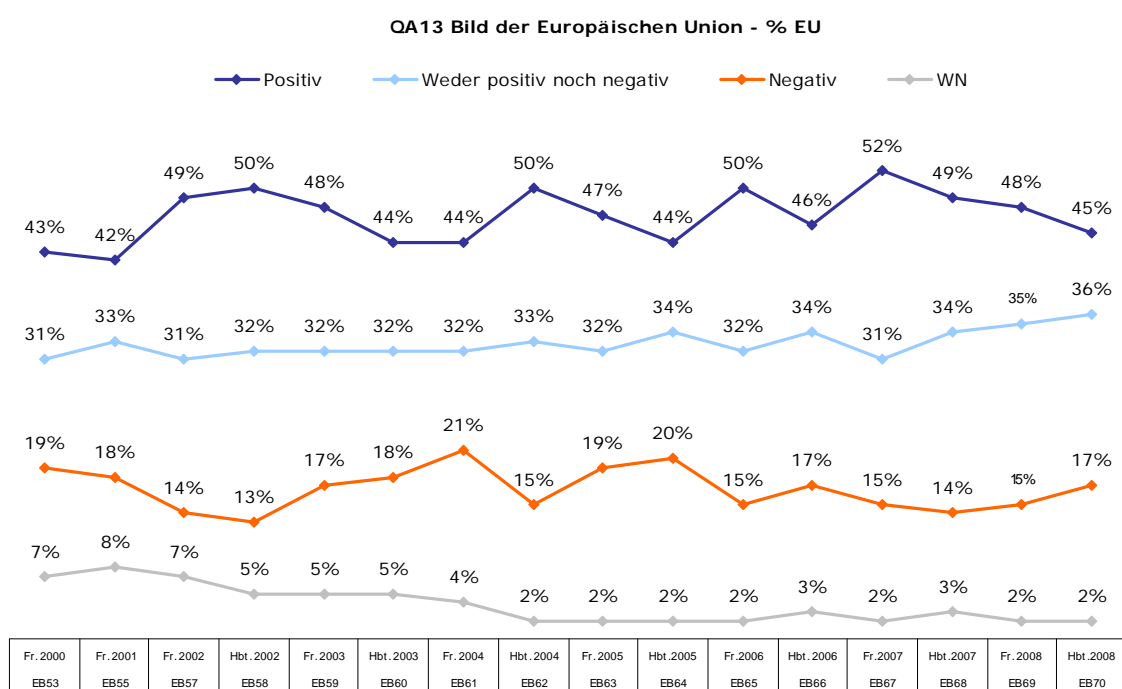
<sup>31</sup> Die Slowakei wird die europäische Währung am 1. Januar 2009 einführen.

<sup>32</sup> Pressemitteilung der Europäischen Kommission IP-08-1595: <http://europa.eu/rapid>.

## 7. DAS BILD DER EUROPÄISCHEN UNION

- Die Werte, die für das wahrgenommene Bild der EU festgestellt werden, gehen wieder auf das Niveau vom Herbst 2006 zurück -

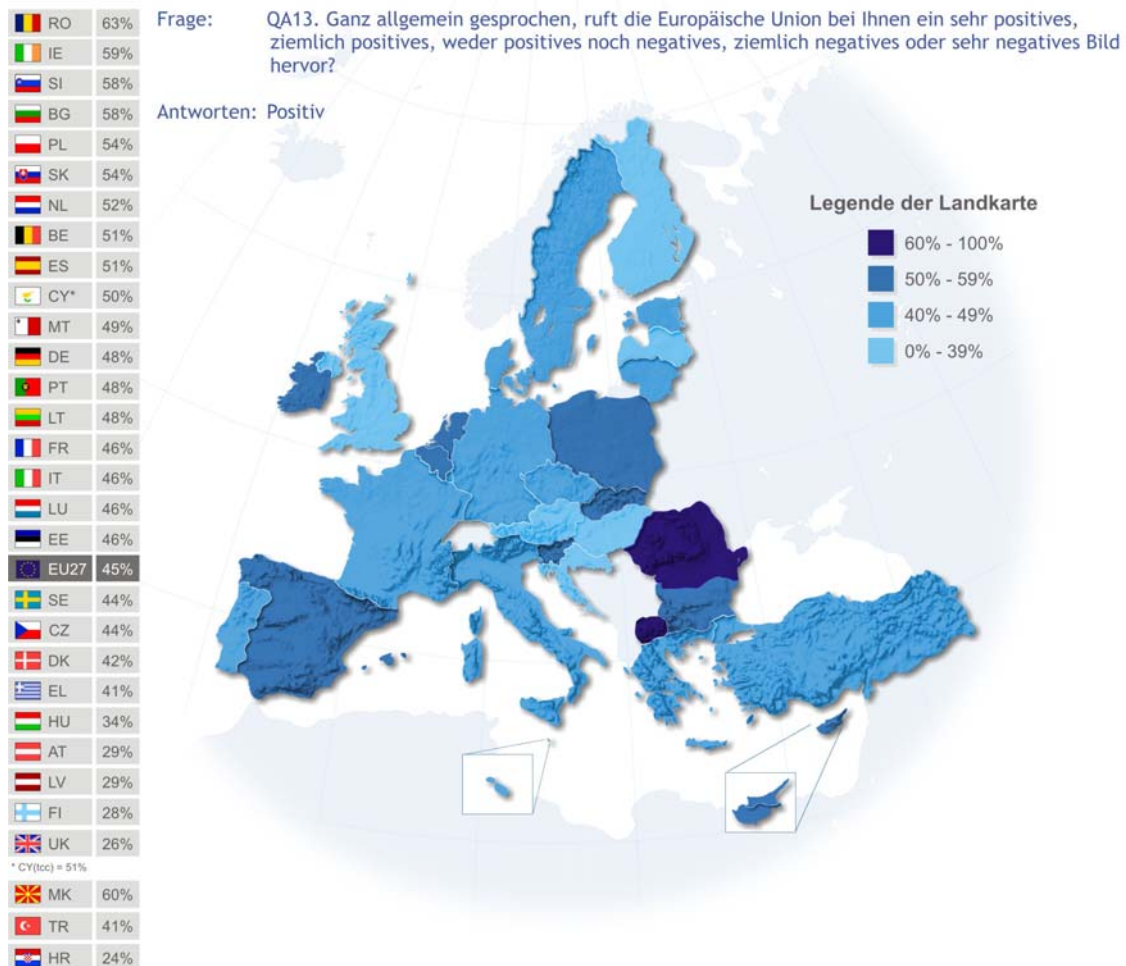
**Das positive Bild der EU verschlechtert sich (45%)<sup>33</sup>.** Mittlerweile erklären weniger europäische Bürger als vorher, ein positives Bild von der EU zu haben (-3 Punkte), auch wenn dies nach wie vor Mehrheitsmeinung ist. Gleichzeitig dürfte uns der Anteil europäischer Bürger mit einem neutralen (36%; +1 Punkte) oder schlechten Bild (17%; +2 Punkte) der EU verdeutlichen, dass die öffentliche Meinung zunehmend vorsichtiger oder kritischer ist.



Seit den letzten beiden Umfragen ist ein Trend dahingehend erkennbar, dass das Bild der europäischen Bürger von der EU zunehmend neutral und zurückhaltend ist. Die jüngsten Ergebnisse bestätigen diesen Trend ähnlich der Situation vom Herbst 2006.

<sup>33</sup> QA13 Ganz allgemein gesprochen, ruft die Europäische Union bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?

Wie wir schon in vorhergehenden Umfragen feststellen konnten, hat trotz alledem in den meisten Ländern der größte Anteil der Befragten ein positives Bild der EU. Im Herbst 2008 gilt dies für 21 Mitgliedstaaten sowie zwei Bewerberländer: die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und die Türkei.



Es ist bemerkenswert, dass, im Gegensatz zum Frühjahr 2008, inzwischen kein einziges Land mehr ein mehrheitlich negatives Bild der EU hat.

Die positivsten Ansichten unter den Mitgliedstaaten werden in Rumänien (63%), Irland (59%), Bulgarien und Slowenien (jeweils 58%) festgestellt.

















In 6 Mitgliedstaaten nimmt der größte Anteil an Befragten eine neutrale Haltung ein: dies gilt für Lettland (54%), Finnland (52%), Griechenland (45%), Ungarn (43%), Österreich (39%) und das Vereinigte Königreich (37%). In den beiden letzteren Ländern waren noch im Frühjahr 2008 die Befragten mit einem negativen Bild der EU in der Mehrheit.

In den Bewerberländern haben insbesondere die Befragten aus der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (60%) ein positives Bild der EU, gefolgt von

41% der türkischen Befragten. In Kroatien nimmt die Mehrheit der Befragten eine neutrale Haltung ein (44%).

*- Die Veränderungen auf Länderebene bestätigen die kritischere Einstellung der europäischen Bürger -*

Die seit Frühjahr 2008 festgestellten Veränderungen in der öffentlichen Meinung finden sich vorwiegend bei den rückläufigen positiven Ansichten, obwohl für die Niederlande und Deutschland Zuwächse verzeichnet werden können.

DAS BILD DER EU			
% 'positiv'		Herbst 2008 (EB70)	Veränderungen Herbst 2008 – Frühjahr 2008
	EU	45%	-3
	NL	52%	+9
	DE	48%	+4
	:	:	:
	RO	63%	-4
	PL	54%	-4
	DK	42%	-5
	HU	34%	-5
	IE	59%	-6
	FI	28%	-6
	BE	51%	-7
	LU	46%	-7
	EL	41%	-7
	PT	48%	-7
	ES	51%	-8
	CY	50%	-8
	MT	49%	-8

Dreizehn Mitgliedstaaten verzeichnen Rückgänge von 4 und mehr Prozentpunkten. Dies gilt vor allem für Malta, Zypern und Spanien (jeweils -8), aber auch für Portugal, Griechenland, Luxemburg und Belgien (jeweils -7), Finnland und Irland (jeweils -6). In den Bewerberländern stellen wir Rückgänge von 4 und mehr Punkten fest<sup>34</sup>.

Nach soziodemografischen Gesichtspunkten kann schließlich festgestellt werden, dass europäische Bürger, die ein positives Bild der Europäischen Union haben, eher...

- ◆ ... männlich sind (50% 'positiv') als weiblich (42%);
- ◆ ... jung sind (in der Altersgruppe der 15-24-jährigen: 54%) als dass sie zu der ältesten Befragtengruppe gehören (55 Jahre und älter: 42%);

<sup>34</sup> Veränderungen in % 'positives Bild': ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien: -7; Kroatien und die Türkei: jeweils -8.

- ◆ ... längere Zeit in der Ausbildung waren (bei Ausbildungsende 20 oder älter: 55%) als dass sie die Schule früher verlassen haben (Ausbildungsende mit 15 oder früher: 36%);
- ◆ ... ein gutes objektives Wissen über die Europäische Union haben (53%) als nur geringe Kenntnisse (29%).

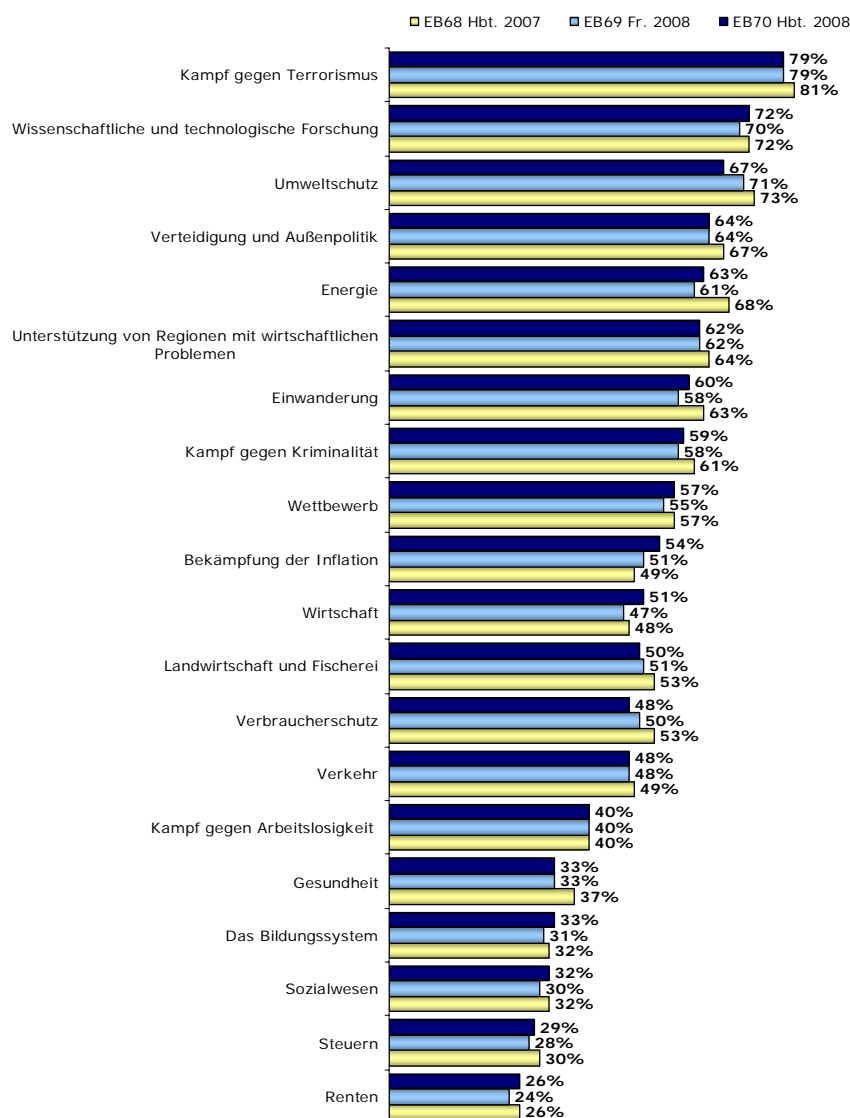


## 8. WELCHE POLITIK SOLLTE WO ENTSCHIEDEN WERDEN

- Der Wunsch nach einer Entscheidungsfindung auf europäischer Ebene nimmt für die Bereiche Inflation und Wirtschaft zu -

Diese Frage ermöglicht es uns festzustellen, ob die europäischen Bürger vor dem Hintergrund eines wirtschaftlich ungünstigen Kontextes von der Europäischen Union mehr aktive Politikgestaltung erwarten, oder ob sie sich stattdessen mehr auf die nationalen Regierungen verlassen.

QA25-QA26 Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob er Ihrer Meinung nach von der (NATIONALITÄT) Regierung oder gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollte.  
- % Gemeinsam innerhalb der EU



Die jüngsten Ergebnisse zeigen, dass seit Frühjahr 2008 der Anteil der europäischen Bürger zugenommen hat, die eine aktivere Rolle der Europäischen Union bei der Entscheidungsfindung in den Bereichen Kampf

**gegen die Inflation (54%; +3 Punkte) und Wirtschaft wünschen** (51%; +4 Punkte)<sup>35</sup>. Wir erinnern die Leser daran, dass diese beiden Themen derzeit die beiden wichtigsten nationalen, wie auch persönlichen Probleme der europäischen Bürger darstellen.

**Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit** sollte nach Auffassung der europäischen Bürger weiterhin eher von den nationalen Regierungen entschieden werden (57% 'nationale Regierung'; keine Veränderung seit Frühjahr 2008).

Nach Ansicht der europäischen Bürger gibt es allerdings eine ganze Reihe von Themenbereichen, für deren Entscheidung sich die Europäische Union in einer besseren Position befindet als die nationalen Regierungen. Dies gilt vor allem für globale Themen wie der Kampf gegen den Terrorismus (79%; keine Veränderung), wissenschaftliche und technologische Forschung (72%; +2 Punkte) und Umweltschutz (67%; -4 Punkte).

Allerdings gibt es auch eine Gruppe von Themen, die einen Bezug zum nationalen Wohlfahrtswesen haben und die die europäischen Bürgern lieber in den Händen der nationalen Regierung sehen – wie z.B. Renten, Steuern, Sozialwesen, Bildungssystem und Gesundheitswesen. Hinsichtlich des Themas Verkehr sind die Meinungen in zwei gleichgroße Gruppen geteilt.

Wenn wir davon absehen, dass die Werte für ein vermehrtes Engagement der EU bei der Beschlussfassung in den Bereichen Inflation und Wirtschaft zunehmen und die Werte für mehr EU-Beschlussfassung im Bereich Umwelt abnehmen, dann ist die öffentliche Meinung im Herbst 2008 ähnlich strukturiert wie die vom Frühjahr. Allerdings nimmt die Zahl der Befragten leicht zu, die der Ansicht sind, dass für 11 der 20 politischen Themen, die Teil der Umfrage sind, Entscheidungen innerhalb der EU gemeinsam gefasst werden sollten. Eine Erklärung hierfür mag sein, dass es in einem negativen wirtschaftlichen Kontext den Anschein hat, die Europäische Union habe beim Schutz der Bürger mehr Durchsetzungsvermögen als die nationalen Regierungen.

---

<sup>35</sup> QA25/26 Sagen Sie mir bitte für jeden der folgenden Bereiche, ob er Ihrer Meinung nach von der (NATIONALITÄT) Regierung oder gemeinsam innerhalb der Europäischen Union entschieden werden sollte.

## 9. GLOBALISIERUNG

Auch wenn der Begriff 'Globalisierung' nicht nur die rein wirtschaftlichen, sondern auch die kulturellen und sozialen Aspekte umfasst, wird seine Bedeutung oftmals auf die Verflechtung von Wirtschaftssystemen reduziert. In diesem Abschnitt untersuchen wir, wie die europäischen Bürger - in dem aktuellen ungünstigen wirtschaftlichen Klima – die Rolle der EU in einer globalisierten Welt wahrnehmen.

*- Es besteht eine zunehmende Tendenz, die Europäische Union als Schutzmacht anzusehen, die die negativen Auswirkungen der Globalisierung, zumindest in einigen Ländern, abmildern kann -*

Um die pluralistische Wesensart der Globalisierung verstehen zu können, wurde die gesamte Stichprobe in zwei Gruppen aufgeteilt. Jeder Gruppe wurde eine anders formulierte Frage darüber gestellt, ob die EU die Fähigkeit besitzt, die Globalisierung im Interesse ihrer Bürger unter Kontrolle zu halten<sup>36</sup>. Die eine Aussage wurde negativ und die andere positiv formuliert.

QA34 Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu oder nicht zu:

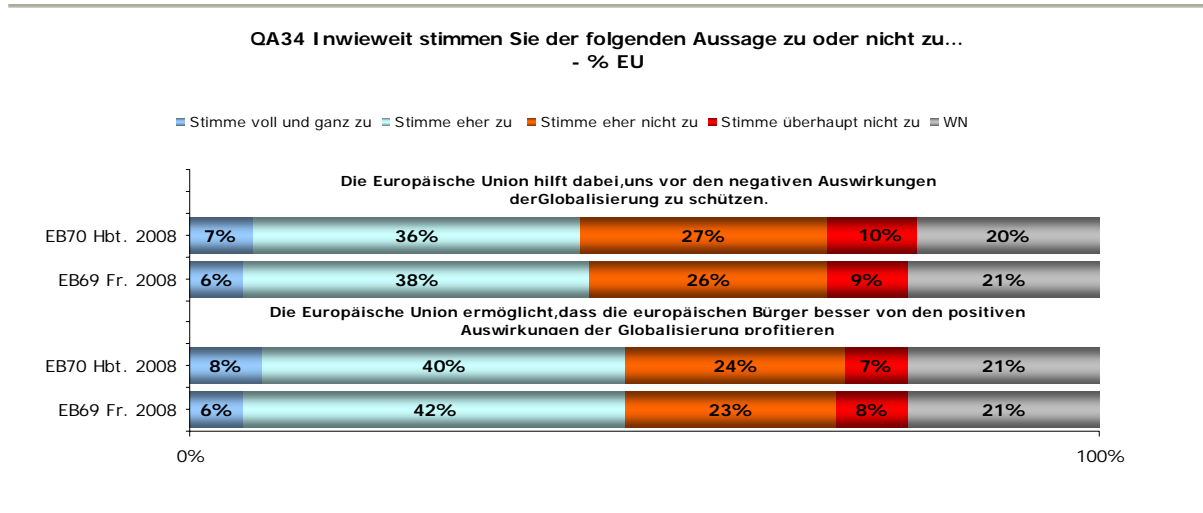
Gruppe A: Die Europäische Union hilft dabei, uns vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen.

Gruppe B: Die Europäische Union ermöglicht, dass die europäischen Bürger besser von den positiven Auswirkungen der Globalisierung profitieren.

Wie schon im Frühjahr 2008 können wir erkennen, dass **eine relative Mehrheit der europäischen Bürger die Rolle der EU, unabhängig von der Formulierung der Aussagen, dahingehend anerkennt, dass sie es ihren Bürgern ermöglicht, von der Globalisierung zu profitieren (48%, keine Veränderung seit Frühjahr 2008) und ihnen dabei hilft, sich vor den negativen Auswirkungen zu schützen (43%, -1).**

Wir können allerdings auch feststellen, dass erhebliche Anteile an Befragten mit dieser Ansicht nicht einverstanden sind (31% bzw. 37%). Außerdem kann einer von 5 europäischen Bürgern weder auf die eine noch die andere Frage antworten (21% bzw. 20%).





























<sup>36</sup> Umfragetechnik, die als "gegabelte Befragung" bezeichnet wird































Noch wichtiger scheint, dass die seit Frühjahr 2008 festgestellten Veränderungen in gewisser Hinsicht mit allgemeinen nationalen Entwicklungen hinsichtlich der wirtschaftlichen (europäischen) Lage zusammenhängen: in Ländern, in denen die Stimmung besonders pessimistisch ist, sinkt der Anteil an Befragten, die mit den Aussagen übereinstimmen. Dies gilt zum Beispiel für Schweden, wo die Hälfte der Befragten (50%) erwartet, dass die Lage der europäischen Wirtschaft schlechter wird: die Aussage "Die Europäische Union hilft dabei, uns vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen" wird von 7% weniger Befragten unterstützt und die Anteile für die Aussage "Die Europäische Union ermöglicht, dass die europäischen Bürger besser von den positiven Auswirkungen der Globalisierung profitieren" sinken um 6%.

Umgekehrt gilt für die Länder, in denen wir weniger ausgeprägte, negative Erwartungen hinsichtlich der europäischen Wirtschaft beobachten, dass die Anteile der Befragten steigen, die diese Aussagen unterstützen. In der Slowakei, wo nur 32% der Befragten davon überzeugt sind, dass sich die Lage der europäischen Wirtschaft verschlimmert, stimmen mehr Bürger mit den beiden Aussagen überein (+2 Punkte bzw. +1 Punkt). **Möglicherweise sehen die Bürger dieser Länder in der EU eine Art Schutzmacht, die sie vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung bewahrt.**

Die Europäische Union hilft dabei, uns vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen. (Gruppe A) (+/- Frühjahr 2008 in Klammern)

		Stimme zu	Stimme nicht zu
	EU27	43% (-1)	37% (+2)
	NL	56% (-3)	32% (+5)
	BE	55% (-6)	40% (+7)
	SK	51% (+2)	29% (-5)
	CY	50% (+8)	26% (-8)
	FI	49% (+2)	40% (+3)
	PL	49% (0)	24% (0)
	DK	48% (-14)	41% (+13)
	DE	47% (+6)	41% (-3)
	SE	46% (-7)	35% (+5)
	IT	46% (+3)	32% (-1)
	AT	45% (+15)	44% (-10)
	CZ	45% (+4)	39% (-2)
	EE	45% (-1)	36% (+2)
	BG	44% (0)	17% (-4)
	RO	43% (+2)	26% (+4)
	PT	43% (-9)	25% (0)
	SI	41% (-2)	48% (+1)
	ES	41% (-8)	23% (+3)
	LU	40% (-6)	43% (+3)
	HU	40% (-5)	40% (-1)
	MT	40% (-8)	30% (+8)
	EL	39% (-2)	60% (+4)
	IE	38% (-4)	26% (+3)
	LT	37% (+1)	29% (+9)
	FR	36% (-4)	56% (+8)
	UK	36% (-3)	39% (+3)
	LV	26% (0)	57% (+7)

Die Europäische Union ermöglicht, dass die europäischen Bürger besser von den positiven Auswirkungen der Globalisierung profitieren. (Gruppe B) (+/- Frühjahr 2008 in Klammern)

		Stimme zu	Stimme nicht zu
	EU27	48% (0)	31% (0)
	DK	73% (+1)	17% (-2)
	SE	66% (-6)	15% (-1)
	NL	63% (+3)	23% (-2)
	FI	62% (+2)	28% (-4)
	SK	59% (+1)	23% (-3)
	MT	56% (-2)	13% (+1)
	PL	54% (-5)	17% (+1)
	BE	54% (-7)	40% (+7)
	IE	50% (+4)	14% (-2)
	UK	50% (+6)	24% (-3)
	DE	50% (+8)	38% (-7)
	EE	49% (-6)	22% (+1)
	LT	48% (-4)	17% (+1)
	IT	48% (-2)	32% (+2)
	CZ	48% (-1)	36% (+2)
	BG	47% (-1)	16% (0)
	HU	47% (-5)	32% (0)
	LU	47% (+4)	37% (-1)
	AT	46% (+8)	44% (-3)
	PT	44% (-10)	24% (+1)
	CY	42% (-10)	28% (+11)
	RO	41% (-10)	19% (+7)
	ES	41% (-7)	24% (+5)
	EL	41% (-4)	57% (+4)
	SI	40% (-1)	44% (0)
	LV	37% (-1)	39% (+6)
	FR	35% (-2)	50% (+3)

Die Ergebnisse auf nationaler Ebene können wie folgt zusammengefasst werden:

- ◆ Insgesamt gibt es in 19 Mitgliedstaaten eine positive Mehrheitsmeinung dafür, dass die EU die Fähigkeit besitzt, ihre Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen. Diese Zahl erhöht sich auf 23, wenn die positiv formulierte Frage herangezogen wird, die die Fähigkeit der EU anspricht, es ihren Bürgern zu ermöglichen von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren.
- ◆ Für die negativ formulierte Version der Frage ergeben sich in den Niederlanden und Belgien die positivsten Ansichten über die Rolle der EU. Für die positiv formulierte Version ergeben sich die positivsten Ansichten in Dänemark und Schweden. Es sollte darauf hingewiesen werden, dass die letztgenannten beiden Mitgliedstaaten in der Rangfolge der negativ formulierten Version der Aussage deutlich weiter hinten aufgeführt werden.
- ◆ Es gibt eine Gruppe von Ländern, in der die Mehrheit der Befragten mit *beiden Aussagen* nicht einverstanden ist: Frankreich, Griechenland, Lettland und Slowenien. Luxemburg und das Vereinigte Königreich bilden eine Ausnahme in diesem Muster, da eine (relative) Mehrheit mit der Aussage von "Gruppe A" nicht einverstanden und eine (relative) Mehrheit mit der Aussage von "Gruppe B" einverstanden ist.

Nach soziodemografischen Gesichtspunkten kann schließlich festgestellt werden, dass der Eindruck, die Europäische Union sei in der Lage, ihre Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung zu schützen, unter denjenigen Befragtenkategorien deutlich verbreiteter ist, die sich wohl in einer etwas komfortableren finanziellen Lage befinden. Eine Übereinstimmung mit dieser Aussage findet sich mit höherer Wahrscheinlichkeit bei:

- ◆ ... Bürgern mit einer besseren Ausbildung (50% stimmen zu) als unter Befragten, die die Schule schon früher verlassen haben (36%);
- ◆ ... Führungskräften (52%) als bei Arbeitslosen (38%);
- ◆ ... Befragten, die erklären keine Probleme mit der Bezahlung ihrer Rechnungen zu haben (47%) als bei denjenigen, die am Ende des Monats mit Schwierigkeiten kämpfen müssen (40%).

## **2. TEIL: POLITISCHE THEMEN**





## 10. GEORGIEN

Anfang August 2008 eskalierten die lang anhaltenden Spannungen zwischen Russland und Georgien in einem offenen Konflikt in Süd-Ossetien.

In diesem Kapitel untersuchen wir, welcher der internationalen Handlungsträger nach Ansicht der Befragten die wichtigste Rolle bei der Beilegung des Konfliktes in Süd-Ossetien gespielt hat. Wir analysieren außerdem den von den Befragten wahrgenommenen Einfluss dieses Konfliktes auf die Sicherheit der Energieversorgung in der Europäischen Union.

*- Die Europäische Union wird als wichtigster Akteur für die Beilegung des Konfliktes gesehen, obwohl eine relative Mehrheit der Befragten nicht in der Lage war, auf die Frage zu antworten -*

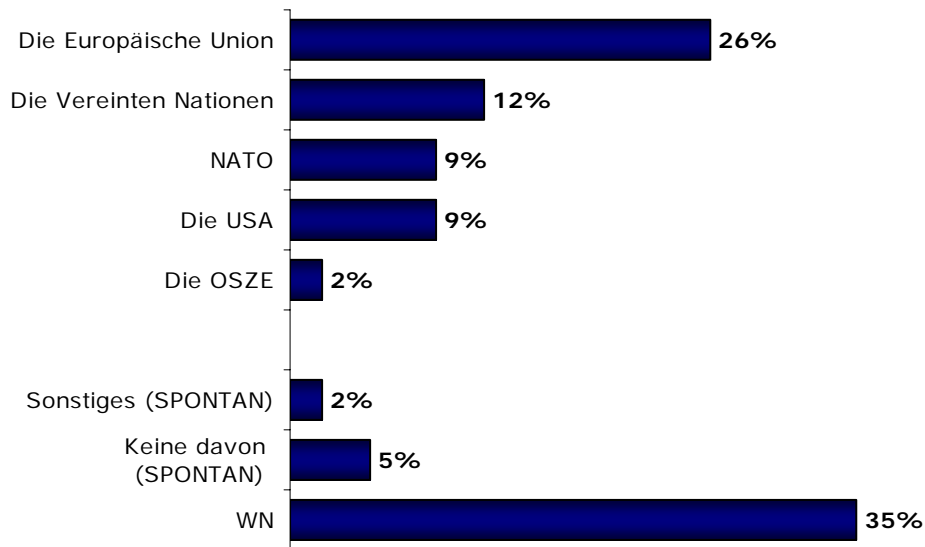
**Nur etwas mehr als ein Viertel der europäischen Bürger ist der Ansicht, dass die EU die wichtigste Rolle bei der Beilegung des Konfliktes in Georgien gespielt hat (26%)<sup>37</sup>.** Deutlich weniger europäische Bürger schreiben diese Rolle den anderen internationalen Akteuren zu: 12% den Vereinten Nationen, ein jeweils gleich großer Anteil von 9% der NATO und den USA und nur 2% der OSZE<sup>38</sup>. Eine Mehrheit der Befragten weiß allerdings nicht, wer die wichtigste Rolle bei der Beendigung dieses Konfliktes gespielt hat (35%), woraus geschlossen werden kann, dass die Öffentlichkeit diesbezüglich verhältnismäßig schlecht informiert ist.

---

<sup>37</sup> QE2 Anhaltende Spannungen in einer Region Georgiens, Süd-Ossetien, führten zu diesem offenen Konflikt zwischen den Streitkräften Georgiens und Russlands. Welcher der folgenden Akteure spielte Ihrer Meinung nach die wichtigste Rolle bei der Beendigung dieses Konfliktes?

<sup>38</sup> OSZE ist die Abkürzung für die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Siehe: [www.osce.org](http://www.osce.org).

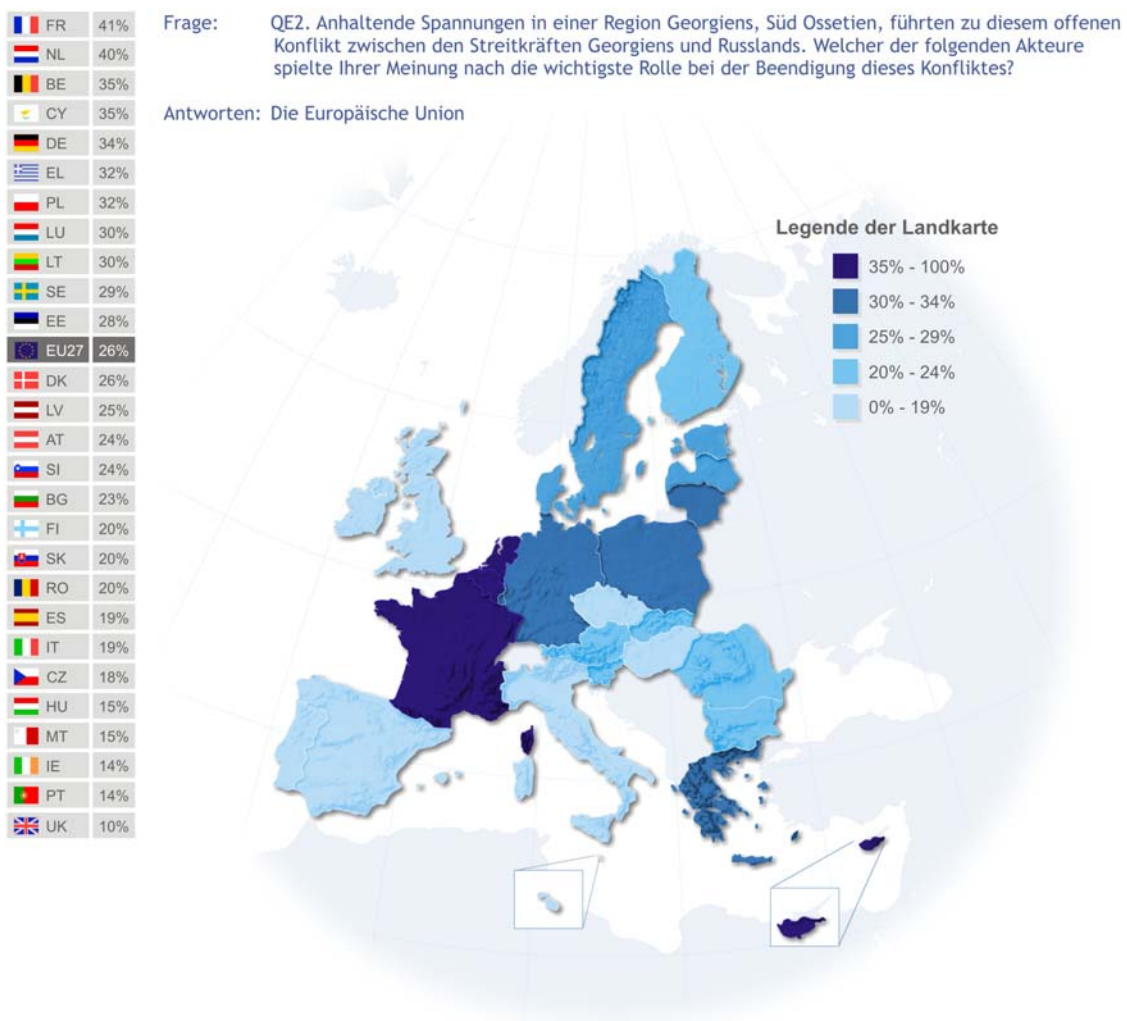
**QE2 ...Welcher der folgenden Akteure spielte Ihrer Meinung nach die wichtigste Rolle bei der Beendigung dieses Konfliktes? - % EU**



Die Länderergebnisse spiegeln diese Erkenntnisse wider. In fast allen Mitgliedstaaten wird die EU von den fünf internationalen Akteuren, die in dieser Frage vorgegeben werden, am häufigsten gewählt. Nur das Vereinigte Königreich und Irland bilden die einzigen, wirklichen Ausnahmen, da dort die Vereinten Nationen häufiger als die EU angegeben werden (18% im Vergleich zu 10% im Vereinigten Königreich bzw. 17% im Vergleich zu 14% in Irland). Darüber hinaus werden EU und Vereinte Nationen gleichermaßen häufig von den portugiesischen Befragten genannt (jeweils 14%) und auch in der Slowakei werden 'EU' und 'Vereinte Nationen' von nahezu gleich großen Anteilen angegeben (jeweils 20% im Vergleich zu 19%).

In 16 der 27 Mitgliedstaaten stellen wir allerdings fest, dass die 'Weiß nicht'-Antworten am zahlreichsten sind, wobei die höchsten Anteile in Spanien (57%), in Portugal und auf Malta (jeweils 53%) und in Bulgarien (51%) verzeichnet werden.

Diese hohen Anteile an 'Weiß nicht'–Antworten beeinflussen zwangsläufig die Aussagekraft der Länderergebnisse. Unterschiede in der Anzahl der Befragten, die überzeugt sind, dass die EU die wichtigste Rolle gespielt hat, können problemlos durch den Anteil an 'Weiß nicht'–Antworten erklärt werden. Trotz alledem ist es interessant festzustellen, dass aufgrund der Rolle von Frankreichs Staatspräsident Sarkozy in Frankreich die höchsten Anteile an Befragten verzeichnet werden, die der Meinung sind, die EU spielte die wichtigste Rolle bei der Beendigung des Konflikts (41%). Auch in den Niederlanden (40%), auf Zypern, in Belgien (jeweils 35%) und Deutschland (34%) sind mehr als ein Drittel der Befragten dieser Ansicht.

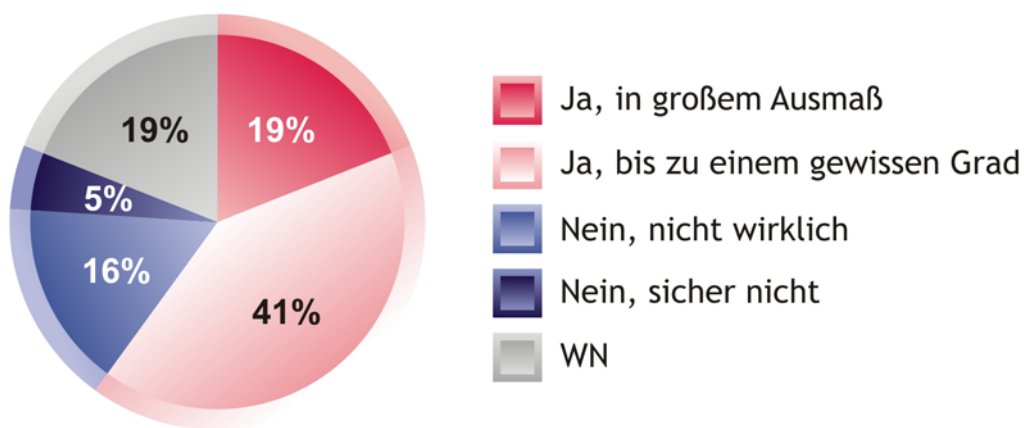


Bemerkenswert ist, dass der Anteil an Befragten, die der EU die wichtigste Rolle bei der Beilegung dieses Konflikts zuschreiben, unter denjenigen höher ist, die eine längere Ausbildung absolviert haben (36% im Vergleich zu 19% derjenigen, die die Schule im Alter von 15 oder früher verlassen haben).

- Die meisten europäischen Bürger sind besorgt über die Auswirkungen des Konflikts auf die Energieversorgung Europas -

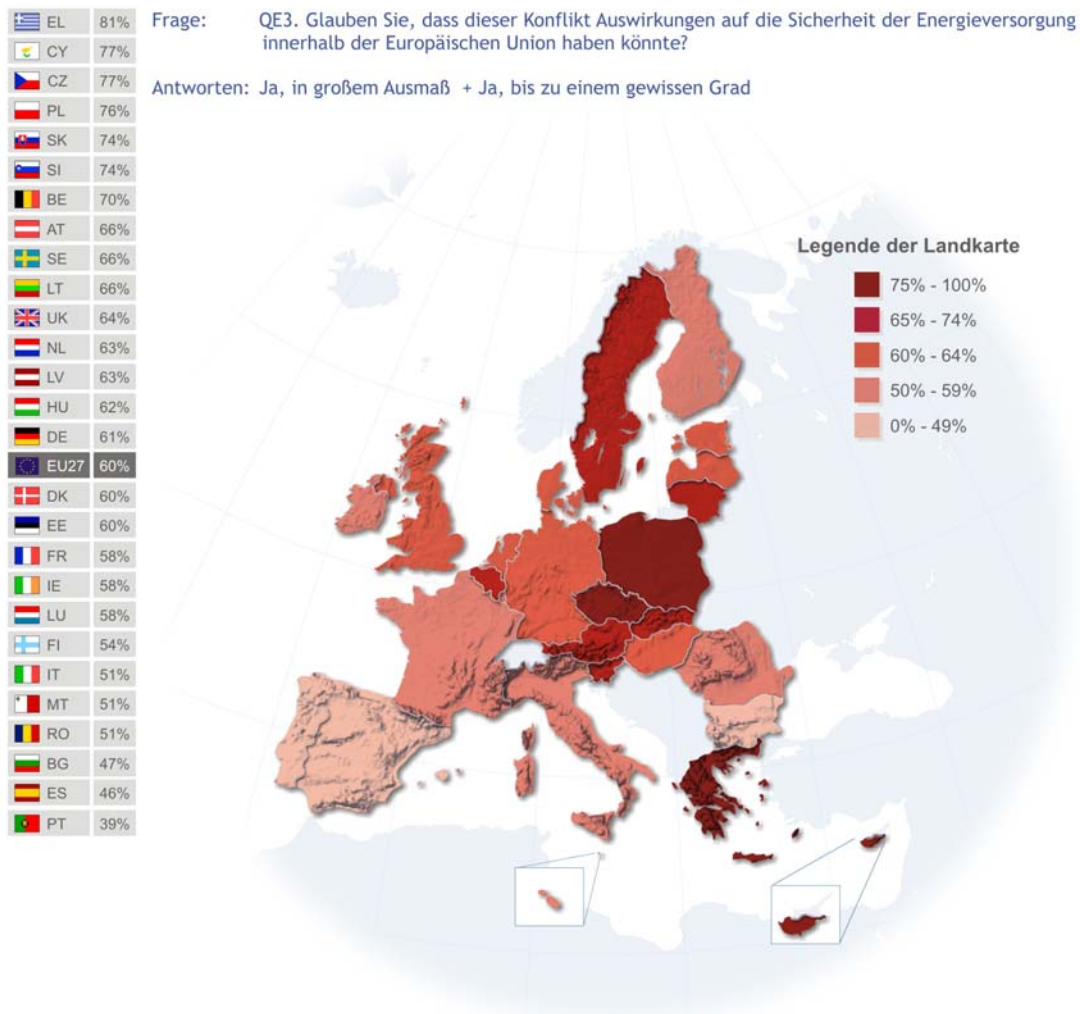
Die europäischen Bürger sind über die Auswirkungen, die der georgische Konflikt auf Europa haben könnte, sehr besorgt: **3 von 5 europäischen Bürgern sind der Ansicht, dass der georgische Konflikt einen Einfluss auf die Sicherheit der Energieversorgung innerhalb der EU haben könnte (60%)**<sup>39</sup>. Annähernd einer von 5 Befragten ist mit dieser Behauptung nicht einverstanden (21%) oder hat hierzu keine Meinung (19%).

Frage: QE3. Glauben Sie, dass dieser Konflikt Auswirkungen auf die Sicherheit der Energieversorgung innerhalb der Europäischen Union haben könnte?



In Griechenland ist die Sorge, dass der georgische Konflikt die Energieversorgung der EU beeinträchtigen könnte am größten. Dort sind 81% der Befragten dieser Ansicht. Mehr als 7 von 10 Befragten in der Tschechischen Republik und auf Zypern (jeweils 77%), Polen (76%), der Slowakei und Slowenien (jeweils 74%) äußern ebenfalls ihre Besorgnis.

<sup>39</sup> QE3 Glauben Sie, dass dieser Konflikt Auswirkungen auf die Sicherheit der Energieversorgung innerhalb der Europäischen Union haben könnte?



Es scheint also, dass sich Bürger der Länder, die geographisch gesehen näher an Georgien oder Russland liegen, die größten Sorgen machen, weil sie möglicherweise von der Energieversorgung aus Russland oder anderen fremdländischen Energielieferanten abhängiger sind. Die großen Unterschiede der Anteile von 'Weiß nicht'-Antworten machen es allerdings schwer, einen präzisen Vergleich zwischen den nationalen Meinungen herzustellen. Am höchsten sind die 'Weiß nicht'-Anteile in Spanien (44%), auf Malta (39%), in Portugal (36%) und Bulgarien (34%).

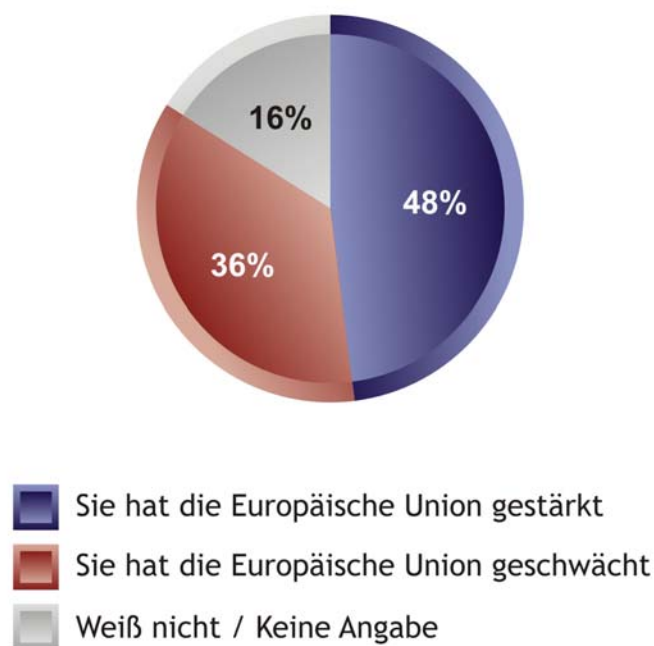
Nach soziodemografischen Gesichtspunkten kann festgestellt werden, dass die Altersgruppen unterschiedlich stark ihre Besorgnis äußern (65% der 40-54-jährigen und 59% der Befragten der Altersgruppe 55 Jahre und älter und 60% der 25-39-jährigen im Vergleich zu 50% der 15-24-jährigen) und auch hinsichtlich der Ausbildungszeit Unterschiede dahingehend bestehen, wie groß die Besorgnis der Befragten ist (68% derjenigen, die bis zum Alter von 20 Jahren oder länger in Ausbildung waren im Vergleich zu 52% derjenigen, deren Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder früher zu Ende war).

## 11. DER EISERNE VORHANG UND DIE ERWEITERUNG DER EU

- Annähernd die Hälfte der europäischen Bürger ist davon überzeugt, dass die Erweiterung die EU gestärkt hat und zwei Drittel sind der Meinung, dass der Fall der Berliner Mauer für die EU Vorteile gebracht hat -

Zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 teilte der Eiserne Vorhang Europa in zwei voneinander getrennte Gebiete. Mit dem Fall der Berliner Mauer öffnete sich der Weg für eine zusätzliche Erweiterung der EU; diese ist seit 2004 mit dem Beitritt von 12 Ländern zur Europäischen Union Realität geworden. **Insgesamt erklärt nahezu die Hälfte der europäischen Bürger, dass diese Erweiterung die Europäische Union gestärkt hat** (48%)<sup>40</sup>. Umgekehrt sind knapp über ein Drittel der europäischen Bürger der Meinung, dass die Erweiterung von 15 auf 27 Mitgliedstaaten die Europäische Union geschwächt hat (36%).

Frage: QC2. Seit 2004 hat sich die Europäische Union von 15 auf 27 Länder erweitert. Wie bewerten Sie diese Erweiterung der Europäischen Union generell?



Auch zwanzig Jahre danach trennt der symbolische Eiserne Vorhang die öffentliche Meinung noch immer: in den 12 neueren Mitgliedstaaten wird die Erweiterung weitestgehend als positive Entwicklung für die EU gesehen (59% 'gestärkt' vs. 21% 'geschwächt'), während die Ansichten in den 15 'alten' EU-Mitgliedstaaten gespalten sind (44% im Vergleich zu 40%).

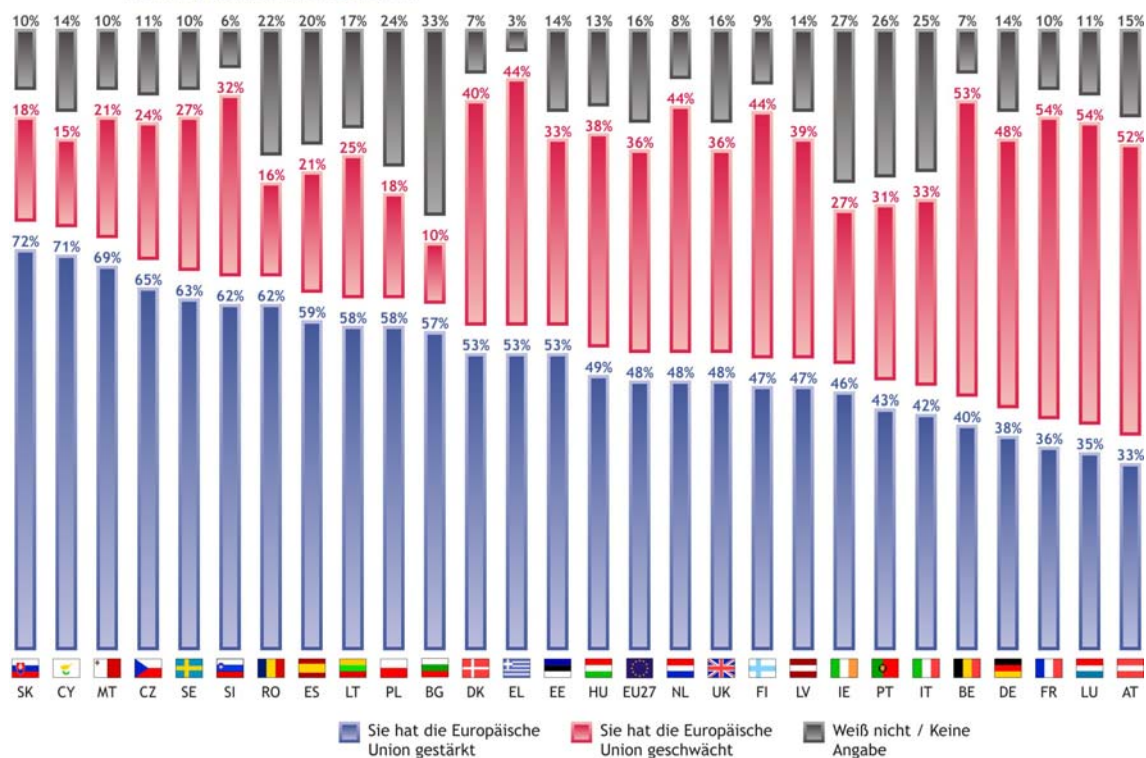
<sup>40</sup> QC2 Seit 2004 hat sich die Europäische Union von 15 auf 27 Länder erweitert. Wie bewerten Sie diese Erweiterung der Europäischen Union generell?



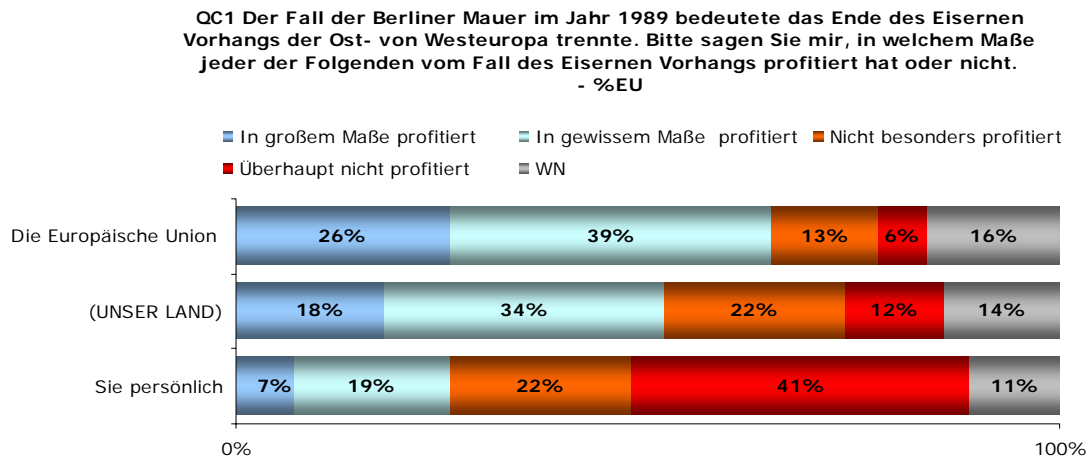
In jedem der 12 Länder, die seit 2004 der EU beigetreten sind, ist eine Mehrheit davon überzeugt, dass die Erweiterung die EU gestärkt habe. Eine Ansicht, die in 10 dieser Länder von mehr als der Hälfte der Befragten geteilt wird, wobei die Slowakei (72%) und Slowenien (71%) die Führungspositionen einnehmen.

In den 15 'alten' Mitgliedstaaten kann für die Aussage, die Erweiterung von 15 auf 27 Mitgliedstaaten habe die EU gestärkt, nur in Schweden (63%), Spanien (59%), Dänemark und Griechenland (jeweils 53%) eine klare Mehrheit festgestellt werden. Eine relative Mehrheit findet sich hierfür in 6 weiteren Ländern, obwohl der Anteil der Befragten, die nicht einverstanden sind, in Finnland und den Niederlanden nahezu genauso groß ist (Finnland: 47% 'gestärkt' im Vergleich zu 44% 'geschwächt'; die Niederlande: 48% im Vergleich zu 44%). Im Gegensatz hierzu erklärt eine Mehrheit in Frankreich und Luxemburg (jeweils 54%), Belgien (53%), Österreich (52%) und Deutschland (48%), dass die Erweiterung von 15 auf 27 Mitgliedstaaten die Europäische Union geschwächt hat.

Frage: Q2. Seit 2004 hat sich die Europäische Union von 15 auf 27 Länder erweitert. Wie bewerten Sie diese Erweiterung der Europäischen Union generell?




Ein erheblich höherer Anteil europäischer Bürger (65%) ist davon überzeugt, dass die EU unter dem Strich vom Fall des Eisernen Vorhangs **profitiert hat**. Im Durchschnitt erklären 52% der Europäer, dass der Fall des Eisernen Vorhangs **für ihr Land von Vorteil** war. Schließlich ist nur knapp über ein Viertel der Europäer der Ansicht, **persönlich** profitiert zu haben (26%)<sup>41</sup>.



Die Haltung, die die europäischen Bürger in Bezug auf die Erweiterung einnehmen, ist genauso von geographischen Unterschieden geprägt, wie die Ansichten, die die Befragten über den Fall des Eisernen Vorhangs haben. In Bezug auf die wahrgenommenen *nationalen* Vorteile ist diese symbolische Grenze sehr stark präsent: in den 12 neueren Mitgliedstaaten erklären 63% der Bürger, dass ihr Land vom Fall des Eisernen Vorhangs profitiert hat, während im Vergleich dazu in den 15 'alten' Mitgliedstaaten nur etwas weniger als die Hälfte der Bürger (49%) dieser Ansicht ist. Im Hinblick auf die *persönlichen* Vorteile ist der Unterschied zwischen den beiden Ländergruppen fast ebenso deutlich (13 Prozentpunkte Unterschied zwischen den Befragten aus den 12 neuen Mitgliedstaaten und jenen aus der EU15, die mit 'hat profitiert' antworten). Der Unterschied ist weniger stark ausgeprägt, wenn es sich um die wahrgenommenen Vorteile für die EU (8 Punkte Unterschied) handelt.


<sup>41</sup> QC1 Der Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 bedeutete das Ende des Eisernen Vorhangs der Ost- von Westeuropa trennte. Bitte sagen Sie mir, in welchem Maße jeder der Folgenden vom Fall des Eisernen Vorhangs profitiert hat oder nicht.



% 'hat Vorteile' mit geographischer Unterteilung				
		Geographische Unterteilung		
			EU15	NMS12
QC1 Der Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 bedeutete das Ende des Eisernen Vorhangs der Ost- von Westeuropa trennte. Bitte sagen Sie mir, in welchem Maße jeder der Folgenden vom Fall des Eisernen Vorhangs profitiert hat oder nicht.	Die EU	65%	63%	71%
	(UNSER LAND)	52%	49%	63%
	Sie persönlich	26%	23%	36%

Besonders interessant ist es, die Unterschiede hinsichtlich der Ergebnisse zu analysieren, die sich bei den Befragten aus dem ehemaligen West- und Ostdeutschland ergeben. Befragte aus beiden Teilen Deutschlands stimmen überein, dass der Fall der Mauer, die ihr Land geteilt hat, für die EU von Vorteil war, auch wenn die Ostdeutschen dies noch positiver sehen (84% im Vergleich zu 72% der Westdeutschen). In Bezug auf die Vorteile für Deutschland ergeben sich größere Unterschiede in den Meinungen: 7 von 10 Befragten in Westdeutschland sind der Ansicht, dass ihr Land durch den Fall des Eisernen Vorhangs profitiert hat, dieser Anteil steigt aber unter den ehemaligen Ostdeutschen auf 88%. Zwischen dem Osten und dem Westen gibt es schließlich noch einen erheblichen Meinungsunterschied bei der Analyse der Ansichten über die persönlichen Vorteile, die sich durch den Fall des Eisernen Vorhangs ergeben haben. Obwohl es für Befragte in Ostdeutschland recht offensichtlich ist, dass sie persönlich von diesem historischen Ereignis profitiert haben (60%), zeichnet sich unter den Befragten in Westdeutschland ein gegensätzliches Muster ab (nur 31% von ihnen sind der Meinung, persönlich vom Fall der Mauer profitiert zu haben, während 68% hiermit nicht einverstanden sind).

Nach soziodemografischen Gesichtspunkten kann festgestellt werden, dass europäische Bürger, die davon überzeugt sind, dass der Fall des Eisernen Vorhangs in allen drei Aspekten – auf europäischer, nationaler und persönlicher Ebene – Vorteile gebracht hat, mit größerer Wahrscheinlichkeit eine längere Ausbildung absolviert haben (bei Ausbildungsende 20 Jahre alt und älter) als dass sie bereits früher die Schule verlassen haben. Die untenstehende Tabelle verdeutlicht die Wichtigkeit von Bildung in diesem Zusammenhang.

% 'hat Vorteile' nach Alter bei Ausbildungsende					
		Alter am Ende der Ausbildung			
			<15	16-19	20+
QC1 Der Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 bedeutete das Ende des Eisernen Vorhangs der Ost- von Westeuropa trennte. Bitte sagen Sie mir, in welchem Maße jeder der Folgenden vom Fall des Eisernen Vorhangs profitiert hat oder nicht.	Die EU	65%	54%	65%	77%
	(UNSER LAND)	52%	41%	51%	64%
	Sie persönlich	26%	17%	25%	36%

## 12. DER HAUSHALT DER EUROPÄISCHEN UNION

Das Eurobarometer untersucht regelmäßig, ob die Öffentlichkeit über die Verwendung des Budgets der Europäischen Union informiert ist. Durch diese Analysen wurde deutlich, dass die europäischen Bürger dazu neigen, die Kosten der EU-Verwaltung zu überschätzen<sup>42</sup>.

In der vorliegenden Umfrage des Eurobarometers wird untersucht, ob die Befragten wissen, wie das Budget der EU verwendet wird. Dieses Mal allerdings wurde die Frage insofern verändert, als die Bürger nicht nur gefragt wurden, wofür ihrer Meinung nach der größte Teil des Haushalts der EU ausgegeben wird, sondern auch, wofür sie das Budget am liebsten verwendet sehen würden. Die neue Frage ermöglicht es den Befragten, aus einer deutlich breiter gefächerten Auswahl von Ausgabenbereichen zu wählen als dies bei der alten Frage möglich war<sup>43</sup>.

*- Für viele europäische Bürger bleibt das EU-Budget ein Mysterium und die Verwaltungsausgaben werden nach wie vor überschätzt -*

**Nach wie vor überschätzen die europäischen Bürger die Verwaltungsausgaben** (26%)<sup>44</sup> und nennen diesen Punkt unter den Ausgaben am häufigsten. Danach folgt mit etwas weniger als einem Viertel der europäischen Bürger die Ansicht, dass der größte Teil des Haushaltes der Europäischen Union für 'wirtschaftliches Wachstum' und 'Landwirtschaft und ländliche Entwicklung' (beide 24%) ausgegeben wird.

Insgesamt bleibt der Eindruck bestehen, dass der EU-Haushalt nach wie vor ein Thema ist, über das nur wenige europäische Bürger gut informiert sind. Dies spiegelt sich in einem hohen Anteil von 'Weiß nicht'–Antworten (25%) wider.

Eine etwas offenere Meinung haben die europäischen Bürger allerdings dazu, wie der Haushalt ausgegeben werden sollte. Angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise und unter Berücksichtigung der weit verbreiteten Sorge, die von den europäischen Bürgern hierzu formuliert wird, ist es nicht überraschend, dass **Wirtschaftswachstum (38%) und Beschäftigungs- und Sozialpolitik (36%) die populärsten Bereiche sind, für die die Bürger das EU-Budget ausgeben würden**<sup>45</sup>.

---

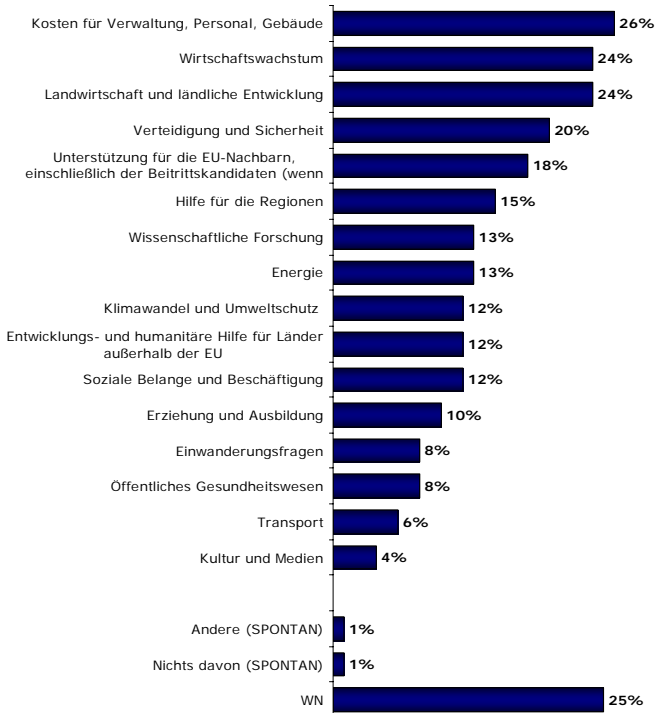
<sup>42</sup> Das letzte Ergebnis (Herbst 2006, EB66) war, dass nach Ansicht von 27% der europäischen Bürger die Verwaltungsausgaben den größten Anteil des Budgets der Europäischen Union ausmachen.

<sup>43</sup> Die Frage sieht jetzt 16 Ausgabenbereiche vor, von denen die Befragten den Bereich auswählen können, für den ihrer Ansicht nach der größte Teil des EU-Budgets ausgegeben wird. Als die Frage im Herbst 2006 (EB66) zum letzten Mal gestellt wurde, standen nur 6 Ausgabenbereiche zur Auswahl.

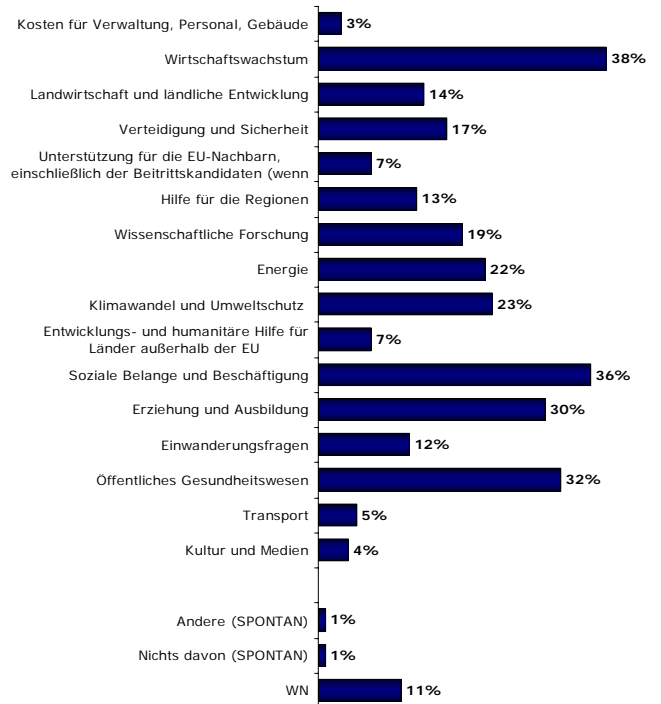
<sup>44</sup> QG2a Wofür wird Ihrer Meinung nach der größte Teil des Haushalts der Europäischen Union ausgegeben? Hauptsächlich? Für welche weiteren? (Gesamt 'erste Antwort' und 'weitere Antworten')

<sup>45</sup> QG3a Für welche Punkte auf der folgenden Liste würden Sie gerne das Budget der Europäischen Union ausgeben? Hauptsächlich? Für welche weiteren? (Gesamt 'erste Antwort' und 'weitere Antworten')

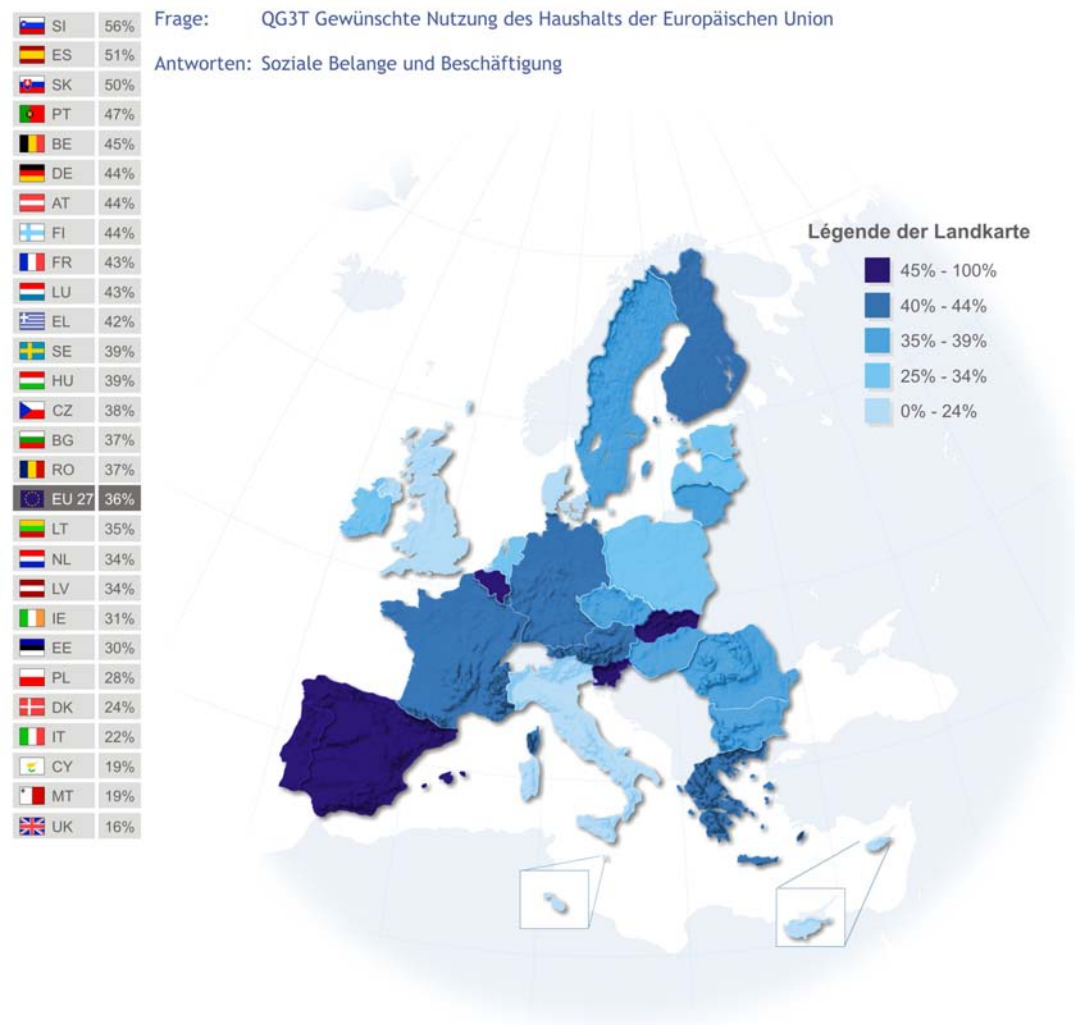
**QG2a + QG2b Wofür wird Ihrer Meinung nach der größte Teil des Haushalts der Europäischen Union ausgegeben ?**  
(MAX. 4 ANTWORTEN) - % EU



**QG3a + QG3b Für welche Punkte auf der folgenden Liste würden Sie gerne das Budget der Europäischen Union ausgeben ?**  
(MAX. 4 ANTWORTEN) - % EU



Aus der Länderanalyse wird deutlich, dass - von einigen Ausnahmen abgesehen - die Länder, in denen eine Mehrheit der Bürger den größten Teil des Haushalts der EU für wirtschaftliches Wachstum oder soziale Belange und Beschäftigung ausgegeben würde, mit großer Wahrscheinlichkeit die Länder sind, in denen die Sorgen über die Wirtschaftslage am deutlichsten formuliert werden. Demnach können wir beobachten, dass Griechenland (65%), gefolgt von Litauen (57%), Bulgarien und Ungarn (jeweils 55%) an der Spitze der Liste derjenigen Länder stehen, die der Ansicht sind, die EU solle mehr Geld für wirtschaftliches Wachstum ausgeben.



Wenn es darum geht, EU-Gelder für Ausgaben im Bereich ‚Soziale Belange‘ und ‚Beschäftigung‘ zu fordern, liegt Spanien gleich hinter Slowenien (51%) an der Spitze der Tabelle. Wir möchten daran erinnern, dass Spanien gegenwärtig die höchste Arbeitslosenrate in der EU verzeichnet<sup>46</sup>.

Es ist nicht weiter überraschend, dass dieser Punkt von 46% der arbeitslosen Befragten genannt wird, während dies für Rentner und Pensionäre (32%) sowie für Selbstständige (31%) ein weniger wichtiges Thema ist.

<sup>46</sup> Eurostat-Arbeitslosenquote, September 2008, siehe: <http://ec.europa.eu/eurostat/euroindicators>

### 13. DIE GESTALTUNG EUROPAS

In diesem letzten Kapitel untersuchen wir die Ansichten der europäischen Bürger zur Gestaltung Europas<sup>47</sup>.

Die Befragten wurden gefragt, was ihrer Ansicht nach das gegenwärtige Hauptziel bei der Gestaltung Europas ist<sup>48</sup> und welches das Hauptziel sein sollte<sup>49</sup>. Eines der vorgeschlagenen Ziele bezieht sich auf die Globalisierung. Um festzustellen, ob die Meinung der Bürger über die zukünftige Aufbauarbeit der Europäischen Union – die Gestaltung Europas – durch die Sichtweise der Globalisierung beeinflusst wird, erhielt die eine Hälfte der Stichprobe eine Aussage vorgelegt, in der die Globalisierung in positivem Licht dargestellt wird, während die andere Hälfte dieselbe, allerdings negativ formulierte Aussage bekam<sup>50</sup>. Alle übrigen Vorgaben waren identisch. Das Ergebnis des Tests mit gegabelter Befragung zeigt, dass der Unterschied, der sich für die gesplittete Vorgabe zur Globalisierung ergibt, marginal ist und die Hierarchie der Ziele für beide Untergruppen gleich bleibt. Es ergeben sich nur geringfügige Unterschiede zwischen den beiden Stichproben hinsichtlich der jeweiligen Ziele, die von den verhältnismäßigen Anteilen an Befragten ausgewählt werden. Es besteht also keine Notwendigkeit zwischen den beiden Stichproben zu unterscheiden und wir stellen die Ergebnisse für diese Antworten als Ganzes dar.

*- Die Ankurbelung der Wirtschaft der EU wird derzeit als Priorität gesehen, aber das eigentliche Hauptziel Europas sollte es sein, den Lebensstandard zu verbessern -*

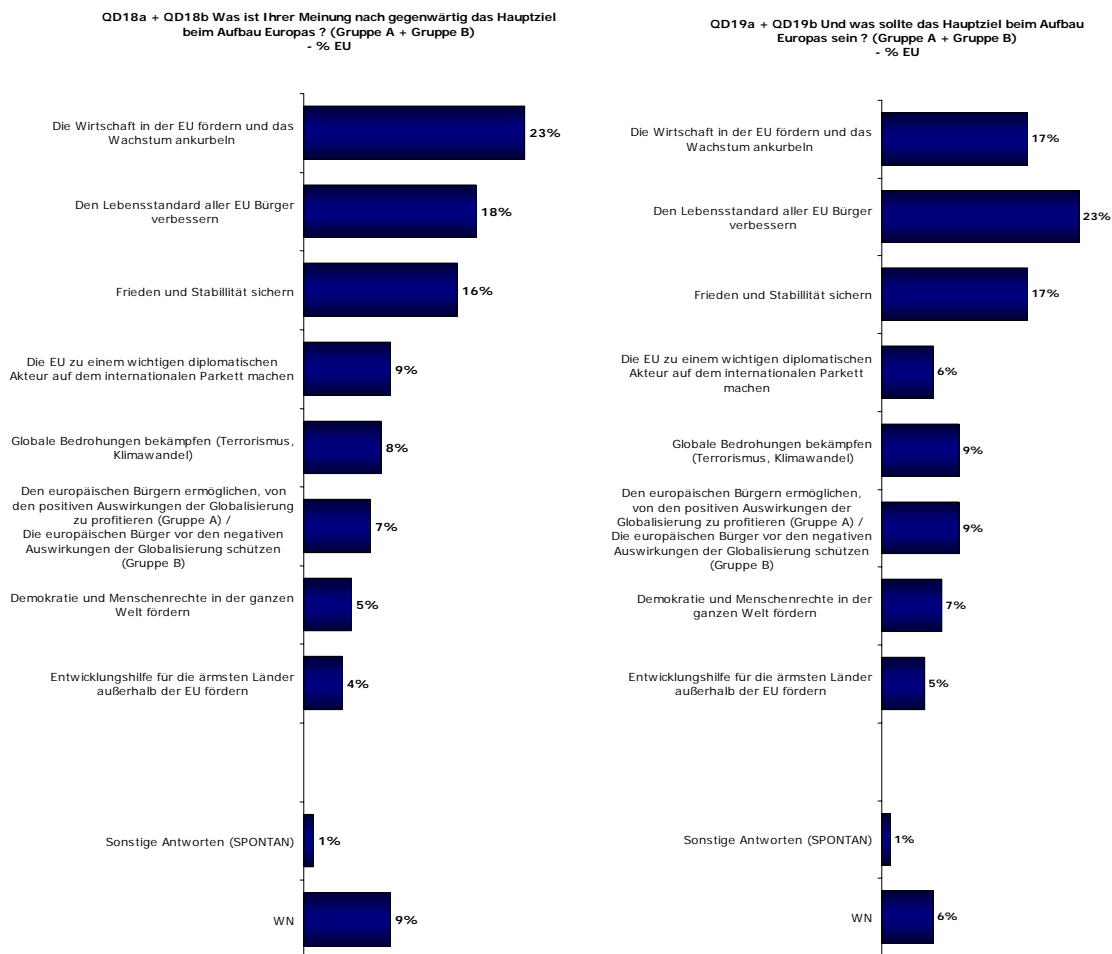
Im aktuellen Wirtschaftsklima **sind die europäischen Bürger davon überzeugt, dass es das Hauptziel der Gestaltung Europas sein muss, die europäische Wirtschaft zu fördern und das Wachstum anzukurbeln**: mit 23% der Befragten, die der Ansicht sind, dass dies gegenwärtig das Hauptziel des europäischen Projekts sei, liegt dieses Ziel noch vor der Verbesserung des Lebensstandards der Europäer (18%) und der Sicherung von Frieden und Stabilität (16%).

<sup>47</sup> Diese Frage ist dem Umfrageteil entnommen, der vom Europäischen Parlament handelt.

<sup>48</sup> QD18 Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das Hauptziel beim Aufbau Europas?

<sup>49</sup> QD19 Und was sollte das Hauptziel beim Aufbau Europas sein?

<sup>50</sup> Es handelt sich hierbei um eine Umfragetechnik namens "gegabelte Befragung"; im vorliegenden Fall wurde der Hälfte der Stichprobe folgende Aussage vorgelegt: "Den europäischen Bürgern ermöglichen, von den positiven Auswirkungen der Globalisierung zu profitieren (Entwicklung des kulturellen Austauschs, neue Exportmöglichkeiten für europäische Firmen)", und der anderen Hälfte die Aussage: "Die europäischen Bürger vor den negativen Auswirkungen der Globalisierung schützen (Verlagerung der Industriestandorte und der Arbeitsplätze, Konkurrenz aus den Schwellenländern für europäische Unternehmen)".



Wenn allerdings gefragt wird, welches das **Hauptziel der Gestaltung Europas** sein *sollte*, nennt annähernd ein Viertel der europäischen Bürger die **Verbesserung des Lebensstandards aller europäischen Bürgern** (23%), noch vor der Förderung der Wirtschaft und der Sicherung von Frieden und Stabilität (jeweils 17%).

Obwohl es nur geringe Unterschiede zwischen der Wahrnehmung der tatsächlich *existierenden* Ziele und denjenigen besteht, die bei der Gestaltung Europas verfolgt werden *sollten* - die wichtigsten drei sind dieselben, nur in jeweils unterschiedlicher Reihenfolge - würden es die europäischen Bürger bevorzugen, wenn sich das europäische Projekt vorrangig auf die Verbesserung des Lebensstandards konzentrieren würde. Die Förderung der Wirtschaft und die Ankurbelung des Wachstums werden offensichtlich von den Befragten als weniger unmittelbar nutzbringend gesehen als die Verbesserung des Lebensstandards.

Wenn wir einen näheren Blick auf die Länderergebnisse werfen, zeigt sich, dass **in 19 von 27 Mitgliedstaaten die Förderung der EU-Wirtschaft das am häufigsten genannte gegenwärtige Ziel ist**. Diese Ansicht ist in Schweden (39%), auf Zypern und den Niederlanden (jeweils 33%) am weitesten verbreitet. In Lettland (28%), Portugal (27%), auf Malta (26%), in der Tschechischen Republik (21%), Spanien (19%) und dem Vereinigten Königreich (16%) wird die

Verbesserung des Lebensstandards weitgehend als derzeitiges Hauptziel der Gestaltung Europas gesehen. In Estland (29%) und Deutschland (25%) liegt die Sicherung von Frieden und Stabilität an erster Stelle der Rangfolge.

Eine Länderanalyse darüber, was das Hauptziel der Gestaltung Europas sein *sollte*, macht schließlich deutlich, welche **Bedeutung die europäischen Bürger einem hohen Lebensstandard beimessen**. In 19 Mitgliedstaaten erklärt eine relative Mehrheit der Befragten, dass dies das Hauptziel des europäischen Projekts sein sollte. Die höchsten Anteile hierfür lassen sich in Bulgarien (43%), der Slowakei (40%) und Slowenien (38%) feststellen. Allerdings wird auch der Sicherung von **Frieden und Stabilität sehr viel Bedeutung beigemessen**. In 6 Ländern erklären die Befragten, dass die Beibehaltung dieses wichtigen Privilegs das Hauptziel der Gestaltung Europas sein sollte. In Estland (28%), Deutschland und Finnland (jeweils 26%) ist mehr als ein Viertel der Bürger dieser Ansicht. Schließlich können wir beobachten, dass in Irland und den Niederlanden die Förderung der europäischen Wirtschaft und die Ankurbelung des Wachstums mit 26% bzw. 21% die Themenliste für die Hauptziele der Gestaltung Europas anführen<sup>51</sup>.

---

<sup>51</sup> Es sollte darauf hingewiesen werden, dass ähnliche Werte in Litauen (23%), Bulgarien, Griechenland, Lettland (jeweils 22%) und der Slowakei (21%) festgestellt werden, auch wenn sie hier nicht die Liste anführen.



# Schlussfolgerung

Die Ergebnisse dieses Standard Eurobarometers 70, das kurz nach dem Zusammenbruch der Lehman Brothers' Bank durchgeführt wurde und dessen Feldarbeit mit der Ankündigung zusammenfiel, dass sich das Euro-Währungsgebiet in einer Konjunkturflaute befinde, weisen auf weitere besorgniserregende Meinungsumschwünge hin. Diese kommen im Herbst 2008 vor allem aufgrund der negativen Wahrnehmungen der wirtschaftlichen Lage zum Vorschein und überschatten in jeder Hinsicht die öffentliche europäische Meinung.

Nach einer eingehenden Analyse der europäischen Indikatoren können wir im Herbst 2008 folgende Trends in der öffentlichen Meinung ausmachen:

## **Stärkster Trend und größte Antriebskraft ist ohne Zweifel die dramatische Verschlechterung in der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage.**

- ◆ Die breite Mehrheit der Befragten schätzt die aktuelle Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage auf nationaler Ebene, für die EU insgesamt und auf globaler Ebene düster ein. Der Anteil an Befragten, die der Ansicht sind, die Lage sei gut, ist in Bezug auf die europäische Wirtschaft auf 33% (-25 Prozentpunkte) und in Bezug auf die nationale Wirtschaft auf 29% (-19) zurückgegangen.
- ◆ Mehr als die Hälfte der europäischen Bürger erwartet inzwischen, dass sich die Beschäftigungslage (53%; +14 Punkte) und die wirtschaftliche Lage (51%; +5 Punkte) in den nächsten 12 Monaten verschlechtern. Annähernd die Hälfte der Europäer ist in Bezug auf die Weltwirtschaft (49%) dieser Meinung und 41% erwarten, dass die europäische Wirtschaft in den nächsten 12 Monaten abflaut (+15 Punkte).
- ◆ Die europäischen Bürger sind mittlerweile der Ansicht, dass Inflation und Wirtschaft die beiden wichtigsten Probleme sind, denen ihr Land gegenübersteht (jeweils 37%). Der Anteil der Befragten, die die Wirtschaft als wichtigste Sorge angeben, ist seit Frühjahr 2008 um 17 Prozentpunkte gestiegen. Der Anteil der Befragten, die die Inflation nennen, nahm zwischen Herbst 2007 und Frühjahr 2008 zu (+11 Punkte) und behielt dieses Niveau im Herbst 2008 bei. Die neue Rangfolge, in der Kriminalität und Einwanderung als Hauptsorgen abgelöst werden, verdeutlicht zusätzlich den Einfluss der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise auf den Zustand der öffentlichen Meinung.

**Der zweite Trend weist auf eine zunehmende Tendenz des Vertrauens in die Europäische Union hin, damit diese in Zeiten der Konjunkturschwäche die Bürger unterstützt.**

- ◆ In Zusammenhang mit der zunehmenden Sorge über Wirtschaft und steigende Preise kann festgestellt werden, dass die europäischen Bürger immer deutlicher davon überzeugt sind, dass die Entscheidungen über diese Themen gemeinsam innerhalb der EU getroffen werden sollten.
- ◆ In einigen Ländern besteht eine steigende Tendenz, die Europäische Union als Schutzmacht zu betrachten, die die negativen Auswirkungen der Globalisierung ausgleichen kann. Gleichzeitig gibt es Länder, in denen die Fähigkeit der Europäischen Union, ihre Bürger in einer globalisierten Welt zu unterstützen, zunehmend negativ eingeschätzt wird. Wiederum scheinen die Ansichten über die Wirtschaftsentwicklung als treibende Kraft hinter diesen Meinungen zu stehen.

**Im Herbst 2008 hat schließlich der wirtschaftliche 'Schlechtfühlfaktor' Einzug in den persönlichen Bereich gehalten und beeinträchtigt somit das persönliche Wohlbefinden der europäischen Bürger.**

- ◆ Obwohl europäische Bürger derzeit ihre persönliche wirtschaftliche Situation positiv beurteilen (64% schätzen die finanzielle Lage ihres Haushalts als gut ein, der entsprechende Wert für die 'persönliche berufliche Lage' liegt bei 56%), stellen wir negative Entwicklungen für zahlreiche Vorgaben fest, die Teil des persönlichen 'Wohlergehens' sind: die Erwartung, dass das Leben im Allgemeinen schlechter wird, verzeichnet zwischen Frühjahr und Herbst 2008 steigende Werte (+6 Punkte) und die Differenz zwischen den Befragten, die eine Verbesserung und denjenigen, die eine Verschlechterung ihrer Situation erwarten, fiel um 14 Punkte.

**Die Konsequenz hieraus scheint zu sein, dass die europäischen Bürger in ihren allgemeinen Einstellungen vorsichtiger werden.**

- ◆ Die Konsequenzen des 'Schlechtfühlfaktors' können aus vielen Indikatoren abgelesen werden: der Anteil an Befragten, die der Ansicht sind, dass sich die Dinge – sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene – in die falsche Richtung entwickeln, nimmt zu (49%, +4 Punkte bzw. 34%, +9 Punkte).
- ◆ Die Tendenz, den europäischen Institutionen nicht zu vertrauen, nimmt zu, auch wenn dies nicht von einem entsprechenden Rückgang der Vertrauenswerte gespiegelt wird. Der Anteil an Befragten, die der Europäischen Kommission nicht vertrauen, steigt auf 30% (+3) und die entsprechenden Werte für das Europäische Parlament und die Europäische Zentralbank liegen bei 31% (+4 Punkte) bzw. 30% (+6 Punkte).
- ◆ Insgesamt hat das positive Bild der Europäischen Union um 3 Prozentpunkte abgenommen und steht mittlerweile bei 45%.

Gleichwohl bleiben die Unterstützungswerte für die Mitgliedschaft in der EU und die Meinungswerte zu den wahrgenommenen Vorteilen dieser Mitgliedschaft seit Frühjahr 2008 trotz des negativen Klimas auf gleichem Niveau. Das Gesamtbild, das sich zu diesem Zeitpunkt des Berichts abzeichnet, weist darauf hin, dass sich die Bürger zunehmend auf die 'kollektive' Kraft und Position der EU verlassen. Im Gegenzug erlegt dies den europäischen Entscheidungsträgern und Politikern die Verantwortung auf, den europäischen Bürgern in den aktuellen Krisenzeiten wieder Vertrauen zu geben. Allerdings bieten sich unter diesen Umständen für die Entscheidungsträger auch erhebliche Chancen, um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen.

\*\*\*\*\*

Das vorliegende Herbst-Eurobarometer 2008 führte einige neue Themen ein, die über die traditionellen europäischen Indikatoren hinausgehen: insbesondere den Konflikt in Georgien, den Eisernen Vorhang und die EU-Erweiterung, das Budget der Europäischen Union und die Gestaltung Europas. Die im Zusammenhang mit diesen Themen festgestellten wichtigsten Erkenntnisse können wie folgt zusammengefasst werden.

**Die EU wird als der Akteur angesehen, der für die Beilegung des Konfliktes in Georgien die wichtigste Rolle gespielt hat, auch wenn die Ergebnisse aufgrund mangelnder Kenntnisse der Befragten undeutlich sind:** 26% der europäischen Bürger sind der Ansicht, dass die EU die wichtigste Rolle gespielt hat. Gleichzeitig ist der Mehrheit der Befragten nicht bekannt, wer die wichtigste Rolle bei der Beilegung dieses Konflikts gespielt hat (35%).

**Europäische Bürger zeigen sich über die Auswirkungen des georgischen Konflikts auf Europa sehr besorgt:** die Mehrheit der Befragten ist der Ansicht, dass der georgische Konflikt Auswirkungen auf die Sicherheit der Energieversorgung in der EU haben könnte (60%).

**Insgesamt erklärt nahezu die Hälfte der europäischen Bürger, dass die Erweiterung von 15 auf 27 Mitgliedstaaten die Europäische Union gestärkt hat (48%).**

Zwanzig Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs stellt diese symbolische Grenze nach wie vor eine Trennlinie für die öffentliche Meinung dar: in den 12 neueren Mitgliedstaaten ist die Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass diese Erweiterung die EU gestärkt hat (59%), während in den 15 'alten' EU-Mitgliedstaaten die Ansichten eher geteilt sind (44% 'gestärkt' gegenüber 40% 'geschwächt').

**Zwei Drittel der europäischen Bürger sind davon überzeugt, dass die EU unter dem Strich vom Fall des Eisernen Vorhangs profitiert hat.** Im Durchschnitt erklären 52% der europäischen Bürger, dass ihr **Land** durch den Fall des Eisernen Vorhangs **profitiert hat**. Nur knapp über ein Viertel der europäischen Bürger ist der Ansicht, **persönlich profitiert zu haben** (26%).

Auch hier kann ein geographischer Unterschied zwischen 'Ost' und 'West' festgestellt werden. Besonders deutlich wird dies im Hinblick auf die Wahrnehmung, ob das eigene Land durch den Fall des Eisernen Vorhangs profitiert hat (63% im Vergleich zu 49% 'hat profitiert').

**Europäische Bürger überschätzen nach wie vor die Verwaltungskosten der Europäischen Union (26%), für die ihrer Ansicht nach der größte Teil des Haushalts der EU derzeit aufgewendet wird.** Davon ausgehend ist festzustellen, dass weniger als ein Viertel der europäischen Bürger davon überzeugt ist, dass der größte Teil des europäischen Budgets für 'wirtschaftliches Wachstum' und 'Landwirtschaft und ländliche Entwicklung' (jeweils 24%) ausgegeben wird.

Angesichts der aktuellen Krise und unter Berücksichtigung der umfassenden Sorgen, die von den europäischen Bürgern in dieser Hinsicht formuliert werden, ist es nicht überraschend, dass **die europäischen Bürger das EU-Budget vorzugsweise für wirtschaftliches Wachstum (38%) und Beschäftigungs- und Sozialpolitik (36%) verwendet sehen möchten.**

**Die europäischen Bürger sehen überdies deutlich,** dass das Hauptziel der Gestaltung Europas derzeit darin liegt, **die Wirtschaft der EU zu fördern und das Wachstum anzukurbeln (23%).** Angesichts des widrigen wirtschaftlichen Klimas wird dieses Ziel als wichtiger beurteilt, als den Lebensstandard der Europäer zu verbessern (18%) oder den Frieden und die Stabilität zu sichern (16%). Allerdings sollte die **große Bedeutung** nicht unterschätzt werden, die europäische Bürger **einem hohen Lebensstandard zuweisen**; wenn die Befragten gebeten werden, sich dazu zu äußern, was ihrer Ansicht nach das Hauptziel bei der Gestaltung Europas *sein sollte*, kommt die Verbesserung des Lebensstandards an erster Stelle (23%).

\*\*\*\*\*



## Technische Spezifikationen





## **“STANDARD”-EUROBAROMETER 70**

### **TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN**

TNS opinion & social, ein von Taylor Nelson Sofres und EOS Gallup Europe gebildetes Konsortium, führte zwischen dem 6. Oktober und 6. November 2008 im Auftrag der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation, Referat “Forschung und politische Analyse” die Umfragewelle 70.1 des Eurobarometers durch.

Im Rahmen des Standard-Eurobarometers 70, das Teil der Befragungswelle 70.1 ist, wurden in allen EU-Mitgliedsländern Personen befragt, die mindestens 15 Jahre alt sind, ihren Wohnsitz in dem jeweiligen Land haben und die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates besitzen. Das Standard-Eurobarometer 70 wurde außerdem in den drei Bewerberländern (Kroatien, Türkei und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) sowie in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt. In diesen Ländern wurden die einheimische Bevölkerung und die Bürger aller EU-Mitgliedsländer befragt, die ihren Wohnsitz in diesen Ländern haben und eine der Landessprachen ausreichend beherrschen, um den Fragebogen beantworten zu können. In allen Mitgliedsländern wurde eine mehrstufige Zufallsstichprobe verwendet. In jedem EU-Land wurde eine bestimmte Anzahl von Sampling-Punkten nach dem Zufallsprinzip gezogen, die die Struktur der Grundgesamtheit in Bezug auf ihre regionale Verteilung (für eine vollständige Erfassung des Landes) repräsentativ abbildet.

Die Sampling-Punkte wurden systematisch auf der Grundlage der "regionalen Verwaltungseinheiten" geschichtet nach Gebietstyp und regionaler Einheit gezogen. Sie bilden also das gesamte Gebiet der an der Umfrage beteiligten Länder gemäß Eurostat NUTS II (oder einer äquivalenten Einteilung) repräsentativ ab und spiegeln die Verteilung der Wohnbevölkerung des jeweiligen Landes in Bezug auf groß-, mittel- bzw. kleinstädtische Gebiete wider. In jedem Sampling-Punkt wurde eine Startadresse zufällig gezogen. Weitere Adressen wurden als die jeweils x-te Adresse nach der Random-Route-Regel, ausgehend von der Startadresse, definiert. In jedem so ermittelten Haushalt wurde die Zielperson nach einem Zufallskriterium bestimmt (nach der Next-Birthday- oder Geburtstagsregel). Alle Interviews wurden persönlich im Haushalt des Befragten und in der jeweiligen Landessprache geführt. Hinsichtlich der Datensammlungstechnik wurde in allen Ländern, in denen dies möglich war, das System CAPI (*Computer Assisted Personal Interview*) verwendet.

KÜRZEL	LÄNDER	INSTITUTE	ANZAHL DER INTERVIEWS	FELDZEIT		BEVÖLKERUNG 15+
BE	Belgien	TNS Dimarso	1.002	10/10/2008	06/11/2008	8.786.805
BG	Bulgarien	TNS BBSS	1.006	09/10/2008	20/10/2008	6.647.375
CZ	Tschechische Republik	TNS Aisa	1.026	06/10/2008	22/10/2008	8.571.710
DK	Dänemark	TNS Gallup DK	1.029	06/10/2008	02/11/2008	4.432.931
DE	Deutschland	TNS Infratest	1.526	10/10/2008	02/11/2008	64.546.096
EE	Estland	Emor	1.000	10/10/2008	03/11/2008	887.094
EL	Griechenland	TNS ICAP	1.000	10/10/2008	02/11/2008	8.691.304
ES	Spanien	TNS Demoscopia	1.000	09/10/2008	06/11/2008	38.536.844
FR	Frankreich	TNS Sofres	1.027	06/10/2008	31/10/2008	46.425.653
IE	Irland	TNS MRBI	1.000	06/10/2008	31/10/2008	3.375.399
IT	Italien	TNS Abacus	1.061	08/10/2008	24/10/2008	48.892.559
CY	Zypern (Republik)	Synovate	503	08/10/2008	02/11/2008	638.900
CY(tcc)	Türkisch-zyprische Gemeinschaft	KADEM	500	07/10/2008	27/10/2008	143.226
LV	Lettland	TNS Lettland	1.002	10/10/2008	04/11/2008	1.444.884
LT	Litauen	TNS Gallup Litauen	1.011	09/10/2008	28/10/2008	2.846.756
LU	Luxemburg	TNS ILReS	500	06/10/2008	03/11/2008	388.914
HU	Ungarn	TNS Ungarn	1.002	10/10/2008	02/11/2008	8.320.614
MT	Malta	MISCO	500	09/10/2008	03/11/2008	335.476
NL	Niederlande	TNS NIPO	1.041	09/10/2008	05/11/2008	13.017.690
AT	Österreich	Österreichisches Gallup-Institut	1.003	06/10/2008	28/10/2008	7.004.205
PL	Polen	TNS OBOP	1.000	11/10/2008	31/10/2008	32.155.805
PT	Portugal	TNS EUROTESTE	1.000	11/10/2008	03/11/2008	8.080.915
RO	Rumänien	TNS CSOP	1.053	07/10/2008	03/11/2008	18.246.731
SI	Slowenien	RM PLUS	1.006	07/10/2008	04/11/2008	1.729.298
SK	Slowakei	TNS AISA SK	1.006	09/10/2008	26/11/2008	4.316.438
FI	Finnland	TNS Gallup Oy	1.004	15/10/2008	06/11/2008	4.353.495
SE	Schweden	TNS GALLUP	1.002	13/10/2008	03/11/2008	7.562.263
UK	Vereinigtes Königreich	TNS UK	1.308	07/10/2008	02/11/2008	50.519.877
HR	Kroatien	Puls	1.000	08/10/2008	29/10/2008	3.734.300
TR	Türkei	TNS PIAR	1.003	08/10/2008	05/11/2008	47.583.830
EM	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	TNS Brima	1.009	07/10/2008	16/10/2008	1.648.012
GESAMT			30.130	06/10/2008	06/11/2008	453.865.399

Für jedes Land wurde die Struktur der Nettostichprobe mit der Grundgesamtheit verglichen. Die Beschreibung der Grundgesamtheit basiert auf den Bevölkerungsdaten von Eurostat oder den einzelstaatlichen Statistiken. Ausgehend von der Beschreibung der Grundgesamtheit wurden die Daten jedes EU Mitgliedslandes auf nationaler Ebene in Bezug auf die Zellen- und Randverteilung iterativ gewichtet, wobei pro Land eine Wichtung nach Geschlecht, Alter, Region und Ortsgröße durchgeführt wurde. Für die internationale Wichtung (d.h. EU-Mittelwerte) legt TNS Opinion & Social die offiziellen Bevölkerungszahlen zugrunde, die Eurostat oder das nationale Büro für Statistik ausweist. Für diese Expost-Wichtung wurden die oben genannten Bevölkerungszahlen benutzt.

Der Leser wird darauf hingewiesen, dass es sich bei den Erhebungsergebnissen um Schätzwerte handelt, deren Genauigkeit - bei sonst gleichen Voraussetzungen - vom Stichprobenumfang und dem Stichprobenanteil des erhobenen Merkmals abhängt. Bei Stichprobengrößen von etwa 1.000 Interviews liegen die wahren Werte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

<b>Stichprobenanteil</b>	10% oder 90%	20% oder 80%	30% oder 70%	40% oder 60%	50%
<b>Konfidenzintervall</b>	± 1.9 Punkte	± 2.5 Punkte	± 2.7 Punkte	± 3.0 Punkte	± 3.1 Punkte